



AIB

2V 7426 E
2,50 DM

Mai

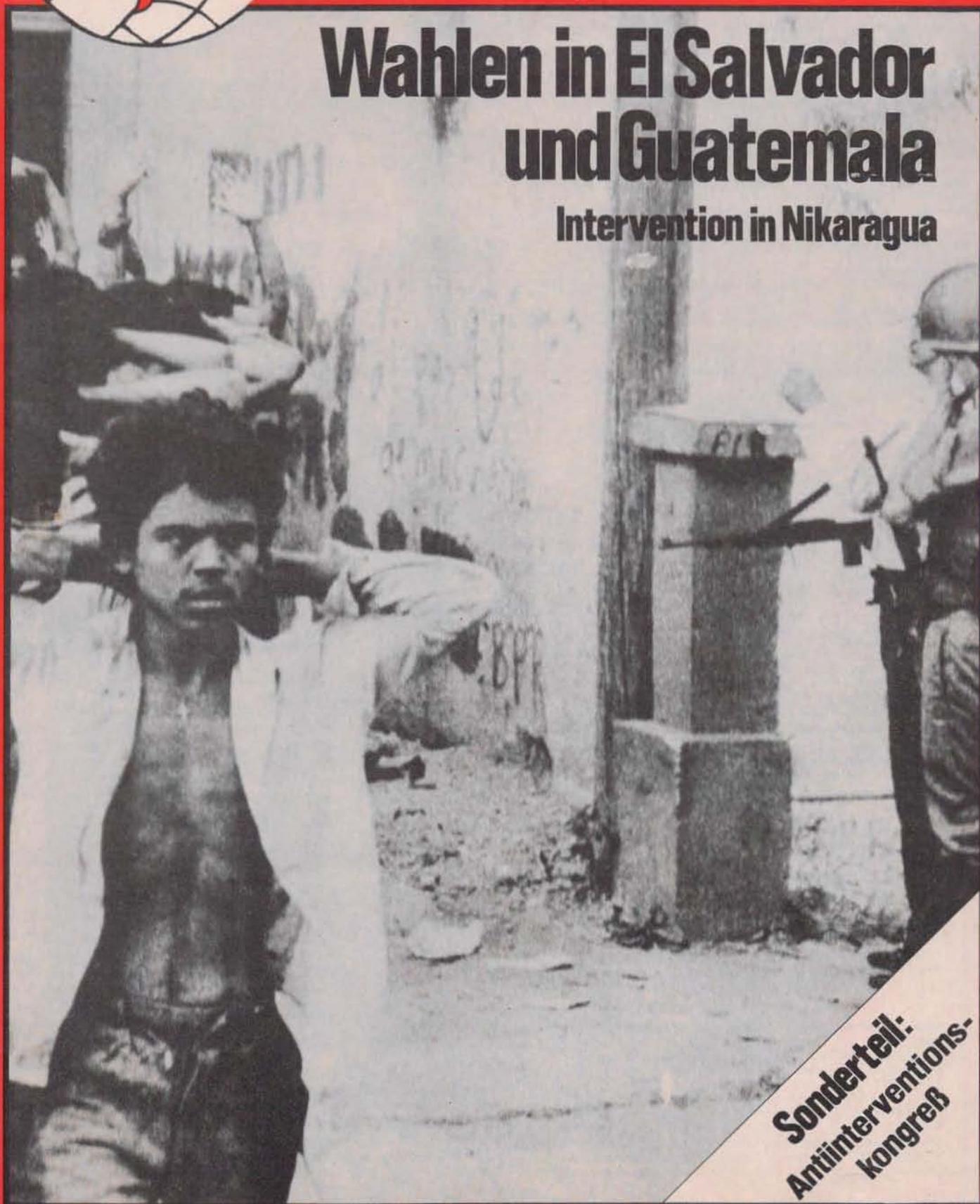
5/1982

13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Wahlen in El Salvador und Guatemala

Intervention in Nikaragua



**Sonderteil:
Antiinterventions-
kongreß**

Inhalt:

AIB-Aktuell: Breiter Empfang für Reagan	3
El Salvador	
Wolfram Bröner: Die Märzahlen – ein „Akt der Selbstbefreiung“?	4 – 6
FMLN/FDR-Erklärung zum Ausgang der Wahlen	5
Guatemala	
Interview mit Miguel Angel Albizurez: Die Wahlschlappe der Militärs – Ausdruck des Volkswiderstands	7 – 9
Nikaragua	
Nico Biver: Die US-Intervention hat viele Gesichter	10 – 14
Bericht einer christlichen Untersuchungskommission: Neusiedlung der Miskitos	12
Sonderheft 2/1982	15 – 38
Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“ (18.–21. März 1982 in Münster)	17 – 20
Abschlußresolution des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“	19
Die Zentralamerikapolitik des Westens	21 – 34
Luis de Sebastian: Es gibt nur eine Intervention in Mittelamerika	21 – 22
Roger Wurbach: Zwei Traditionslinien in den USA	22
José Pasos: Nur die Einheit führt zum Sieg	23
James Wall: Kirchen gegen die Einmischung in Mittelamerika	23
Heintz Dieterich: Die US-Intervention findet bereits statt	30
Wolf-Michael Catenhusen: Bonn muß auf Distanz zu den USA gehen!	31
Dieter Boris: Zwieschlächtige Haltung der Bundesregierung	32 – 33
Bernd Paeschke: Christliche Solidarität – mit den Bischöfen oder dem Volk?	33 – 34
Mario Rodriguez: Uns eint mehr als uns trennt!	34
Eduardo Galeano: Die Revolution – Antwort auf den Krieg gegen das Volk	35 – 37
Libanon	
Ivesa Lübben-Pistofidis: Grünes Licht für Israels nächsten Angriff?	39 – 41
USA – Dritte Welt	
Ludger Schmitz: CIA – Fesselung und Entfesselung nach Vietnam (2. Teil)	42 – 45
Südafrika – BRD	
Anti-Apartheid-Bewegung: Rüstungsgüter an Südafrika	46
Rückblick: 80 Jahre Beendigung des Burenkrieges	47
Rezensionen: Medienpaket zur Dritten Welt	48
Infodienst: Freundeskreis Grenada, El-Salvador-Prozeß, Brasilien: Spendenaktion, Netzwerk gegen Agrarmultis, Dritte Welt-Tourismus, Ausländerpolitik, Buchtips: Türkei	49
Kurzinformationen: Afghanistan, Indonesien, Bangladesch, Palästina, Tunesien, Westsahara, Angola/Namibia, Zimbabwe, Bolivien, Argentinien – Großbritannien, Chile, OPEC, USA – Dritte Welt	50 – 51
Kommentar: Wie hoffähig ist Buthelezi?	52



Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos. 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon: 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/Main oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto Nr. 9660.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: N. Biver, K. D. Fischer, U. Eymann, S. Gothe, P. Grund, C. Klotz, H. Mayer, U. Rupp, H. E. Schäfer, G. Schmidt-Bollmann, B. Weng, E. Yekebas

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambek & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Anzeigen: Verlag pläne, Roederberg, Moderne Zeiten, Unsere Zeit, rote blätter, Antimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Antiinterventionsbewegung zu Mittelamerika

Beiträge des AIB-Sonderhefts 1/1982 u.a.:
 Ein Jahr Reagan – eine Zwischenbilanz ● Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Hinterhof“ ● Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund? ● Umfrage: Frieden und Befreiungskampf – Ein Gegensatz?
Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

AIB-Aktuell: Breiter Empfang für Reagan

Es steht fest: Am 10. Juni 1982, wenn US-Präsident Ronald Reagan anlässlich des Bonner NATO-Gipfels der Bundesrepublik einen Besuch abstattet, wird ihm die bundesdeutsche Friedensbewegung einen gebührenden Empfang bereiten. Darüber beriet am 4. April d.J. in der Godesberger Stadthalle ein Treffen von über 700 Teilnehmern, Abgesandte der verschiedensten weltanschaulichen und politischen Gruppierungen und zahlreicher Friedensinitiativen. Für die Bonner Großdemonstration am 10. Juni 1982 wurde der nachstehende Aufruf verabschiedet.

Zu Koordinatoren der Bonner Demonstration wurde ein Kreis von über 20 Organisationen vorgeschlagen, die das gesamte Spektrum der Friedensbewegung repräsentieren. Erstmals aktiv in die Vorbereitung einer großen bundesweiten Aktion der Friedensbewegung einbezogen sind auch – stellvertretend für die Solidaritätsbewegung – der Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) und die Trägerorganisationen der Antiinterventionsbewegung zu Mittelamerika. Letzteres schlug sich im Aufruf durch die Betonung Mittelamerikas, des Südlichen Afrika und des Nahen Ostens als internationale, den Weltfrieden bedrohende Krisenherde nieder.

Die Grünen, die in Godesberg für ihre Anträge auf eine stärkere Akzentuierung der Polen- und Afghanistanfrage sowie für den Gedanken der „Blockfreiheit“ keine Mehrheit fanden, versagten dem Aufruf deshalb ihre Unterstützung. Sie wollen sich jedoch weiterhin aktiv an der Vorbereitung der Demonstration beteiligen.

**Aufstehen für den Frieden! Den Widerstand verstärken!
Keine neuen Atomraketen in Europa!
Internationale Demonstration anlässlich des NATO-Gipfels
am 10. Juni in Bonn**

Trotz der weltweit wachsenden Friedensbewegung und der Anfang Juni beginnenden UNO-Abrüstungskonferenz in New York will die NATO am 10. Juni eine Gipfelkonferenz in Bonn durchführen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Mit dieser Konferenz sollen die NATO-Staaten auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltweite Vormachtstellung festgelegt werden. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.

Die weltweite Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Die Gefahr der atomaren Vernichtung der Welt wird immer größer. Seit mehr als 30 Jahren haben NATO und Warschauer Pakt so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Diese Gefahr wächst durch eine neue Generation atomarer Vernichtungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Jährlich werden über 1,3 Bio DM für Rüstung ausgegeben, das sind 36.000 DM in der Sekunde. Jede Sekunde wird auch ein Kind geboren und über 1/3 dieser Kinder sterben vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Rüstung tötet nicht erst im Krieg; Rüstung bedeutet schon täglich, stündlich den Tod vieler in der Welt, denn diese Aufrüstung geht auf Kosten der Länder der Dritten Welt, wo jedes Jahr Millionen Menschen an Hunger sterben. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, werden soziale Leistungen gestrichen und bleiben dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus.

Unser Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Schritte in Europa durchsetzen wollen. Europa ist in besonderer Weise durch die Aufrüstung bedroht. Hier lagern jetzt schon mehr Atomwaffen auf engstem Raum als sonst irgendwo auf der Welt. 1983 sollen laut NATO-Doppelbeschluss neue US-amerikanische Atomraketen, Pershing II und Cruise Missiles in West-Europa, vor allem in der Bundesrepublik, stationiert werden. Diese neuartigen Waffensysteme entsprechen der US-Strategie eines auf Europa begrenzten Atomkriegs. Pershing II und Cruise Missiles sind zur Führung eines atomaren Erstschlags geeignet. Sie bringen nicht mehr Sicherheit, sondern erhöhen die Kriegsgefahr.

In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selbst wahrzunehmen.

Die Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA haben nur einen Sinn, wenn sie zur tatsächlichen Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Ost und West führen. Erste Voraussetzung dafür ist die Verhinderung der geplanten atomaren Aufrüstung durch Pershing II und Cruise Missiles. Eine Lösung, die nur landgestützte Mittelstreckenraketen beinhaltet, ist eine verlogene „Nulllösung“. Eine echte Nulllösung im Mittelstreckenbereich muß alle Mittelstreckenwaffen umfassen. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.

Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika, dem Nahen Osten, dem Südlichen Afrika und anderen Teilen der Welt.

Wir fordern von der Bundesregierung die eindeutige Unterstützung einer politischen Lösung in El Salvador unter Beteiligung der vereinigten Opposition FDR/FMLN, die als repräsentative politische Kraft anerkannt werden muß. Die Grausamkeiten, die von pro-US-amerikanischen Marionettenregierungen an wehrlosen Menschen begangen werden und die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns, sind das Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder unbestrittene Weltmacht Nummer Eins zu werden. Wir verurteilen die Unterstützung der Militärregierung der Türkei durch die NATO-Mitgliedsstaaten.

Wir sind für die Aufhebung des Kriegsrechts und eine politische Lösung in Polen. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Situation in Polen durch die NATO als Mittel zur Verschärfung der internationalen Spannungen genutzt wird.

Wir fordern eine politische Lösung des Konflikts in Afghanistan, die die nationale Selbstbestimmung des afghanischen Volkes sicherstellt, jegliche ausländische Einmischung beendet und den Abzug der sowjetischen Truppen einschließt.

Wir wenden uns gegen jede Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker der Welt, egal von wem und wo immer sie begangen wird. Unser Widerstand gegen die atomare Bedrohung darf nicht nachlassen. Das Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern. Wir wollen dem alten Militärdenken unsere Friedenskonzepte entgegensetzen. Dazu brauchen wir weiterhin Mut, Kraft, Phantasie und langen Atem.

Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt die Politik der USA und der NATO durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das „andere“ Amerika ist längst zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden.

Deshalb rufen Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung anlässlich des NATO-Gipfels und der UNO-Abrüstungskonferenz vom 5.-12. Juni bundesweit zu Friedensaktionen auf.

Kommt alle zur internationalen Friedensdemonstration am 10. Juni nach Bonn!

- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, Pershing II und Cruise Missiles zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
- Wir fordern eine drastische Senkung der Rüstungsausgaben in Ost und West.
- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgas in Europa.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder gelagert noch hergestellt oder verwendet werden.
- Wir fordern die USA auf, in Genf ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Nulllösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenwaffen erreicht wird.
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen zu wirksamen Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.
- Wir fordern den sofortigen Stopp der BRD-Rüstungsexporte in Krisenherde und Länder der Dritten Welt.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, jede direkte oder indirekte Unterstützung der US-Interventionspolitik in Mittelamerika zu unterlassen.

Voraussetzung für die erfolgreiche Durchsetzung dieser Forderungen ist eine starke Friedensbewegung.

Wolfram Brönner

Die Märzahlen – ein „Akt der Selbstbefreiung“?

„Unter den aktuellen Bedingungen ist es einfach nicht möglich, den „Ausweg durch Wahlen“, wie er verschiedentlich genannt wurde, als wahrhafte politische Lösung anzusehen. Es handelt sich um nichts anderes als um ein Deckmäntelchen für die militärische Lösung.

Der Friede wird durch die Wahlen nicht kommen. Die FMLN/FDR akzeptiert die Bedingungen, unter denen die Wahlen durchgeführt werden, nicht. Und ohne die Beteiligung des entscheidenden Faktors FMLN wird der Friede nicht einkehren. In einem Kommuniqué haben wir erklärt: Wir werden vor, während und nach den Wahlen weiterkämpfen.“¹

Das hatte Joaquin Villalobos, Mitglied des Oberkommandos der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN), im Januar d.J. vorausgesagt. Die Guerilla hielt Wort.

In der zweiten Märzhälfte intensivierten sie an verschiedenen Fronten ihre Operationen, drang sie bis in die städtischen Zentren vor. Am Wahltag, dem 28. März 1982, fanden bis in die Armenviertel San Salvadors Gefechte statt.

Usulután – von der Guerilla besetzt

In einigen Landesteilen, nicht nur in den Hochburgen der Guerilla, in Chalatenango oder Morazan wurde die Durchführung des Wahlvorgangs vereitelt. So etwa im heftig umkämpften Usulután, der Hauptstadt der gleichnamigen Küstenprovinz, wo nicht einmal die Wahlkommission den Gang zu den Urnen antrat. Leo Gabriel, der nach dem Wahlsonntag von San Salvador nach Usulután aufbrach, schildert einen Kriegszustand:

„Auf unserem Weg entlang der 'Küstenstraße', die von San Salvador nach Osten durch Usulután bis zum Pazifikhafen von La Unión führt, wird uns bewußt, daß dieses Land in zwei Hälften geteilt ist: Eine westliche, die in Höhe der 'Goldbrücke' endet, die im vergangenen Oktober von FMLN-Verbänden in die Luft gesprengt worden ist.

Dort stoßen wir auf eine Militärpatrouille und einen Heereskonvoi, dem auch Panzerfahrzeuge folgen. Wir sehen die angsterfüllten Gesichter von ungefähr 300 frisch eingezogenen Soldaten, in neuen und gut gebügelten Uniformen, die vorgeben, in die seit einer Woche von der Guerilla belagerte Provinzhauptstadt von Morazán, Francisco Gotera, zu fahren.

Die andere Hälfte ist im wesentlichen in Händen der Guerilla, obwohl auf der Küstenstraße zwischen der 'Goldbrücke' und Usulután im Osten auch Patrouillen des Heeres anzutreffen sind. Es schaut wie nach einer Schlacht aus: Gefällte Telegrafmasten, entwurzelte Bäume und ausgehobene Minengräben behindern den Verkehr.

Bei der Einfahrt nach Usulután entdecken wir eine Gruppe von Soldaten, die sich hinter einer Mauer versteckt halten und ängstlich unseren Blicken ausweichen. Merkwürdiger-

weise finden wir die Straßen der Stadt wie ausgestorben, bis wir zu einer Schar Jugendlicher stoßen, die sich vor einem Geschäft versammelt haben. In diesem Augenblick gehen Schüsse von verschiedenen Seiten los. Da sich die Jugendlichen nicht von der Stelle rühren, wagen wir uns bis zu ihnen vor.

'Daran haben wir uns schon gewöhnt. Das geht nun schon drei Tage so', sagt einer von ihnen. 'Sind es Soldaten oder die Compañeros', fragen wir. 'Die Subversiven sind es, die uns nicht haben wählen lassen', reagiert ein anderer ziemlich aggressiv.

Wir sollen weiterfahren, wissen aber nicht, in welche Richtung, denn die Schüsse kommen von allen Seiten. Als ein Hubschrauber die Stadt überfliegt, suche ich Schutz in einem Haus. Dort sitzt eine alte Frau und näht eine Hose, so als wäre nichts passiert. Trotzdem sagt sie, die Kämpfe seien noch nie so heftig gewesen wie diesmal. Keine Rede davon, schon auf die Straße zu gehen.

Nachdem ich ein Gespräch mit ihrem Sohn begonnen habe, wird mir klar, daß die Stadt an mehreren Ecken von der Guerilla besetzt ist. 'Guerilla und Heer sind gleich stark', meint der junge Mann. 'Das Volk ist müde von soviel Gewalt, und die Wahlen haben alles nur noch schlimmer gemacht.' 'Warum?', frage ich ihn. Es hat sich herausgestellt, daß er Journalist bei einem Radiosender in der Hauptstadt ist. 'Weil sie jetzt glauben, daß es möglich ist, die Guerilla zu



Wählerschlangen in San Salvador – Folge von zu wenig Wahllokalen

besiegen. Das wird einen noch höheren Blutzoll fordern.' "2

In der Tat läßt der Ausgang dieser Wahlen für die nächste Zeit einen eher noch blutigeren Kampf in El Salvador erwarten. Denn nicht die „gemäßigte“ Christdemokratische Partei (PDC) des Juntapäsidenten Napoleon Duarte, die auf 40% der Stimmen bzw. 24 Sitze (von insgesamt 60) in der Verfassungsgebenden Versammlung kam, sondern die Parteien des ultrarechten Lagers gingen als eigentliche Sieger aus dem Urnengang hervor.

An ihre Spitze rückte die Republikanisch-Nationalistische Partei (ARENA) des Majors Roberto D'Aubuisson (29%, 19 Sitze). Sie verfügt nun zusammen mit der Nationalen Versöhnungspartei (PCN; ca. 17%, 14 Sitze), die als traditionelle Partei der Oligarchie und konservativen Militärs von 1961 bis 1979 die Diktaturregimes anführte, über die absolute Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung. Falls diese – wie vorgegeben – am 12. April 1982 die Wahl des Präsidenten in Angriff nimmt, dürfte D'Aubuisson als starker Mann der Ultrarechten das Sagen darüber haben, wie die Zusammensetzung und das Programm der künftigen Regierungsjunta auszusehen haben.³

Roberto D'Aubuisson, unter der Romero-Diktatur führen-

der Geheimdienstmann der Nationalgarde, Chef des Todeschwadrons Union Weißer Krieger (UGB), Drahtzieher des Mordes an Erzbischof Romero (März 1980) und – so der damalige US-Botschafter White – ein „psychopathischer Killer“, formierte gleich nach dem Wahlabschluß versuchsweise erst einmal eine „Regierung der Nationalen Einheit“. Es war dies eine Koalitionsvereinbarung der vier in der Verfassungsgebenden Versammlung vertretenen Rechtsparteien, unter Ausschluß Napoleon Duartes und der PDC, wofür der ARENA-Vorsitzende bereits die Zustimmung der Armeeführung eingeholt hatte. Den christdemokratischen Verlierern riet D'Aubuisson, sie sollten wegen nachweislicher Wahlfälschungen tunlichst den Mund halten.

In D'Aubuissons Programm war gefordert: Sofortiger Rücktritt Präsident Duartes; Installation einer Regierungsjunta, bestehend aus zwei Generalen und einem Zivilisten; kategorische Ablehnung jedweden Dialogs mit der Befreiungsbewegung FMLN/FDR, welcher nach einem einmonatigen Amnestieangebot der „totale Krieg“ erklärt werden solle. Bei dieser militärischen Endlösung, die D'Aubuisson innerhalb von sechs Monaten abzuschließen verspricht, sollen auch „Kollaborateure“ – dazu rechnet er gewöhnlich den liberalen Flügel der PDC – nicht verschont bleiben.

FMLN/FDR-Erklärung zum Ausgang der Wahlen



FRONTE DEMOCRATICO REVOLUCIONARIO



Die Wahlen vom 28. März 1982 sind zu Ende gegangen, wie sie angefangen haben: mit einer großen Propagandakampagne seitens der Junta und der Reagan-Regierung. Diese Kampagne entsprach mehr dem Wunsch der Junta, national und international Anerkennung zu finden, als der Realität.

Die Manipulation des Wahlergebnisses ist evident: Am Montag, dem 29.3. um 18.30 Uhr – 24 Stunden nach der Schließung der Wahllokale – berichtete der Zentrale Wahlrat, daß 376.814 gültige Stimmen abgegeben wurden. 12 Stunden später, am 30.3. um 6.00 Uhr, sprach er von 747.256 gültigen Stimmen, d.h., daß sich in diesen 12 Stunden die Wahlbeteiligung nachträglich verdoppelte. Dieser Vorgang ist dem Volk seit der Wahl im Jahre 1972 bekannt als „Stimme in der Nacht“. Im Unterschied zu 1972, als die Nationalgarde nachträglich die Urnen mit Stimmzetteln füllte, hat diesmal der Computer des Zentralen Wahlrates diese Arbeit erledigt.

Der Botschafter der Junta in Washington spricht von 1,2 Mio Wählern. Der Zentrale Wahlrat hatte jedoch nach eigenen Angaben lediglich 800.000 Stimmzettel drucken lassen.

Die Junta hat mit allen Mitteln versucht, die Bevölkerung zu den Wahlen zu zwingen: Die Beamtgehälter wurden einbehalten und werden erst nach dem 28.3. ausgezahlt, aber nur, wenn der Personalausweis den Wahlstempel aufweist. Diese Methode wird auch von den Banken und mehreren Privatbetrieben praktiziert.

Trotz aller Manipulationen war der Bevölkerung bewußt, daß die Junta bereit ist, repressiven Terror auszuüben. Die Propaganda der Junta und der USA konnte nicht verschleiern, daß es in El Salvador einen Krieg des Volkes gegen die Diktatur gibt; in den Tagen vor der Wahl und auch am 28.3. selbst hat die FMLN mit Erfolg und Unterstützung der Bevölkerung ihren militärischen Plan weiterentwickelt. Dabei zeigte sich die militärische Stärke unserer Kräfte, die gleichzeitig im ganzen Land operierten: in den Städten und auf dem Land versetzten sie den Streitkräften der Junta entscheidende Schläge.

Die Wahlen müssen analysiert werden:

1. Die Wahlen geben dem offenen Faschismus in El Salvador, der von D'Aubuissons Partei vertreten wird, Legitimation. Diese Wahlen öffnen die Tür zur „legalen“ Regierungsmacht für jene Kräfte, die stets Demokratie abgelehnt haben, für die Ermordung Mons. Romeros verantwortlich sind und offen angekündigt haben, mit Napalmbomben gegen die „Subversiven“ vorzugehen. Der Folterer des Volkes, Führer der Todesschwadronen, ist durch diese Wahlen hoffähig geworden.

2. Reingewaschen wurde auch die PCN (Nationale Versöhnungspartei), die für die Wahlbetrügereien und die Repression von 1961 bis 1979 verantwortlich ist und damit die Ursachen für den heuti-

gen Konflikt gelegt hat.

3. Das Wahlergebnis bedeutet eine politische Schwächung der Christdemokraten Duartes, denen nur eine Möglichkeit offensteht, um weiter in der Regierung zu bleiben: mit den Faschisten zusammenzuarbeiten. Man muß kein Prophet sein, um zu erkennen, daß die Christdemokraten mit diesen Wahlen politischen Selbstmord begangen haben.

4. Nach dem bekanntgewordenen Wahlergebnis kann man voraussehen, daß die Widersprüche und Konflikte zwischen den Rechtsparteien zunehmen werden. Dies wird zur verstärkten Intervention der US-Regierung in El Salvador führen, wie es jetzt schon offenbar wird: Die Auszählung war noch nicht beendet, und schon frühstückte D'Aubuisson mit US-Botschafter Hinton; später waren die Führer aller sechs Parteien zum Mittagessen bestellt. Das salvadorianische Volk fragt sich, welchen Sinn Wahlen haben, wenn am nächsten Tag die Parteien beim Yankee-Vertreter zusammenkommen, um den Kuchen zu verteilen. Es ist klar, daß jetzt die alten Zeiten der Herrschaft US-amerikanischer Statthalter in El Salvador wieder anbrechen.

Schlußfolgerung: Wir wiederholen unsere Stellungnahme gegenüber den Wahlen vom 28.3.: Diese Wahlen sind nicht geeignet, den Konflikt unseres Landes zu lösen. Der freie Wille des Volkes konnte sich nicht artikulieren. Die Wahlen sind ein Manöver der Junta und der US-Administration, die die Weltöffentlichkeit zu täuschen versuchen, um ihre Handlungsweisen zu legitimieren.

Die FMLN und die FDR bekräftigen noch einmal ihre Position: Sowohl Fortführung des Volkskrieges als auch unsere Bereitschaft, Friedensverhandlungen zu initiieren „vor den Wahlen, während der Wahlen, nach den Wahlen“.

Wir sind die Träger des aufrichtigen Friedenswunsches unseres Volkes, weswegen wir die von der Junta und Reagan inszenierte Wahlfarce ablehnen und erklären, daß es heute mehr denn je notwendig ist, unsere Bemühungen und Anstrengungen auf die fundamentalen Probleme zu konzentrieren: die soziale Ungerechtigkeit und die Unfreiheit des Volkes. Denn dies sind die wirklichen Ursachen des Krieges, den wir jetzt zu führen gezwungen sind. Wir sind überzeugt, daß nur durch seriöse, ehrliche und allumfassende Verhandlungen Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zu erreichen sind. Deshalb lehnen wir das von US-Außenminister Haig am 29.3. vorgelegte unehrliche Angebot für eine „politische Lösung“ ab. Er spricht zwar von einer politischen Lösung, meint aber die Zerschlagung der Volkskräfte.

Das salvadorianische Volk ergibt sich nicht. Wir werden einen würdigen Frieden erreichen, weil wir dafür kämpfen.

(Quelle: Presseverlautbarung der FMLN/FDR-Vertretung in der BRD, Bonn, 1.4.1982)



Wahltriumphator D'Aubuisson (l.): „psychopatischer Killer“

Weitere Orientierungspunkte D'Aubuissons im Wahlkampf: Schluß mit allem Reformgeflunker, Freibrief für das Privatkapital, Erhöhung der US-Militärhilfe (darunter Napalm!), und: „Wir werden das Wort Freiheit mit Blut schreiben.“ „El Salvador wird zum Grab der Roten werden.“⁴ Das Konzept von Faschisten...

Die Reagan-Administration hat die Rechtsparteien unmittelbar unter Druck gesetzt, um sie zu einer Koalition mit der PDC oder zumindest zu einer Aufnahme von einzelnen „gemäßigten“ Christdemokraten zu bewegen. Eine pure Koalition der Ultrarechten, so beharrte US-Botschafter Deane R. Hinton, könne zu einer künftigen Reduzierung der US-Wirtschafts- und Militärhilfe führen. In der Tat ist diese per Kongreßdekret an „Fortschritte“ im Reformprozeß und in der Menschenrechtsfrage gebunden, muß folglich halbjährlich (erneut im Juli 1982) vom Kongreß neu gebilligt werden. Die jetzt zu formierende salvadorianische Regierung müßte wenigstens den Anschein von Reformwilligkeit und Respekt vor den Menschenrechten mitbringen. Als so geartet ließe sich ein ultrarechtes Killerregime unter der Regie D'Aubuissons schwerlich verkaufen.

Auch falls es Washington doch noch gelingen sollte, die Rechtsparteien zu irgendwie gearteten Zugeständnissen gegenüber der PDC bzw. einer Allparteienkoalition umzustimmen, vermag man nicht dem Dilemma dieses Wahlergebnisses zu entkommen: Die ultrarechten Kräfte, die in den Streitkräften ohnehin dominieren, haben sich nun auch in allen politischen Institutionen ein klares Übergewicht verschafft. Demokratisierung unter der Vorherrschaft von Faschisten? Demokratisierung durch den „totalen Krieg“?

„Demokratiebeweise“ – für Reagan und die CDU

Einen „Demokratiebeweis“ oder gar einen „Akt der Selbstbefreiung“, wie ihn die CDU/CSU-Wahlbeobachter in El Salvador bemerkt haben wollen⁵, kann man reinen Gewissens nicht einmal dem Wahlablauf und der Wahlbeteiligung vom 28. März d.J. abgewinnen. Man denke nur an den Ausschluß der demokratisch-revolutionären Kräfte (darunter auch der Sozialdemokraten und Christsozialen), an den Ausschluß von rund 600.000 Flüchtlingen oder den Wahlzwang (Markierung im Personalausweis, andernfalls drohen Repressalien). Die einigermaßen hohe offizielle Wahlbeteiligung von etwa 50% (1,2 Mio Stimmen bei 2,5-2,6 Mio Wahlberechtigten) ist so gesehen auch Angstbeweis, Überlebensselbsthilfe. Hinzu kommt, daß die Führung der katholischen Kirche und der christdemokratisch dominierten Gewerkschaften zur Wahlbeteiligung aufriefen.

Aber hinter diese Zahlen gehören Fragezeichen: Man denke

an verschiedene Wahlmanipulationen (siehe FMLN/FDR-Erklärung), die unmittelbar nach dem Wahlgang selbst von Führern der ARENA und der PDC geißelt worden waren. Erst nach einer energischen Intervention von US-Botschafter Hinton, hatte man sich darauf geeinigt, weitere Anschuldigungen untereinander zu unterlassen.

Im übrigen konnte sich einer der CDU/CSU-Wahlbeobachter selbst von Wahlbetrügereien überzeugen. Er war laut AIP „aus einem 'Wahllokal' gewiesen worden, weil er ARENA-Leute kritisiert hatte, die an der Urne den Wählern massiv zeigten, was sie zu 'wählen' hätten. Ähnliches passierte an einem anderen Ort, nur waren dort Duarte Leute die Beeinflussenden“.⁶

Die Reagan-Administration wird es nach den Märzahlen mit den „Demokratiebeweisen“ für das salvadorianische Regime eher schwer haben. Einer Lösung des El-Salvador-Konflikts in ihrem Sinne dürfte sie, angesichts der Stärke der FMLN/FDR, auch mit der verheißenen neuerlichen Ausweitung des Blutvergießens kaum näher kommen. Die Aussichten für erste Schritte hin zu einer politischen Verhandlungslösung, welche die FMLN/FDR fordert und die Regierung Reagan von sich weist, sind nach den Märzahlen noch geringer geworden.

Anmerkungen:

- 1) SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 10/3.-9.1.1982. Wortlaut siehe in: AIB 3/1982, S. 21-29
- 2) Tageszeitung (TAZ), 8.4.1982
- 3) Daten nach: Newsweek (NW), New York, 12.4.1982; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 1.4.1982; International Herald Tribune (IHT), Zürich, 7.4.1982
- 4) Zit. nach: IDES, Nr. 78-79/2.-9.4.1982; Stern, 25.3.1982; NW, 22.2.1982
- 5) Zit. nach: FAZ, 1.4.1982 und Der Spiegel, 5.4.1982
- 6) IDES, a.a.O.

VICTOR JARA

CANTO LIBRE



LP-Nr. 88 269

weitere LPs:

La Población, Nr. 88 110

Presente, Nr. 14 DF 70

Te Recuerdo, Amanda, Nr. 0291

El Derecho De Vivir En Paz, Nr. 0292

Die Betschwester, Nr. 88 209

Canto A Lo Humano, Nr. 88 246



Verlag „pläne“ GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1

16 Tage nach der Wahlfarce vom 7. März 1982 haben in Guatemala die Generale geputscht, die zuvor eine Klage wegen Wahlbetrugs eingeleitet hatten. Unterstützt wurde der Putsch von einer Gruppe junger Offiziere, die der ultrarechten Bewegung der Nationalen Befreiung nahestehen. Chef eines nun machtausübenden Triumvirats ist General Efraín Ríos Montt, der unter Präsident C. Arana Osorio (1970-74) Vorsitzender des Generalstabs und persönlich für die Massaker an indianischen Bauern verantwortlich war. Der zweite Mann, Maldonado Shaad, war unter Arana Osorio ebenfalls Mitglied des Generalstabs und kommandierte unter Lucas García eine der wichtigsten Kasernen der Hauptstadt. Der dritte im Bunde, Francisco Gordillo, ist Kommandant der Brigada Manuel Lizandro Barillas in Quezaltenango und spielte 1981 eine führende Rolle bei den Operationen gegen die Guerilla in Quiché und Chimaltenango.

Nach Meinung der revolutionären Kräfte Guatemalas stellt der Putsch lediglich einen Fassadenwechsel dar. So die Sprecherin der Guatemalteckischen Revolutionären Nationalen Einheit (URNG, Gründungsdokument siehe in: AIB 4/1982, S. 13-14), Silvia Suárez: „Die neue Gruppe hat versprochen, demokratische Reformen durchzuführen und eine reformistische Regierung zu führen, aber in Guatemala sind keine wirklichen Reformen ohne revolutionäre Veränderungen möglich.“ Für eine Verschärfung des Kurses sprechen auch die bisherigen Taten der neuen Militärdiktatur: Auflösung des Kongresses, Außerkraftsetzung der Verfassung und Verbot von politischen Parteien. Dafür sprechen weiter die an die Guerilla ausgesprochenen Drohungen Ríos Montts: Legt Eure Waffen nieder, oder wir werden sie Euch wegnehmen, mit welchen Mitteln auch immer.

Unmittelbar vor dem Putsch hatte das AIB Gelegenheit, Miguel Angel Albizurez zu interviewen. Er ist Gründungsmitglied des Nationalen Komitees für die Einheit der Gewerkschaften (CNUS) und des Guatemalteckischen Komitees der Patriotischen Einheit (CGUP).



Interview mit Miguel Angel Albizurez

Die Wahlschlappe der Militärs – Ausdruck des Volkswiderstands

AIB: Zuerst eine Frage zum Guatemalteckischen Komitee der Patriotischen Einheit (CGUP), das sich im Februar d.J. gegründet hat. Haben sich ihm andere politische Organisationen angeschlossen? Wie ist das Verhältnis von FDCR und FP-31 zum CGUP, wie das Verhältnis zu Gewerkschaften und Kirchen?

A. ALBIZUREZ: Zunächst haben wir es als Organisation von Personen gebildet, d.h. der repräsentativsten Personen der verschiedenen Sektoren des Volkes. Also Genossen der Demokratischen Front gegen die Repression (FDCR), der Volksfront 31. Januar (FP-31), des Einheitskomitees der Bauern (CUC), des Nationalen Einheitskomitees der Gewerkschaften (CNUS); es gibt Genossen aus dem Bereich der Beamtschaft, der Intellektuellen; es gibt auch Genossen, die den christlichen Sektor vertreten, also von Justicia y Paz (Gerechtigkeit und Frieden) und der guatemalteckischen Kirche im Exil. Es ist die Vereinigung von Genossen, die verschiedene soziale und politische Organisationen des Landes vertreten; außerdem sind 3 oder 4 Generationen vertreten, also auch Genossen, die an der Revolution von 1944 teilgenommen haben, die aktiv geblieben sind und jetzt teilnehmen.

AIB: Sind sie wirkliche Vertreter ihrer Organisationen oder Einzelpersonen?

A. ALBIZUREZ: Es sind hohe Repräsentanten dieser Organisationen, die die Erlaubnis ihrer Organisation haben, an dem Komitee teilzunehmen. Deswegen ist das ein erster Schritt hin zu der Schaffung einer großen politischen natio-

nen Front, wobei wir uns zuerst als Personen getroffen haben, als Repräsentanten unserer Organisationen, um die Basis zu diskutieren, auf der in diesem Jahr, in kurzer Zeit, die große politische nationale Front gegründet werden kann, in der alle Organisationen vertreten sein werden. Die Mitgliedschaft von Unternehmerorganisationen, von Stadtkomitees, von Jugendorganisationen, Studentenorganisationen und Hausfrauenorganisationen ist nicht ausgeschlossen.

Die CGUP – erster Schritt zur nationalen Front

AIB: Verstehen sie sich als politischer Arm, als Sprecher der Guerillaorganisationen?

A. ALBIZUREZ: Die Organisationen brauchen keine Arme, um der schweren Verantwortung, die sie haben, gerecht zu werden. Es sind politisch-militärische Organisationen, nicht nur Guerillaorganisationen. In Guatemala sind sie sich, und sie sagen das klar in ihren Erklärungen, über die Strategie des revolutionären Volkskrieges einig, darüber, daß der bewaffnete Kampf Teil des Kampfes ist, der in Guatemala geführt wird, daß das ganze guatemalteckische Volk am Kampf teilnimmt. Das CGUP ist vor allem eine Zusammenfassung der demokratischen und populären Teile des Volkes. Es ist eine Basis, um auf internationaler Ebene über den Kampf in Guatemala zu informieren. Man wußte über Guatemala nur, daß es Massaker, Entführungen, Folterungen und vom Regime Ermordete gab, aber man weiß nichts über

das Niveau, das der Kampf erreicht hat. Auf diesem Gebiet will die CGUP eine Funktion übernehmen.

Das andere betrifft das Verhältnis zu politischen Parteien, zu Regierungen; auch dort will das CGUP seinen Aufgaben nachkommen. Aber seine Hauptaufgabe ist es, eine große patriotische nationale Front zu gründen. Den Namen wissen wir noch nicht. Es war eine Antwort auf die Forderungen der revolutionären Organisationen. Die Guatemaltekeische Revolutionäre Nationale Einheit (URNG) ruft in ihrer Proklamation (Wortlaut: AIB 4/1982, S. 13-14) zu einer großen politischen Front auf.

Der Vereinheitlichungsprozeß im Land dauert nun schon seit Jahren an: Die politisch-militärischen Organisationen in Guatemala haben die Diskussionen 1974 begonnen; mit der Bildung der URNG hat sich dieser Prozeß vertieft; 1976 haben wir das Nationale Einheitskomitee der Gewerkschaften (CNUS) gegründet, als Bündnisorganisation der Arbeiterklasse; 1978 haben wir das Einheitskomitee der Bauern (CUC) als Bündnisorganisation der Bauern, der kleinen Landbesitzer, der Landarbeiter gegründet. Zwischen diesen beiden Organisationen gibt es eine sehr enge Zusammenarbeit. 1978 bildeten sich auch Justicia y Paz und die „Coordinadora de pobladores“ für soziale Randgruppen; und 1979 haben wir die Demokratische Front gegen die Repression (FDCR) gegründet, die der erste umfassende Versuch seit 1954 ist, ein Organ zu schaffen, das verschiedene Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, christliche Organisationen umfaßt. 1981 haben wir als revolutionäre Massenorganisation die FP-31 gegründet. Das CGUP ist das Ergebnis einer Reihe von internen Vorgängen und muß zu einer großen politisch-nationalen Front werden.

AIB: Ist das 5-Punkte-Programm der URNG die maßgebliche Grundlage auch Ihrer Organisation? Welches sind Ihre wichtigsten programmatischen Ziele?

A. ALBIZUREZ: Die 5 Punkte für eine Regierung wurden von der URNG herausgegeben. Das CGUP, die eine andere Organisation ist, ein Organ demokratischer Volkskräfte, hat die Erklärung der politisch-militärischen Organisationen diskutiert. Es ist zu der Schlußfolgerung gekommen, daß in Guatemala alle legalen und friedlichen Wege versperrt sind, daß es nicht möglich ist, eine so ungerechte Gesellschaft wie die unsere über Wahlen zu verändern. Gleichzeitig diskutieren wir die 5 Punkte für eine Regierung, die von den Organisationen herausgegeben wurden, und ziehen daraus den Schluß, daß vor allem die Schaffung der nationalen revolutionären Einheit in Guatemala ein bedeutender Schritt im revolutionären Prozeß ist und daß diese 5 Punkte die Sehnsüchte und Erwartungen des guatemaltekeischen Volkes widerspiegeln, d.h. sie entsprechen den konkreten Notwendigkeiten des Landes.

Wahlfarce unter Kriegsbedingungen

AIB: Die Präsidentschaftswahlen wurden nach unseren Informationen von 60% der Wahlberechtigten boykottiert. Trifft das auch für die Parlamentswahlen zu? Wie waren die Resultate für die Christdemokraten und die Sozialdemokraten? Wie ist ihre Teilnahme an den Wahlen zu bewerten?

A. ALBIZUREZ: Die Wahlen waren eine Farce. Wir sagen dazu: Das war keine Wahl, sondern die Auswahl eines neuen Kandidaten der herrschenden Klasse, bei der es zwar Gegensätze in bezug auf die eigenen Interessen gibt, aber niemals in bezug auf die Interessen des guatemaltekeischen Volkes. Die wirklichen Ergebnisse der Wahlen werden nicht bekannt werden, weder im Land noch im Ausland. Es gab auch zuvor nie wirkliche Wahlergebnisse in Guatemala. Diese Wahlen waren Präsidentschaftswahlen und Wahlen für Abgeordnete und Bürgermeister, es war also der umfassendste Wahlpro-



„Nur Gott nimmt und gibt Autorität.“ – Wahlspruch der neuen guatemaltekeischen Putsch

zeß, den es im Land gibt. Unter diesem Aspekt kann man sagen, daß es einen ganz klaren Wahlboykott gab.

Wir glauben, daß der Wahlboykott, die Weigerung der guatemaltekeischen Bevölkerung, am Wahlprozeß teilzunehmen, 80% erreicht hat. Wir beziehen uns dabei auf Zahlen von 1978, in denen Romeo Lucas Garcia gewählt wurde. Obwohl es damals starke Unterdrückung gab, war es eine mehr oder weniger normale Zeit, wir hatten keinen Kriegszustand, wir hatten keine solch starke Aktivität der Volksmassen. Dieses Mal gab es offiziell einen Boykott von 65%. Von den verbleibenden 35% waren mindestens 20% Enthaltungen. 15% der Stimmen teilten sich unter den drei Generalkandidaten auf.

Das Heer hatte die Hauptstadt völlig besetzt; die Leute durften nicht von einem Teil in den anderen, das gleiche galt für das Land. Trotzdem gab es zahlreiche Aktionen in Quiché, Huahuatango, Chimantango, Santa Rosa, San Marcos; d.h. in den wichtigsten Gebieten des Landes und in der Hauptstadt gab es in den Tagen vor, während und nach der Wahl starke Aktivitäten der Guerilla und der Volkskräfte. An diesem Tag wurden nicht nur Dörfer erobert und politische Versammlungen abgehalten, sondern Regierungsgebäude angegriffen, Bomben in verschiedenen wichtigen Teilen des Landes gezündet, Straßen mit Bäumen blockiert; die Bauern haben Fallgruben ausgehoben, Nägel gestreut, Steine geworfen, d.h. das ganze Land war während der Wahlen in Aufruhr. Es waren also keine normalen Wahlen. Wir glauben nicht, daß das mit den 60% stimmt, das sind die ersten Zahlen, die Sie angeben.

Zum anderen Teil: Man muß zwischen der Christdemokratie (DC) und der Sozialdemokratie unterscheiden. Die DC ist eine Partei, die sich unterwirft, die dem Volk von Guatemala schon seit einiger Zeit in den Rücken fällt, die den Interessen des Volkes nicht gerecht wird, noch viel weniger den Interessen der Klasse der Arbeiter und Bauern. Sie ist eine Partei, von der nur die Führung übriggeblieben ist, die den Namen beibehalten hat und alle möglichen Versuche unternimmt, das Land zu unterdrücken.

Die DC hat an den Wahlen in Koalition mit einer anderen Partei teilgenommen, die zu den reaktionärsten Parteien Guatemalas gehört, der Bewegung für nationale Befreiung (MLN), die aber mit Befreiung nichts zu tun hat. Ihr Kandidat war Maldonado Aguirre.

Die DC unterscheidet sich vollkommen von der Sozialdemo-



(v. l. n. r.) Maldonado, Rios Montt, Gordillo

kratischen Partei (PS) oder der Vereinigten Front der Revolution (FUR). Diese beiden sozialdemokratischen Parteien, die es in Guatemala gibt, haben seit Gründung der FDCR an den Kämpfen des Volkes teilgenommen, d.h. sie waren Teil der Opposition und haben deswegen auch nicht an den Wahlen teilgenommen. Sie haben sich dem Wahlprozeß vollkommen verweigert, außer einigen Personen, die der FUR angehören, die als Einzelpersonen teilgenommen haben und wegen Zusammenarbeit mit dem Regime ausgeschlossen wurden. Diese beiden Parteien waren in den revolutionären Prozeß einbezogen. Jetzt sind ihre wichtigsten Führer im CGUP dabei.

AIB: Wie sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Rechten nach den Wahlen zu bewerten?

A. ALBIZUREZ: Wir glauben, daß das Resultat der Wahlfarce nicht nur ein Scheitern der Strategie ist, die öffentliche Meinung und die Weltöffentlichkeit zu täuschen und ein anderes Gesicht zu zeigen, um von der Regierung Reagan mehr Wirtschaftshilfe zu erhalten, sondern zugleich zu einer Spaltung innerhalb der guatemaltekischen Bourgeoisie geführt hat. Sie diente ausschließlich dazu, die Widersprüche zu verschärfen. Dies zeigt sich daran, daß von den Kandidaten, die alle Rechte waren, die drei Verlierer die Wahl angefochten haben. Es ist klar, daß es Wahlbetrug gab. Alle Welt weiß das. Aber wenn sogar sie das sagen, dann entfernt sie das noch weiter vom Volk und schafft gleichzeitig innere Widersprüche.

AIB: Die Gewerkschaften wurden in den beiden letzten Jahren stark unterdrückt. Wie ist die Situation zur Zeit? Gibt es Möglichkeiten, in den Gewerkschaften legal zu arbeiten, welche Rolle spielen die Gewerkschaften im CGUP?

A. ALBIZUREZ: Es gab direkte Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung in Guatemala. Seit dem Massenaufstand in Guatemala 1976 wurde die in der CNUS organisierte Gewerkschaftsbewegung zum wichtigsten Feind der herrschenden Klasse. Seit 1978 wurde die Unterdrückung gegen die Führung wie gegen die guatemaltekische Gewerkschaftsbewegung insgesamt brutal verschärft. In dieser Zeit haben wir, vor allem seit 1980 und dem letzten Jahr, mindestens 100 Führer und 100 mittlere und höhere Führungskräfte verloren, zum Teil Genossen, die Bauernführer waren. Das hat natürlich die Arbeit der Gewerkschaften schwer beeinträchtigt.

Zur Zeit gibt es keine Zentralen, d.h. keine Büros der Gewerkschaften, die noch offen sind. Seit 1980 dürfen keine Demonstrationen mehr durchgeführt werden. Bei der letzten Demonstration, die wir im Mai 1980 durchgeführt haben, wurden über 100 Arbeiter, Studenten und Bauern erschossen. Wir sind deshalb zu der Auffassung gelangt, daß es nicht möglich ist, in dieser Form unsere Forderungen zu äußern, und sind zu anderen Formen übergegangen. Die Situation hat uns zur Arbeit im Untergrund gezwungen mit Führern, die dauernd ihre Wohnung wechseln müssen, die sich in Acht nehmen müssen, um ihr Leben zu retten.

Das heißt nicht, daß die Bewegung nicht aktiv ist, nicht arbeitet. Wir haben viele Gruppen in Betrieben gegründet, wir arbeiten an Volksmilizen, aber nicht nur auf gewerkschaftlicher Ebene; es gibt Stadtteilkomitees, Komitees auf dem Lande, es gibt neue Organisationen, die in verschiedenen Teilen des Landes entstanden sind. Die aktuelle Situation ist ziemlich kompliziert, und wir als Teil der Arbeiterbewegung sind der Meinung, daß die legalen Wege vollkommen erschöpft sind.

Die Arbeiterbewegung Guatemalas spielt in der CGUP eine beträchtliche Rolle; ich bin Vizepräsident des CGUP und Vorsitzender der CNUS. Wir spielen also eine wichtige Rolle. Wir glauben, daß die guatemaltekische Arbeiterklasse die Verantwortung übernehmen muß, die ihr im revolutionären Prozeß zukommt. Wir dürfen uns nicht leiten lassen, wir müssen versuchen selbst die Führung zu übernehmen, Orientierungen zu geben für den revolutionären Prozeß in Guatemala. Wir müssen also eine Rolle im Komitee spielen; wir müssen auch in der großen politisch-nationalen Front eine Rolle spielen. Z. Zt. nehmen wir als Repräsentanten teil, später werden es die Organisationen sein, die teilnehmen.

AIB: Gibt es von seiten der Gewerkschaften Versuche, Milizen zum Selbstschutz zu gründen?

A. ALBIZUREZ: Es gibt keine Organisation, die die Selbstverteidigung nicht organisiert. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Organisationen der Bauern sind so organisiert, daß es ihnen vielerorts schon gelingt, das Leben der Bevölkerung zu schützen. Trotzdem gibt es Massaker und Unterdrückung.

Zeitschriftenschau

Solidarität, Nr. 66/März 1982

Frauen in der Dritten Welt: Rosina Brossi/Kurt Madörin: Im Visier: Die Arbeitskraft der Frau ● Brigitte Gloor: Frauen – die andere Hälfte Lateinamerikas ● Umfrage bei den schweizerischen Hilfswerken (Frauen in der Dritten Welt – von den Hilfswerken berücksichtigt?) ● Interview mit Annette Kaiser (Swissaid): Frauen in der Entwicklungszene ● Sabine Höger: Die „mitreisenden Ehefrauen“ ● Jolanda Kunz/Maria Winiger: Ein Frauen-Selbsthilfeprojekt in Bangladesch ● Schweizerische Waffenexporte nach Entwicklungsländern: Markus Mugglin: Das Geschäft mit dem Tode hat Hochkonjunktur
Einzelpreis 2,50 +Fr; Abo 25,- sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 692, CH-8026 Zürich

blätter des iz3w, Nr. 106/1982

Nachrichten und Berichte zu: Eritrea, Syrien, Türkei, Argentinien, Brasilien, Costa Rica. ● Ost-Timor: Ans Messer geliefert ● Kampuchea: Das Scheitern der Roten Khmer ● Nicaragua: Zur Situation der Frauen nach der Befreiung ● Haiti-Flüchtlinge: „Langsam sterben wir“ ● Indianer: Klage der Oglala-Sioux ● Medien: Werner „Fitzcaraldo“ Herzog und die Indianer ● Internationalismusarbeit: Bericht von einem Treffen in Frankfurt ● Rüstung: Kriegselektronik – Ausstellung ● Glosse: Die CDU-„Aktion Dritte Welt“
Einzelpreis 4,- DM; Abo 25,- bzw. 35,- DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

ila-info, Nr. 34/April 1982

Schwerpunkte: Brasilien (Sobradinho) „Damit aus Drohungen nicht Wirklichkeit wird“ ● Guatemala: Der FP-31 und die Gewerkschaftsbewegung ● W. Herzog oder der Zweck heiligt die Mittel ● IWF und Weltbank: Die stimmen Würger der 3. Welt ● Ländernachrichten zu: Argentinien: Die neue Regierung ● Bolivien: Massaker an Koka-Kleinbauern ● Guatemala: Einheit und provisorisches Programm ● Nicaragua: Nach Wirtschaftsanktionen jetzt Sabotageakte gegen das kleine Land ● El Salvador: Holländisches Journalisten Team ermordet ● Die Frankfurter El Salvador Demo: einige kritische Anmerkungen ● Bericht vom Anti-interventionskongreß ● Aufstehen für Frieden: Plattformvorschlag für die Demo am 10.6. ● Medien und 3. Welt: AVZ München
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25,- bzw. 30,- oder 35,- DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 102/April 1982

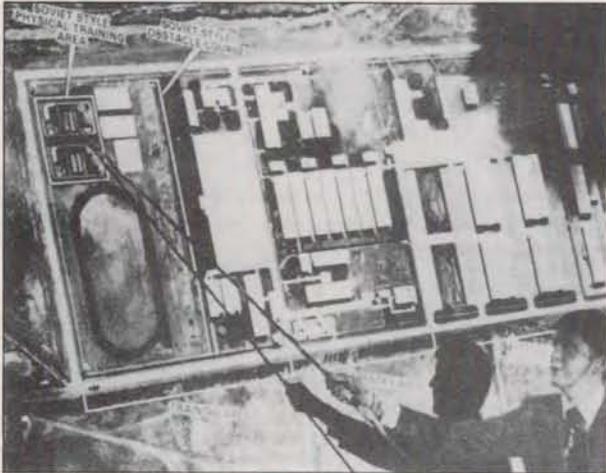
L. Berichte: BRD: Rüstungsexporte ● Nicaragua: Interview mit Comandante Bayardo Arce ● Chile: Zweifeln ausgeschlossen ● Neues gewerkschaftliches Organisationsmodell ● Argentinien: Im Süden nichts Neues ● Bolivien: Kaputtanierung der Wirtschaft ● II. Hintergrund: Argentinien/Mittelamerika: Die schlechteste Intervention ● Guatemala: Israel: Lieferant der Diktatoren ● III. Verschiedenes: Offener Brief an die Redaktion „ARD-Aktuell“ ● FDCL: Offener Brief an die Bundesregierung ● Nachruf auf Luiz Trassavos ● Antwort an E. Gollwitzer
Einzelpreis 5,- DM; Abo 35,- DM
Bezug: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Nicaragua-Aktuell, Nr. 18/1982

US-Politik: Interventionspläne und öffentliche Meinung ● Das Santa-Fe-Papier ● Nicaragua: Die Zeit läuft ihnen davon, Interview mit Lenin Cerna ● El Salvador: Wahlfarce in El Salvador ● Stimmen zur Wahl ● „Rein kommen sie – aber...“: Interview mit Salvador Samayoa ● Guatemala: Armee betreibt Völkermord ● Die Wahlen vom 7. März ● Costa Rica: Ein treuer Bundesgenosse der USA
Einzelpreis 2,- DM; Abo 12,- bzw. 20,- DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel

Nico Biver

Die US-Intervention hat viele Gesichter



CIA-Offiziere führt angebliche Beweise für die Sowjetpräsenz in Nicaragua vor (l.); Exilnikaraguaner beim Interventionstraining in Florida (r.)

Am 2. April d.J. verhinderten die USA durch ihr Veto eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die alle Beteiligten dazu aufrief, „sich einer direkten oder indirekten, offenen oder verdeckten Gewaltanwendung in Mittelamerika und der Karibik zu enthalten“.

Der Sicherheitsrat war auf Antrag Nikaraguas zusammengetreten, nachdem neue US-Interventionspläne bekannt worden waren. Am 15. März d.J. hatte die nikaraguanische Regierung aus diesem Grunde bereits den Ausnahmezustand über das Land verhängt, hatten doch soeben Konterrevolutionäre 2 Brücken in Nicaragua in die Luft gesprengt. Mit ihrem Veto bestätigten die USA, daß sie sich für gegenrevolutionäre Aktivitäten in Mittelamerika und der Karibik, insbesondere gegen Nicaragua, Kuba und die salvadorianische Befreiungsbewegung (siehe AIB 4/1982, S. 4-12), alle Optionen offenhalten wollen.

Am 14. Februar 1982 hatte die Washington Post einen Destabilisierungsplan des Nationalen Sicherheitsrats (NSC), der von Präsident Ronald Reagan gutgeheißen worden war, enthüllt. Dieses Programm, das der CIA dem NSC am 16.11.1981 vorgelegt hatte, beinhaltet: verstärkte subversive Operationen gegen Nicaragua, Unterstützung für paramilitärische Operationen gegen die Sandinistas, ökonomische Druckausübung, militärische Drohungen, Planungen für eine militärische Intervention im Eventualfall, verstärkte Geheimdienstaktivitäten, Propagandaanstrengungen sowie gemeinsame Planungen mit reaktionären Staaten in Lateinamerika.¹

Der Grad der Einmischung – von vorbereitenden Kampagnen bis zum offenen Eingreifen, von wirtschaftlicher Erpressung bis zur Bildung von Söldnertruppen – hängt davon ab, inwieweit es gelingt, die öffentliche Meinung in Westeuropa, Lateinamerika und besonders in den USA selbst zu beeinflussen.

In verschiedenen Umfragen sprach sich eine Mehrheit der Bevölkerung der USA gegen ein militärisches Eingreifen in Mittelamerika aus. Abgeordnete der USA wollen ein Gesetz verabschieden lassen, das dem Präsidenten untersagt, ohne

die Zustimmung des Abgeordnetenhauses Truppen ins Ausland zu entsenden.

Die Solidaritätsbewegung in den USA und Westeuropa hat Ausmaße erreicht wie zur Zeit des Vietnamkrieges. Westeuropäische Regierungen leisten dem befreiten Nicaragua weiterhin finanzielle Hilfe und Frankreich ist bereit, diesem Waffen zu liefern.

Ein Ziel der von der Reagan-Administration lancierten Kampagne ist es, diese Opposition gegen den US-Interventionismus in Nicaragua zu schwächen und die Hilfe zum versiegen zu bringen. Außerdem soll sie die Bevölkerung Nikaraguas beeinflussen. Sie ist zu diesem Zweck koordiniert mit den Aktivitäten der legalen nikaraguanischen Opposition, der Söldnertruppen und der Desinformation der rechten nikaraguanischen Medien.

Die Kampagne soll nachweisen, daß eine Achse Moskau-Havanna-Managua bestehe, die für die Ausweitung der Kämpfe in Mittelamerika verantwortlich zeichne, und daß Nicaragua zu einer marxistisch-leninistischen Diktatur geworden sei, die die Menschenrechte mit Füßen trete. Vor allem soll nachgewiesen werden, daß Nicaragua Waffen aus Kuba an die salvadorianische Befreiungsbewegung liefere, und diese durch Militärberater unterstütze.

Der erste großangelegte Versuch, dies nachzuweisen, wurde mit dem Weißbuch „Kommunistische Intervention in El Salvador“, unternommen, das am 23.2.1981 vom US-Außenministerium den Medien vorgestellt wurde.² Bis zum März 1982 folgte eine Reihe weiterer derartiger Vorstöße Washingtons, die allesamt keine Beweise erbrachten.

Nicaraguas Regierung forderte die Reagan-Administration auf, ihre Anschuldigungen zu beweisen. Sie legte am 21.2.1982 einen 5-Punkte-Friedensvorschlag³ vor, worin sie u.a. der honduranischen Armee gemeinsame Grenzpatrouillen anbot, was diese aber ablehnte. Und die Antwort aus Washington?

Am 9. März d.J. legte die Reagan-Administration Luftaufnahmen, die von SR-71-Flugzeugen – unter Verletzung der Lufthoheit Nikaraguas – geschossen worden waren, und die

Aggressionsabsichten Nikaraguas belegen sollten, den Massenmedien vor: Zwei sowjetische Hubschrauber, 25 ältere Panzer sowie Panzer- und Luftabwehrkanonen habe man entdeckt. Die Kasernen seien nach kubanischem Muster, die Hindernisstrecke nach sowjetischem Stil gebaut. Der Ausbau von vier Flughäfen bewiese die bevorstehende Lieferung von MiG-Flugzeugen...

Allerdings vergaß man zu erwähnen, daß bereits Diktator Somoza, auf US-Empfehlung, eine Anleihe von der Zentralamerikanischen Bank für den Ausbau gewährt worden war. Kein Wort verlor man darüber, daß das benachbarte Honduras, im Gegensatz zu Nicaragua, längst über eine Luftwaffe und Kriegsmarine verfügt, und daß 6.000 Somoza-Söldner von dort aus operieren. Ohne „Beweisstück“ blieb auch die wiederholte Behauptung, daß sich 2.000 kubanische und 50-70 sowjetische Militärberater in Nicaragua befänden.

Daß diese „Enthüllungen“ nicht den gewünschten Effekt hatten, lag vor allem daran, daß am gleichen Tag bekannt worden war, daß der CIA zur Jahreswende 1981/82 daran gegangen ist, eine eigene 500-Mann-Interventionstruppe, ergänzt um eine interamerikanische Truppe von 1.000 Mann, für den Einsatz in Nicaragua aufzustellen.⁴

Der 2. Märzakt der antisandinistischen Kampagne sollte drei Tage später folgen. Wiederholt hatte die Reagan-Administration behauptet, in El Salvador seien nikaraguanische Militärberater gefangen genommen worden und könnten eine Intervention der Sandinistas in El Salvador beweisen.

Erst entkam ein in El Salvador gefaßter angeblicher nikaraguanischer Militärberater in die mexikanische Botschaft in San Salvador, wo er sich als biederer Student der mexikanischen Universität von Monterrey, verhaftet auf der Durchreise, entpuppte. Am 12. März d.J. gelang es endlich einen zweiten „Militärberater“, den Nikaraguaner Orlando José Tardencillas Espinosa, in Washington der Presse vorzuführen. Er hatte vorher erklärt, in Kuba und Äthiopien ausgebildet und von den Sandinistaführern nach El Salvador geschickt worden zu sein. Auf der Pressekonferenz erklärte er jedoch, zum Entsetzen der US-Regierungsvertreter, seine Aussagen seien unter der Folter zustande gekommen und er sei freiwillig nach El Salvador gegangen.

Die antisandinistische Kampagne war bisher also eher ein Eigentum Washingtons. Lediglich unter sozialdemokratischen Parteien in Lateinamerika scheint sich ein geringer diplomatischer Erfolg anzubahnen. So platzte eine Konferenz der Sozialistischen Internationale (SI) in Caracas Anfang Februar d.J., weil sich die sozialdemokratischen Parteien Kostarikas und Venezuelas weigerten wegen der Einladung einer Sandinista-Delegation daran teilzunehmen. Michael Manley, der frühere Premierminister Jamaikas, warf den USA vor, auf einige SI-Mitglieder Einfluß genommen zu haben, um Nicaragua von der Teilnahme auszuschließen. Den Parteien warf er eine „übertriebene Demutshaltung“ gegenüber den USA vor.⁵

Kombiniert mit dem Anleihen von Kampagnen sind Destabilisierungsversuche, die die Revolutionsregierung Nikaraguas von innen unterminieren sollen. Hier wird nach den bewährten, in Chile und Jamaika praktizierten Methoden vorgegangen: wirtschaftlicher Boykott, Medienkampagne, Unterstützung konterrevolutionärer Organisationen.

Im Handbuch für psychologische Kriegsführung der US-Armee heißt es zu den betreffenden Maßnahmen: „Die Uneinigkeit zwischen den militärischen und politischen Institutionen stimulieren, das Vertrauen in die Führung untergraben, die Abneigung von seiten religiöser, ethnischer, politischer, ökonomischer und anderer Elemente fördern, gegen die oder innerhalb der Regierung freundliche Führer stärken

und feindliche schwächen.“⁶

Bereits 1981 haben die USA ihre Kredite an Nicaragua (über 80 Mio Dollar) gestoppt. Sie bemühen sich zudem, bei internationalen Institutionen sowie bei anderen westlichen Staaten einen Stopp der Finanzhilfen an Nicaragua zu erwirken. Obwohl dies den USA bisher nur zu einem geringen Teil gelungen ist, bedeutet – angesichts der Zerstörung des Landes und des Kapitalexports der in- und ausländischen Bourgeoisie – jede Einschränkung der Hilfe für Nicaragua eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Dies kann zur Unzufriedenheit führen, welche die Opposition auszunutzen vermag.

Zu diesem Zweck unterstützen die USA Organisationen, die in Opposition zur Revolution stehen oder nicht von ihr kontrolliert werden.⁷ So erklärte am 25. Januar 1981 in Caracas der Unternehmer und Führer der wichtigsten Oppositionspartei Demokratische Nationale Bewegung (MDN), Alfonso Robelo: „Die US-Regierung sollte weiterhin versuchen dem nikaraguanischen Volk zu helfen und sollte schöpferisch nach parallelen Kanälen zur sandinistischen Regierung, wie Genossenschaften und anderen Gruppen des privaten Sektors, suchen.“⁸

Diese Gelder werden von der Agentur für Internationale Entwicklung (AID) über die US-Botschaft verteilt. Im November 1981 wurden in nikaraguanischen Zeitungen die Namen von 13 dieser CIA-Agenten, die sich in der US-Botschaft betätigen, veröffentlicht. Unterstützt wird die Unabhängige Vereinigung der Genossenschaften (FUNDE), die ein Gegengewicht zur sandinistischen Genossenschaftsorganisation bilden soll, sowie die Industriekammer, deren Vizepräsident Leonardo Somarriba im November 1980 in einen Putschversuch verwickelt war.

Hauptpartner für die innere Destabilisierung sind der Oberste Rat der Privaten Unternehmen (COSEP) und rechte Gewerkschaften. Sie werden zum Teil vom AID finanziert. Der Vizepräsident der COSEP, George Salazar, war ebenfalls in den Putschversuch im November 1980 verwickelt und wurde bei seiner Festnahme, der er sich widersetzte, erschossen.

Destabilisierung – auch von Innen

Der COSEP besitzt vor allem dadurch, daß sich 60% der Wirtschaft in privater Hand befinden und 80% der Kredite in den Privatsektor gehen, einen bestimmenden Einfluß. „Ein Offizieller der US-Botschaft in Managua“, so die Zeitschrift CounterSpy, „sagte: ‘COSEP ist der interne Fürsprecher unserer Politik. Sein Überleben ist der Schlüssel für unsere Politik hier.’“⁹

Zu dem Unternehmensektor, der der Revolution feindlich gegenübersteht, erklärte Sandinistaführer Bayardo Arce: „Die Sektoren des Unternehmertums..., welche heute die Revolution zu sabotieren suchen, welche die Wirtschaft boykottieren, das Kapital abziehen usw., tun dies, weil sie von außen dazu ermuntert, angetrieben und darin unterstützt werden, von einer Macht, die sie sich sicher fühlen läßt, und zwar vom Imperialismus.“¹⁰

Hauptansprechpartner auf Gewerkschaftsseite ist die Konföderation der Gewerkschaftlichen Einheit (CUS) und die Arbeiterzentrale Nikaraguas (CTN), die mit Hilfe des AIFLD, einem mit dem CIA und der US-Gewerkschaftszentrale AFL/CIO verbundenen Institut, in den 60er Jahren aufgebaut wurden, und weiter unterstützt werden. Sie dienen vor allem dazu, die in einzelnen Sektoren bestehende Unzufriedenheit auszunutzen und radikale Forderungen zu stellen. Als der AIFLD-Repräsentant in Nicaragua von einem ehemaligen CIA-Agenten als „bewußter CIA-Agent“ entlarvt wurde, wies ihn die nikaraguanische Regierung aus.



Bericht einer christlichen Untersuchungskommission Neuansiedlung der Miskitos

Vom 6.-8. März d.J. besichtigte eine Kommission, die sich aus 15 Repräsentanten christlicher und christlich inspirierter Institutionen sowie von christlichen Basisgemeinden Nikaraguas zusammensetzte, die neuen Siedlungen der Miskitos, die im Februar d.J. umgesiedelt worden waren. Die Delegierten konnten sich dort mit den Miskitos unterhalten und deren aktuelle Probleme, Errungenschaften und Schwierigkeiten kennenlernen. Ihr „Umfassender Bericht über die Neuansiedlungen der miskitischen Bevölkerung in Wasminona, Sahsa, Sumobila und Truhlaya“, der von allen Kommissionsmitgliedern unterzeichnet wurde, enthält folgende Schlußfolgerungen:

Bewußt der Besorgnis unseres Volkes für die Situation der miskitischen Gemeinschaften der Atlantikküste, die von den Ufern des Rio Cocos in die Neuansiedlungen Sahsa, Wasminona, Sumobila und Truhlaya gebracht wurden, und motiviert durch unsere christliche Verantwortung, die Realität unserer miskitischen Brüder näher kennenzulernen, haben wir, nach einem Besuch von drei Tagen in den oben genannten Neuansiedlungen festgestellt, daß:

1. Die miskitischen Gemeinschaften, die in den oben genannten Neuansiedlungen wohnen, über die grundlegenden Bedingungen für ein humanes Leben verfügen, wie: ausreichende Lebensmittelversorgung, gute medizinische Betreuung und provisorische Häuser usw. All dies wird ihnen total von der Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus zur Verfügung gestellt und garantiert.
2. Es existiert bei vielen miskitischen Brüdern die logische und natürliche Betrübniß darüber, ihre ursprüngliche Lebensart und einen großen Teil ihres Habguts verlassen zu haben und darüber, daß sie, in einigen Fällen, von ihren Familienangehörigen, die nach Honduras gingen, getrennt wurden. Trotzdem haben wir evidente Zeichen des Verständnisses und der Hoffnung der neuen Realität gegenüber gesehen, die sich in der schnellen Eingliederung der Gemeinschaften in die produktiven, erzieherischen, kulturellen, sportlichen Aufgaben in den Neuansiedlungsdörfern ausdrücken.
3. In dieser Ausnahmesituation, die die Neuansiedlungen im Augenblick erleben und die eine gewisse organisatorische Kontrolle von seiten der Autoritäten verlangt, wird ihnen die notwendige Respektierung der fundamentalen Rechte der menschlichen Person, wie Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit usw. gewährleistet.
4. Ein ausgedehnter und genereller Dialog mit den Bewohnern der Neuansiedlungen erlaubte es uns, zu bestätigen, daß die Situation von Angst, Ungewißheit und Bedrohung, die diese Gemeinschaften durch die Aktionen der konterrevolutionären Banden, die von honduranischem Territorium aus operieren, eine Umsiedlung dieser genannten Gemeinschaften notwendig machte, um ihre eigene Sicherheit und die Stabilität der nikaraguanischen Nation zu garantieren.
5. Der Umtransport der Gemeinschaften und ihre aktuelle Ansiedlung wurde, nach öffentlichen und mehrheitlichen Zeugnissen, mit großer Aufmerksamkeit, Schutz und brüderlicher Behandlung von seiten der entsprechenden Autoritäten vollzogen. Trotz der geographischen Begrenztheit der Hilfsmittel von seiten der Regierung wurden die schwangeren Frauen, die Alten, die Kinder, und Kranken durch besondere Transportmittel umgesiedelt.
6. Es existiert eine adäquate Planung von seiten der Regierung, um kurzfristig die unmittelbaren Notwendigkeiten der Bevölkerung in den Neuansiedlungen, durch die Zurverfügungstellung von elektrischem Licht, Trinkwasser, endgültigen Häusern, Schulzentren, Gesundheitszentren und religiösen Bauten, zu befrieden. Ihnen wurden Grundstücke für den Bau ihrer Häuser, Äcker für die familiäre Landwirtschaft und für die kollektive Landbearbeitung gegeben, die eine Primärbasis der sozioökonomischen Entwicklung darstellen. All dies geschah innerhalb eines Rahmens, der die kulturellen Gewohnheiten und Traditionen der miskitischen Gemeinschaften respektierte.

Die Aktivitäten der Opposition werden durch Medienoperationen begleitet, die der CIA unterstützt und koordiniert. Waren in Chile der El Mercurio und in Jamaika der Daily Gleaner die Hauptträger der konterrevolutionären Propaganda, so kommt in Nicaragua der Zeitung La Prensa diese Rolle zu. Angeleitet wird diese Arbeit durch die Interamerikanische Presseassoziation (IAPA), die von einem hohen CIA-Repräsentanten als „Quelle für geheime Aktionen“ bezeichnet wurde.¹¹

Nach der Regierungsübernahme der Linksparteien in Chile und Jamaika und dem Beginn der Destabilisierungskampagne wurden die Besitzer von El Mercurio und Daily Gleaner in das Komitee für Pressefreiheit bzw. das Direktorium der IAPA aufgenommen, in dem auch mehrere CIA-Agenten vertreten sind. Der Sohn des ermordeten Herausgebers von La Prensa, Pedro Joaquim Chamorro Jr., stellvertretender Direktor von La Prensa, ist jetzt Mitglied des Exekutivkomitees der IAPA geworden.

Die Diskreditierung der Revolutionsregierung wird sowohl durch Falschinformationen als auch durch subtilere Methoden betrieben. Die Falschmeldungen werden meist nicht in Nicaragua selbst erfunden, sondern vom CIA in einem anderen Land der Presse zugespielt. Ein Beispiel hierfür ist eine Schlagzeile von La Prensa in der behauptet wurde, der nikaraguanische Außenminister Pater d'Escoto habe in einem Interview die Kirche beleidigt. Später stellte sich heraus, daß das Interview frei erfunden war.

Hinzu kommt die indirekte Methode, die sich psychologischer, unbewußter Reaktionen der Leser bedient. So häuften sich z.B. Berichte über Wunder und Marien-Erscheinungen, bei denen die handelnden Personen und Erscheinungen stets mit der sandinistisch geführten Revolution unzufrieden sind.

Ein anderes Beispiel indirekter Beeinflussung ist die Propaganda in La Prensa für ein Comic-Buch und einen Film, welche den Roman von George Orwell „Animal Farm“ (Farm der Tiere) zum Thema haben. Der ehemalige CIA-Agent E. Howard Hunt berichtete in einem Buch, daß er für die Produktion und den Vertrieb des Filmes verantwortlich war. Film und Comic handeln von einer Revolution, die von Schweinen angeführt wurde, die aber nachher die Kühe und Hühner, welche das Volk darstellen, beherrschen und sich auf ihre Kosten vollfressen.

Medienkampagne wie einst in Chile

Im Gegensatz zum Buch können mit dem Comic und dem Film breite Schichten erreicht werden, weil sie leicht zu verstehen sind, und weil die handelnden Tiere dem Lebenszusammenhang der meisten Nikaraguaner entnommen sind. Gleichzeitig mit dem Film erschienen in La Prensa Bilder und Berichte über tote Kühe, über Kühe die aus Kuba die Maul- und Klauenseuche eingeschleppt hätten, sowie Gegenüberstellungen von gesunden, fetten Revolutionsführern und kranken Normalbürgern.

Um diesen Manipulationsversuchen entgegenzuwirken, ließ die Regierung mehrmals La Prensa schließen. Sie verbot Berichte über Wunder, sofern sie nicht von der Kirche gebilligt seien, und Predigten im Fernsehen. Sie informierte mit Hilfe von ehemaligen CIA-Agenten die Bevölkerung über die Manipulationsmethoden.

Das Gegeneinanderausspielen ethnischer Gruppen ist eine weitere Destabilisierungsmaßnahme des CIA. In Nicaragua wird versucht, die indianische Minderheit an der Ostküste gegen die Revolution aufzubringen.

Dies hat nicht nur die Funktion die Revolution zu schwächen, sondern dient auch der Rekrutierung von

Söldnern, der Diskreditierung Nikaraguas in der Weltöffentlichkeit und der Schaffung einer Region, in der der Bevölkerungswiderstand bei einer Intervention möglichst gering ist. Ansatzpunkte für diese Ziele bieten die Miskitos, Sumos und Ramas, weil sie an der Ostküste traditionell vom Rest des Landes isoliert waren und nur einen geringen Beitrag zur Revolution leisteten.

Die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) versuchte die Indios in den revolutionären Prozeß einzubeziehen. Sie führte eine Alphabetisierungskampagne in den Indiosprachen durch, verbesserte das Gesundheitswesen und verstärkte die Truppen in dieser Grenzregion zu Honduras. Begangene Fehler und die Verhaftung des Führers der Indio-Organisation Misurasata und Priesters der Moravischen Kirche, Steadman Fagoth Muller, führten zu Protestkundgebungen der Indios.

Obwohl S. Fagoth zugab, daß er Somoza-Agent gewesen war, wurde er daraufhin freigelassen. Er ging in die USA, nahm Kontakte zu offiziellen Stellen auf, und flog dann nach Honduras, wo er über einen Sender versucht, die Indios



Miskitos im Flüchtlingslager in Honduras

zur Flucht zu bewegen. Dort arbeitet er eng mit der Armee und Somoza-Söldnern zusammen, was durch einen Absturz einer honduranischen Militärmaschine bewiesen wurde, in der er sich mit Somoza-Söldnern befand.

Diese Aktivitäten werden von anderen Priestern der Moravischen Kirche unterstützt, die in diesem Gebiet mit Hilfe der AID ein Gesundheits- und Erziehungsprogramm durchführt. Einer der zehn Priester, die Mitte Februar d.J. verhaftet oder gesucht wurden, erklärte, daß er durch die AID Geld für Waffen und Nachschub erhalten hatte.¹²

Ein Versuch dieser Gruppen, einen Aufstand der Indios zu provozieren und eine „befreite Zone“ zu schaffen, konnte Anfang Februar d.J. abgeblockt werden.¹³ Somoza-Söldner überfielen öfters die Miskitosiedlungen an der Grenze zu Nicaragua.

Um diesem Umstand abzuwehren und eine menschenleere militärische Zone entlang der Grenze zu schaffen, beschloß die nikaraguanische Regierung rund 8.000 Miskitos mit ihrem Einverständnis umzusiedeln. Diese Maßnahme wurde zum Anlaß für eine breite Propagandakampagne der US-Regierung genommen. S. Fagoth machte vor dem Amerikanischen Sicherheitsrat Aussagen über angebliche Massaker an den Indios. Die UN-Botschafterin der USA, Jeane Kirkpatrick behauptete, daß sich mehr als 250.000 Miskitos in Konzentrationslagern befänden, obwohl es in Nicaragua nur 70.000 Miskitos gibt. Die Spionagefotos, die am 9. März 1982 veröffentlicht wurden, sollten auch beweisen, daß die Sandinistas 16 „friedliche, normale Dörfer bis auf den Grund niedergebrannt und Kirchen zerstört“ hätten.

Tatsächlich hatte die Regierung nach der Evakuierung, die Dörfer niedergebrannt, damit sie für die Somoza-Söldner

keine Unterschlupfmöglichkeit bieten. Die Propaganda wurde sowohl von einer Untersuchungskommission unter dem ehemaligen Justizminister der USA, Ramsey Clark, die die Indiodörfer besuchte, als auch von einer nikaraguanischen Kommission aus Mitgliedern kirchlicher Organisationen widerlegt (siehe Kasten).

Entsprechend den CIA-Plänen, die im Nationalen Sicherheitsrat der USA (NSC) Mitte November 1981 angenommen wurden, sollen militärische Operationen in der ersten Stufe von Nicht-US-Amerikanern durchgeführt werden. Ziel ist es, die nikaraguanische Regierung unter Druck zu setzen, die Unsicherheit zu erhöhen, die Wirtschaft zu schwächen und wenn nötig einen Krieg zu entfesseln.

Spezialtruppen operieren von Honduras aus

Eine Komponente dieser Strategie sind die rund 6.000 Somoza-Söldner sowie geflüchtete Miskitos, die von Honduras aus Überfälle durchführen. Sie verursachten bislang den Tod von über 100 nikaraguanischen Soldaten. In Lagern in Florida und Kalifornien wurden bisher mehr als 800 solcher Söldner ausgebildet. Konterrevolutionäre Organisationen wie die Nationale Befreiungsarmee (ELN) und die Nationale Demokratische Union – Revolutionäre Streitkräfte Nikaraguas (UDN-FARN) führen Sabotageaktionen innerhalb Nikaraguas durch. Ein Plan, die einzige Erdölraffinerie und ein Zementwerk zu zerstören wurde am 12. Januar d.J. rechtzeitig verhindert. Nach Aussagen des Führers dieser Gruppe, William Boltodano, erhielten sie sowohl Unterstützung von argentinischen Militärs als auch von venezolanischen Diplomaten und führten Gespräche mit Regierungsvertretern der USA.

Teil des Interventionsplans ist auch die Bildung einer



Sandinistas: Wachsamkeit wird großgeschrieben

500-Mann starken paramilitärischen Gruppe aus Lateinamerikanern, die unter US-Kommando steht und bei Bedarf um 1.000 Mann aufgestockt werden kann. Dieser Plan, der am 14. Februar 1982 von der Washington Post enthüllt wurde, sieht Sabotageaktionen gegen lebenswichtige Einrichtungen wie Kraftwerke und Brücken vor. Teile dieser Truppe werden bereits in Argentinien ausgebildet.

Argentinische Militärberater sind außerdem in Honduras tätig. Am 22. März d.J. enthüllte die US-Fernsehstation CBS, daß Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern der „Green Berets“ Belohnungen angeboten werden, falls sie bereit sind, nach Nicaragua einzusickern. Ein ehemaliges Mitglied dieser vietnamerprobten Spezialtruppe bestätigte diesen Vorgang und erklärte, es hätte in Nicaragua die gleichen Aufgaben wie in Vietnam wahrnehmen sollen.¹⁴

Gleichzeitig wird die honduranische Armee weiter aufgerüstet und inzwischen von 100 US-Militärberatern betreut. Honduranische Volksorganisationen haben mehrmals die Regierung ihres Landes angeklagt mithilfe von Somoza-Söldnern, Argentinern, Chilenen und Venezolanern einen Angriff auf Nicaragua zu planen. Dieser soll durch Provokationen gegen Nicaragua ausgelöst werden und durch den Interamerikanischen Vertrag über gegenseitigen Beistand (von 1947) legalisiert werden.¹⁵

Die USA haben bereits Verhandlungen mit Guatemala, Kostarika, Honduras, Kolumbien, Venezuela und Argentinien aufgenommen, um eine interamerikanische Streitmacht aufzubauen, die in El Salvador und Nicaragua eingreifen könnte.¹⁶ Der Zusammenschluß der Streitkräfte von Honduras, El Salvadors und Guatemalas, der am 3. November 1981 bekanntgegeben wurde, könnte auch für ein Eingreifen in Nicaragua dienen, unter dem Vorwand, man wolle nur die Unterstützung für die salvadorianische Befreiungsfront FMLN unterbinden.¹⁷ Ähnliche Ziele hat auch die am 19. Januar d.J. gegründete Demokratische Gemeinschaft Mittelamerikas, der El Salvador, Honduras und Kostarika, angehören.

Vorbereitungen für eine US-Invasion

Das Zusammenspiel zwischen Somoza-Söldnern und der honduranischen Armee wurde einmal mehr angezeigt durch die Weigerung der honduranischen Regierung Grenzübertritte von Konterrevolutionären zu verhindern. Honduras hat bereits mehrmals Provokationen gegen Nicaragua gestartet. Im Januar d.J. klagte der honduranische Außenminister Nicaragua an, 200 Flüchtlinge auf honduranischem Gebiet getötet zu haben. Mitte März d.J. war ein nikaraguanisches Küstenwachboot von honduranischen Flugzeugen beschossen worden, nachdem es zwei honduranische Fischerboote in nikaraguanischem Gewässer aufgebracht hatte. Honduras rief daraufhin prompt die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) an, und machte Nicaragua für den Zwischenfall verantwortlich.

Um weiteren derartigen Provokationen aus dem Weg zu gehen, hat Nicaragua beschlossen, seine Truppen mehrere Kilometer hinter die Grenze zurückzuziehen.

Die USA halten auch an der Option für eine offene Intervention fest. Ob es dazu kommt, hängt vor allem vom Erfolg der anderen Operationen und davon ab, inwieweit es gelingt, die Öffentlichkeit von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen. Vorbereitungen für eine solche Möglichkeit sind in vollem Gange. In Honduras ist es den USA erlaubt worden, vier Flughäfen zu benutzen, die zu diesem Zweck ausgebaut werden. Auf der honduranischen Insel Amapala im Golf von Fonseca, der an Nicaragua, Honduras und El Salvador grenzt, ist ihnen gestattet worden, dort eine Marinebasis zu

errichten. In diesem Golf kreuzt schon seit Monaten ein US-amerikanischer Zerstörer. Und der Generalstabschef der honduranischen Streitkräfte Alvarez hat erklärt, daß sein Land „sich einer bewaffneten Intervention der USA in der Region nicht widersetzen würde“.¹⁸

Auf der Atlantikseite wollen die USA die kolumbianische Militärbasis auf der Insel San Andres mitbenutzen. Die Intervention wird durch Manöver in Honduras und Kostarika sowie Seemanöver in der Karibik im November 1981 und März d.J., darunter ein NATO-Manöver, geprobt. Sie dienen auch dazu, die Möglichkeiten einer Seeblockade zu testen und die nikaraguanische Regierung unter Druck zu setzen, um sie zu Konzessionen zu zwingen.

Nicaragua/Mexiko drängen auf Verhandlungen

Aus diesen Gründen hat Nicaragua das Jahr 1982 zum „Jahr der Einheit gegen die Aggression“ erklärt. Sie hatte die Entwicklungen vorhergesehen und die Bevölkerung darauf vorbereitet. Aus diesen Gründen sind die Verhängung des Ausnahmezustandes sowie die Einschränkungen für die Presse, nachdem die US-Interventionspläne immer deutlicher wurden, auf große Zustimmung in der Bevölkerung gestoßen. Die Verstärkung der Zivilverteidigung und der Milizen macht Fortschritte.

Gleichzeitig ist die Regierung in die diplomatische Offensive gegangen und hat die Interventionspolitik der USA vor den UN-Sicherheitsrat gebracht, wo ein Antrag von Panama, der ein Gewaltverzicht für alle Parteien vorschlägt, am US-Veto scheiterte. Nicaragua erklärte dazu, daß Washington anscheinend nicht bereit sei eine friedliche Lösung des Konflikts zu suchen, und kritisierte, daß die USA bisher keine konkreten Schritte unternommen haben, um sich im Rahmen der mexikanischen Initiative an den Verhandlungstisch zu begeben.

Die Verhandlungsvorschläge von Nicaragua vom 21.2.1982 und Mexiko (siehe AIB 4/1982, S. 8-11) waren von Alexander Haig mit einem Gegenvorschlag beantwortet worden, der für Nicaragua unannehmbar ist. Darin wird unterstellt, daß Nicaragua die salvadorianische Guerilla mit Waffen beliefert, was von den Sandinistas stets bestritten wurde. Während die Regierungen Nikaraguas und Mexikos weiter auf Verhandlungen drängen, bekennt sich die Reagan-Administration mittlerweile zwar formal zu Gesprächen, macht sie aber durch ihre für Nicaragua unannehmbaren Bedingungen de facto unmöglich.

Offenbar vermag nur ein verstärkter Druck der internationalen Öffentlichkeit, den Nikaraguas Revolutionsregierung durch die Behandlung dieser Frage im UN-Sicherheitsrat und in der UN-Vollversammlung forcieren will, die Reagan-équipe an den Verhandlungstisch zu bringen.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: CounterSpy, Washington, Jg 6, Nr. 3/Mai-Juni 1982, S.17
- 2) Vgl. AIB 6/1981, S.6
- 3) Voller Wortlaut in: AIB 4/1982, S.8
- 4) Nach: International Herald Tribune (IHT), Zürich, 11.3.1982 und Der Spiegel, 22.2.1982
- 5) Informationsdienst El Salvador, 19.2.1982
- 6) Zit. nach: Covert Action, Washington, März 1982, S.35
- 7) Siehe CounterSpy, Jg. 6, Nr. 3/Mai-Juni 1982
- 8) New York Times (NYT), New York, 26.1.1981
- 9) CounterSpy, Jg. 6, Nr. 3/Mai-Juni 1982, S.16
- 10) Lateinamerika Nachrichten, West-Berlin, Nr. 102/April 1982
- 11) Vgl. Covert Action, März 1982 und NYT, 26.12.1977
- 12) Vgl. CounterSpy, Jg. 6, Nr. 3/Mai-Juni 1982
- 13) Latin American Weekly Report (LAWR), London, 12.2.1982
- 14) IHT, 24.3.1982
- 15) Vgl. Granma. Weekly Review, Havanna, 14.1. und 21.3.1982
- 16) Le Monde (LM), Paris, 25.3.1982
- 17) Vgl. Nicaragua Nachrichten, November 1981
- 18) LM, 4./5.4.1982

MITTELAMERIKA-
AIB

FÜR DAS RECHT
DER VÖLKER AUF

SELBSTBESTIMMUNG
UND FRIEDEN



Inhalt:

Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“

(18. – 21. März 1982 in Münster)	17 – 20
Abschlußresolution des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“	19
Die Zentralamerikapolitik des Westens	21 – 34
Luis de Sebastian: Es gibt nur eine Intervention in Mittelamerika	21 – 22
Roger Wurbach: Zwei Traditionslinien in den USA	22
José Pasos: Nur die Einheit führt zum Sieg	23
James Wall: Kirchen gegen die Einmischung in Mittelamerika	23
Heintz Dieterich: Die US-Intervention findet bereits statt	30
Wolf-Michael Catenhusen: Bonn muß auf Distanz zu den USA gehen!	31
Dieter Boris: Zwieschlächtige Haltung der Bundesregierung	32 – 33
Bernd Paeschke: Christliche Solidarität – mit den Bischöfen oder dem Volk?	33 – 34
Mario Rodriguez: Uns eint mehr als uns trennt!	34
Eduardo Galeano: Die Revolution – Antwort auf den Krieg gegen das Volk	35 – 37



Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos. 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon: 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/Main oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto Nr. 9660.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: N. Biver, K. D. Fischer, U. Eymann, S. Gothe, P. Grund, C. Klotz, H. Mayer, U. Rupp, H. E. Schäfer, G. Schmidt-Bollmann, B. Weng, E. Yekebas

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.
Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Anzeigen: Verlag pläne, Roederberg, Moderne Zeiten, Unsere Zeit, rote blätter, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Antiinterventionsbewegung zu Mittelamerika,



Beiträge des AIB-Sonderhefts 1/1982 u.a.:
Ein Jahr Reagan – eine Zwischenbilanz ● Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Hinterhof“ ● Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund? ● Umfrage: Frieden und Befreiungskampf – Ein Gegensatz?
Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US- Intervention in Zentralamerika“ 18.-21. März 1982 in Münster



Seit Vietnam und Chile hat es keine so starke Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik mehr gegeben. Dies wurde deutlich, als am 13. März d.J. 25.000 bis 30.000 Menschen in Frankfurt gegen den Interventionismus der USA in Mittelamerika und der Karibik demonstrierten, und als sich vom 18.-21. März 1982 in Münster etwa 1.700 Teilnehmer zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“ einfanden.

Während die Vietnam-Bewegung erst breitesten Kreise erfaßte, als die Kriegseskalation der USA in Indochina 1971-73 ihren Höhepunkt erfuhr, hat die Solidaritätsbewegung zu Mittelamerika bereits jetzt – also vor einer möglichen regionalen Kriegseskalation oder einer Invasion der USA – Massencharakter angenommen, ist sie hierzulande zu einem politischen Faktor geworden. In den USA selbst, wo das „Vietnam-Syndrom“ von konservativer Seite bereits für überwunden erklärt wurde, hat die Antiinterventionsbewegung einen eher noch stärkeren Aufschwung angenommen.

„Kein neues Vietnam“ zulassen!

Gerade in der dortigen, von den Erfahrungen des Vietnamkriegs am stärksten sensibilisierten Öffentlichkeit wächst die Befürchtung, die USA könnten – wie einst in Vietnam – durch Ronald Reagans schrittweise Ausweitung der Intervention in El Salvador/Mittelamerika wiederum in einen ähnlichen Krieg „hineingezogen“ werden.

In der Bundesrepublik, dem Hauptverbündeten der USA in Westeuropa, ist die Bewegung gleichfalls unter der Losung „Kein neues Vietnam in Mittelamerika!“ angetreten. Und dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß es auch hierzulande eine wachsende Sensibilität, ein geschärftes Bewußt-

sein für die realen Gefahren gibt, die vom Konfrontationskurs der Regierung Reagan für den Befreiungskampf der mittelamerikanisch-karibischen Völker wie für den Weltfrieden ausgehen.

Die politische Breite dieser Bewegung reicht – ähnlich wie bei der Friedensbewegung – über die antiimperialistische Bündnisse der vergangenen Jahre hinaus. Das machte der Münsteraner Kongreß einmal mehr deutlich.

Er wurde veranstaltet von den Informationsstellen El Salvador (Köln) und Guatemala (München) und dem Informationsbüro Nicaragua (Wuppertal) auf der Grundlage einer von diesen gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erarbeiteten Plattform. Ausrichter war die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika (SSZ, Münster). Darüber hinaus gab es eine Liste von Unterstützern des Kongresses, die über 50 Organisationen umfaßte. Zu diesem Unterstützerkreis gehörten zunächst weitere Solidaritätsorganisationen wie die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), die Informationsstelle Lateinamerika oder die Christliche Initiative El Salvador (letztere neben dem AStA und dem Institut für Soziologie der Uni Münster gleichzeitig Mitveranstalter des Kongresses).

Unterstützt wurde der Kongreß auch von den Grünen, der SPD (Unterbezirk Münster), der DKP (Kreis Münster/Steinfurt), dem Sozialistischen Büro und verschiedenen Alternativen Listen; sodann von den Bundesvorständen der Jungsozialisten, der Jungdemokraten, der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken und der SDAJ. Desweiteren sind zu nennen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), die Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden, die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschul-

und Studentengemeinden, Evangelische Studentengemeinden sowie eine Reihe weiterer christlicher und Dritte-Welt-Initiativen.

Dieses breite Spektrum brachte selbst den Berichterstatter der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Ernst-Otto Maetzke, etwas aus der Fassung. Es sei, so die Erkenntnis des E.O. Maetzke, eine zu enge Sichtweise, wollte man die „Anstachelung des Antiamerikanismus“ nur mit „der geschickten, zielstrebigem Arbeit moskauhöriger Organisationen in Verbindung“ bringen. Es gebe nämlich – so seine Münsteraner Erleuchtung – „noch andere, ebenso entschlossene Betreiber der gleichen Absicht... Gerade die konfessionellen Sprecher, katholische wie evangelische, gingen auf dem Kongreß mit Gewaltempfehlungen und Gewaltrechtfertigungen gegen die unterstellten amerikanischen Interventionen in Zentralamerika besonders weit. Der Antiamerikanismus kann zu seiner Verbreitung fast ohne Kommunisten auskommen“. (FAZ, 24.3.1982)

Es bleibt freilich FAZ-Geheimnis, wie man auf Antiamerikanismus schließen kann bei der Begutachtung eines Kongresses, zu dessen Rednern mit Roger Wurbach (Universität Ber-



keley) und James Wall (Church World Service) zwei prominente Vertreter der antiinterventionistisch eingestellten Öffentlichkeit der USA selbst gehörten. Wie Roger Wurbach berichtete, findet ein militärisches Eingreifen der USA im El-Salvador-Konflikt nach jüngsten Meinungsumfragen bei 80% aller US-Amerikaner keine Unterstützung. Und James Wall, der seinerzeit sogar für Jimmy Carter in den Wahlkampf zog, informierte darüber, daß die US-amerikanischen Kirchen in ihrer Mehrheit gegen eine Intervention in Mittelamerika eingestellt sind, daß sie für eine Verhandlungslösung und für das Recht der Menschen in der Region eintreten, ihre eigenen Angelegenheiten selbst, ohne Einmischung von außen zu regeln. Wenn es heute um eine Positionsbestimmung in Sachen Mittelamerika geht, dann geht es nicht um Antiamerikanismus, sondern vielmehr darum – wie James Wall sagte – sich nicht abzuschließen von der Mehrheit der US-Amerikaner, die gegen die Intervention ist.

Der Kongreß der Antiinterventionsbewegung in Münster hatte zwei zentrale politische Aufgaben. Einmal war er eine eindrucksvolle Manifestation der Solidarität mit den Befrei-

ungsbewegungen Mittelamerikas und der Karibik, eine Demonstration des wachsenden Widerstandswillens gegen die drohende Ausweitung des US-Militärinterventionismus, der sich gegenwärtig besonders gegen El Salvador, Nicaragua und Kuba richtet. Zum anderen diente der Kongreß der notwendigen Selbstverständigung und Vereinheitlichung innerhalb der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung. Als positiv erwies sich hier, daß in den insgesamt 16 Arbeitsgruppen und auf zahlreichen Foren die Möglichkeit zu umfassender Diskussion bestand. Sie wurde fast durchgängig im Bestreben um Sachlichkeit und auf hohem inhaltlichen Niveau geführt.

Ein Feld lebhafter Diskussion war etwa die Frage des Verhältnisses der Solidaritätsbewegung zur Sozialdemokratie. Das ergibt sich schon aus der wachsenden Aktivität der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika und der sich von den USA abhebenden Position westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien im Mittelamerika-Konflikt. Von daher wird es sowohl für die Befreiungsbewegungen als auch für die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung notwendig, die Frage zu beantworten, welche Rolle die Sozialdemokratie als Bündnispartner in der Antiinterventionsbewegung heute spielen kann.

Dabei scheinen die Befreiungsbewegungen weniger Probleme mit der Sozialdemokratie zu haben als Teile der hiesigen Solidaritätsbewegung. Während die Befreiungsbewegungen, in denen wie in El Salvador oder Guatemala teilweise selbst sozialdemokratische Parteien Mitglied sind, die Aktivitäten der Sozialistischen Internationale in der Region zu allererst als positives Gegengewicht zum Aggressionskurs der Reagan-Administration ansehen, urteilen viele in Westeuropa bzw. der Bundesrepublik aus der Perspektive der eigenen historischen Erfahrungen mit der Sozialdemokratie und ihrer Führung. Oftmals sind dies Erfahrungen mit einer nicht nur sozialpartnerschaftlich-integrationistischen, sondern direkt auf der Seite des Gegners stehenden Kraft gewesen.

Ausgrenzung von Sozialdemokraten?

So erklärt es sich vornehmlich, daß heute in einem durchaus ansehnlichen Teil der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung die Angst verbreitet ist, von der Sozialdemokratie vereinnahmt oder für andere Zwecke funktionalisiert zu werden. Und dennoch ist eine solche Haltung hinderlich für die Entwicklung der Solidaritätsbewegung, weil sie deren Breite unnötig einengt.

Man braucht keinesfalls die Portugal-Erfahrung (den SPD-Beitrag zum Roll Back der portugiesischen Revolution 1974/75) in den Wind zu schlagen oder den Blick für die eigenständigen neokolonialistischen Zielsetzungen der rechtssozialdemokratischen Führungskräfte, die die Sozialistische Internationale dominieren, zu verlieren, wenn man das Bündnis mit Sozialdemokraten in der Solidaritätsbewegung prinzipiell bejaht und darum ringt. Auch eine gönnerhafte, herablassende Haltung gegenüber der Sozialdemokratie nach der Devise, gegenwärtig sei diese ein „nützliches Instrument“, endet – wie Prof. Dieter Boris (Marburg) auf der zentralen Solidaritätsveranstaltung des Münsteraner Kongresses bemerkte – letztlich in politischem Sektierertum. Engagierte Sozialdemokraten sollten als gleichberechtigte Partner in der Solidaritätsbewegung betrachtet oder für sie gewonnen werden.

Daß hier viele Fragen ungeklärt blieben, liegt indessen nicht nur an verschiedenartigen Berührungspunkten. Es liegt auch daran, daß es sich beim Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt um eine relativ neue Erscheinung handelt und die Untersuchung



Abschlußresolution des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“

Die Politik der USA richtet sich gegen das Freiheitsstreben der Völker im gesamten zentralamerikanischen Raum und in der Karibik – hier besonders gegen Kuba und Grenada.

Die USA beliefern El Salvador und Guatemala mit modernen Waffen, die unter Anleitung von US-Militärberatern in einem Vernichtungsfeldzug gegen die Bevölkerung dieser Länder eingesetzt werden. Die Polizei und die Armee von Honduras werden mit Hilfe der USA aufgerüstet. Lateinamerikanische Soldaten, Offiziere und Antiguerilla-Spezialisten werden in den USA und in der Panama-Kanalzone ausgebildet.

Gleichzeitig unterstützen die USA den Aufbau und die Ausbildung von Söldnertruppen gegen die nikaraguanische Revolution auf ihrem Territorium, die sich u.a. aus Ex-Somozisten und konterrevolutionären Kubanern zusammensetzen. Kredite an Nicaragua wurden gesperrt. Internationale Entwicklungsorganisationen werden unter Druck gesetzt, ebenfalls ihre finanzielle Unterstützung zu entziehen bzw. keine neuen Kredite zu bewilligen. Die ständige Interventionsdrohung behindert den Einsatz aller Kräfte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Kuba sieht sich einem Wirtschaftsboykott und einem bakteriologischen Krieg seitens der USA gegenüber. Marinemanöver der NATO im karibischen Raum stellen für alle anliegenden Länder eine Provokation und Bedrohung dar.

Die Intervention ist bereits Realität. Daß es den USA bisher nicht gelungen ist, eine massive militärische Intervention in Zentralamerika und in der Karibik durchzuführen, ist vor allem ein Erfolg der Entschlossenheit der Völker dieser Länder, Widerstand zu leisten. Wir betonen, daß es auch ein Erfolg der internationalen Solidarität ist. Die Verhinderung der US-Kriegspolitik in Zentralamerika und in der Karibik ist ein Beitrag zur Herstellung des Weltfriedens und damit auch unsere Sache.

Deshalb verurteilen wir aufs Schärfste die interventionistische Politik der USA und fordern:

- keine politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Militärregime in El Salvador und Guatemala;
- keine militärische Unterstützung der Regierungen von Honduras, Kostarika und Kolumbien als Sprungbrett imperialistischer Interessen;
- keine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aktionen gegen Nicaragua, Kuba und Grenada, Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Blockade gegen Kuba.

Unsere Forderungen basieren auf dem Recht der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und sich von Elend und Unterdrückung zu befreien.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, sich wie schon andere westeuropäische Regierungen von der Politik der USA zu distanzieren und oben genannten Forderungen der US-Regierung gegenüber Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus fordern wir sie auf:

- die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den Militärregimes in Guatemala und El Salvador abubrechen;
- das Bündnis der nationalen Befreiungsfronten FMLN und FDR, die ein Konzept politischer Lösung unter Berücksichtigung aller benachteiligten Bevölkerungsschichten anstreben, als repräsentative politische Kraft anzuerkennen, wie dies bereits die Regierungen von Frankreich, Mexiko, den Niederlanden und 97 weiteren Staaten der Blockfreien-Bewegung getan haben;
- keine Rückkehr des deutschen Botschafters nach El Salvador;
- verstärkte politische und wirtschaftliche Unterstützung Nikaraguas ohne politische Bedingungen;
- auf die Regierung von Honduras einzuwirken, eine Politik der strikten Neutralität im salvadorianischen Konflikt zu betreiben. Zur Vorbereitung der Aufmarschpläne argentinischer und chilenischer Söldner gegen das Volk von El Salvador von Honduras und Guatemala aus, hat die honduranische Regierung auf Geheiß der US-Regierung Flüchtlingslager von der Grenze ins Landesinnere verlagert. Wir klagen die Bundesregierung an, sich mit 800.000 DM an dieser weiteren Aktion gegen das salvadorianische Volk beteiligt zu haben.

Der Kongreß verurteilt die Beteiligung der Bundesmarine am NATO-Manöver Safe Pass '82 in der Karibik und fordert die Bundesregierung auf, ihre Einheiten zurückzuziehen und sich in keiner Form an weiteren Manövern in diesem Raum zu beteiligen.

Die Interventionspolitik der USA in Mittelamerika und der Karibik provoziert einen militärischen Konflikt von regionaler Weite. Es droht die Gefahr eines überregionalen, wenn nicht sogar weltweiten Konfliktes.

Wir sehen, wie die US-Aggression in Mittelamerika und der Karibik beginnt und können uns vorstellen, wie sie endet, nämlich in Europa.

Wir rufen dazu auf, sich an den geplanten Osteraktionen und der Demonstration am 10.6.1982 in Bonn anlässlich des NATO-Gipfels zu beteiligen und sich dabei auch die Verteidigung des Friedens in Zentralamerika und der Karibik und die Ablehnung der US-Aggression zu eigen zu machen. Die Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen in Westeuropa gegen den Warschauer Pakt dient auch der Absicherung der NATO-Aggressionspolitik gegen die Dritte Welt die z.B. durch den Aufbau der 100.000 Mann starken „Schnellen Eingreiftruppe“ vervollständigt werden soll. Die Grausamkeiten, die dort von US-amerikanischen Marionettenregierungen begangen werden, und die Anhäufung von Vernichtungswaffen bei uns ist das Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder zur unbestrittenen Weltmacht Nr. 1 zu werden. Bei der strategischen Absicherung dieser Politik der Stärke werden die Lebensinteressen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt und die Menschheit an den Rand eines atomaren Holocaust geführt. Dieser Politik müssen wir unsere internationale Solidarität entgegensetzen.

dieses Phänomens noch am Anfang steht. Mit der Teilnahme prominenter Sozialdemokraten wie Klaus Thüsing oder Wolf-Michael Catenhusen (beide SPD-MdB) und deren konsequenter Parteinahme für den Befreiungskampf setzte der Kongreß jedoch ein Zeichen.

Einen Schritt nach vorn bedeuteten die Diskussionen und Schlußfolgerungen, die auf dem Kongreß über den Zusammenhang von Friedensbewegung und Befreiungskampf gezogen wurden. Nach der Friedensdemonstration der 300.000 am 10.10.1981 in Bonn hatte zeitweilig die – vom eigentlichen gemeinsamen Anliegen der Friedens- und Solidaritätsbewegung wegführende – Auseinandersetzung um das Für und Wider des (nichtgehaltenen!) Redebeitrags des Vertreters der Befreiungsbewegungen dieses Thema überschattet.

In Münster standen zweifelsfrei die grundlegenden Gemeinsamkeiten von Friedens- und Solidaritätsbewegung (siehe auch Umfrage in AIB-Sonderheft 1/1982) im Vordergrund – als Diskussionspunkt in Arbeitsgruppen und auf Foren. Beispielsweise wies Achim Maske vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit bei einer Forumsveranstaltung darauf hin, daß in der Anfangsphase des Ost-West-Entspannungsprozesses zu Beginn der 70er Jahre das Behauptungsvermögen des vietnamesischen Volkes und die weltweite Vietnam-Solidarität einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung der Entspannungspolitik erbrachten. Und dies sei lehrreich auch für die Antiinterventionsbewegung zu Mittelamerika.

Mittelamerika in die Friedensbewegung einbringen!

Heute, zehn Jahre später, sind die Verbrechen der US-hörigen Diktaturregimes in Mittelamerika und die Aufhäufung von US-Atomwaffen in Westeuropa der Antiinterventionsbewegung als Ergebnis ein und derselben Politik Washingtons einsichtig. Dieser Zusammenhang wird in der Abschlußresolution des Münsteraner Kongresses (siehe Kasten) klar benannt. Mehr noch, der Kongreß rief dazu auf, „sich an den geplanten Osteraktionen und der Demonstration am 10.6.1982 in Bonn anläßlich des NATO-Gipfels zu beteiligen und sich dabei auch die Verteidigung des Friedens in Zentralamerika und der Karibik und die Ablehnung der US-Aggression zu eigen zu machen“. Diese vom Münsteraner Kongreß ausgegebene Anregung an die Antiinterventionsbewegung, ihren Beitrag in die Friedensbewegung einzubringen, ist Anfang April d.J. mit ihrer aktiven Teilnahme an den Vorbereitungen zur Bonner Anti-Reagan-Demonstration (siehe AIB-Aktuell) untermauert worden.

Auch im Hinblick auf die in bestimmten Kreisen der Dritte-Welt-Szene intensiv geführte Diskussion um „Befreiungsbewegungen an der Macht“ war der Kongreß zumindest bemerkenswert. Die von diesen zuweilen geäußerte Meinung, „zehn Jahre nach der Begeisterung für den Kampf von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt“ sei „die Stimmung umgeschlagen“ (siehe z.B. Peripherie, Nr. 7, Winter 1981/82, S.4), kam in Münster kaum zum Tragen. Dem aufmerksamen Beobachter des Antiinterventionskongresses konnte nicht entgehen, daß die Sympathie für die Befreiungsbewegungen und m.E. für die befreiten Staaten (Nikaragua, Grenada, Kuba) keineswegs tot ist und auch nicht von einem Bedeutungsverlust der Solidaritätsbewegung, infolge neuer Problemkreise wie der Bedrohung des Friedens in Europa, wachsender sozialer und/oder Umweltprobleme, die Rede sein kann.

Als auf dem zentralen Solidaritätsforum von Münster (Redeauszüge nachstehend) der Schlußredner Mario Rodriguez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP), die Teilnehmer dazu aufrief, angesichts der

Bedrohung des Friedens in Europa und Mittelamerika alles Trennende beiseite zu stellen, steigerte sich der Applaus zu Ovationen. Deutlich wird innerhalb der Antiinterventionsbewegung die Tatsache gesehen, daß das revolutionäre Kuba neben Nicaragua, El Salvador und Grenada zu den Hauptzielscheiben der kriegerischen Politik der USA gehört. Und es herrscht Einvernehmen darüber, daß die kubanische Revolution heute folglich ebenfalls durch die Solidaritätsbewegung verteidigt werden muß. Trotz dieser stärker werdenden Bereitschaft, gemeinsam das Erforderliche zu tun, um die Gefahren des aggressiven Kurses der Reagan-Administration abzuwehren, darf freilich nicht übersehen werden, daß – teils große – ideologisch-politische Unterschiede in bestimmten Fragen weiterhin prägende Merkmale dieser Bewegung bleiben, wie z.B. die Diskussionen in den Arbeitsgruppen zur Innenentwicklung Kubas und Nicaraguas zeigten. Aber mit diesen Meinungsverschiedenheiten kann man – das veranschaulicht die programmatische Plattform der Antiinterventionsbewegung – bei solidarisch geführter Kritik und Auseinandersetzung auskommen, ohne daß die Bewegung geschwächt werden muß.

Klare Forderungen an Bonn

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Münsteraner Kongreß zur Stärkung und Aktionseinheit der bundesdeutschen Antiinterventionsbewegung beigetragen hat. Er demonstrierte die beachtliche Breite dieser Bewegung und unterstrich ihren Willen zur solidarischen Zusammenarbeit. Er formulierte klare Forderungen an die Politik der Bundesregierung. Man war sich einig, daß, neben der aktiven Solidarität mit den Befreiungsbewegungen El Salvadors (FMLN/FDR), Guatemalas (URNG) wie mit Nicaragua und Kuba, die wichtigste Verantwortung der Bewegung hierzu-lande darin besteht, der Bundesregierung Druck zu machen. Das heißt einmal, sie zu veranlassen, sich so klar wie andere westeuropäische Regierungen (Frankreichs, Hollands u.a.) vom Konfrontationskurs der Reagan-Administration zu distanzieren, was maßgeblich deren Interventionsplanung gegen die Befreiungskräfte in der mittelamerikanisch-karibischen Region durchkreuzen helfen könnte (siehe die einzelnen Forderungen in der Abschlußresolution). Das heißt zum anderen, Bonn zum Kurswechsel in der Mittelamerikafrage zu zwingen: weg von der faktischen Duldung des Völkermords, der heute unter US-Beteiligung in der Region stattfindet, hin zu einer Position, die sich auf die Plattform der französisch-mexikanischen Initiative vom August 1981 stellt (Anerkennung der FMLN/FDR als repräsentative politische Kraft El Salvadors) und die jüngsten Friedensvorschläge des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo (siehe AIB 4/1982, S. 4ff.) positiv aufgreift.

Materialien der Antiinterventionsbewegung

Die Komitees der Solidaritätsbewegung zu Nicaragua, El Salvador und Guatemala haben ebenfalls Materialien zur Antiinterventionsbewegung herausgegeben: Eine Aktionsbroschüre, 48 Seiten, 2,- DM und eine Materialsammlung; 120 Seiten, Loseblattsammlung im Schnellhefter, die zum Preis von 12,- DM zu bekommen sind. Einzelexemplare sind zu bestellen bei: Koordinationsstelle der Antiinterventionsbewegung, c/o Ute Seibert, Postfach 600754, 6000 Frankfurt 60.





Die Zentralamerikapolitik des Westens

Bei den hier dokumentierten Beiträgen handelt es sich um Reden, die sämtlich auf einer der Hauptveranstaltungen des Münsteraner Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“, welche sich mit der aktuellen Rolle des Westens (besonders der USA und BRD) befaßte, gehalten wurden. Diese auszugsweise Dokumentation erfolgt an Hand eines Tonbandmitschnitts.

Bei den Rednern, die hier dokumentiert sind, handelt es sich im einzelnen um: Luis de Sebastian, Jesuit und Europa-Vertreter der Salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR; Roger Wurbach, Professor an der Berkeley-Universität Kalifornien/USA; José Pasos, Direktor des Instituts für Höhere Bildung in Nikaragua und ehemals Botschafter seines Landes in Panama; Heintz Dieterich, Hochschullehrer an der Universität von Mexiko; James Wall, Journalist und ehemaliger Berater Jimmy Carters; Bernd Paeschke, Theologieprofessor an der Universität Mainz und zusammen mit Prof. Norbert Greinacher Teilnehmer einer Kommission in El Salvador/Mittelamerika; Wolf-Michael Catenhusen, SPD und Mitglied des Bundestages; Dieter Boris, Soziologie-Professor an der Universität Marburg und Mitherausgeber des AIB; sowie Mario Rodriguez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft.

Luis de Sebastian

Es gibt nur eine Intervention in Mittelamerika



Liebe Freunde, ich glaube, daß wir diesen Kongreß nicht beenden können, ohne daß wir unserer gefallenen Brüder und Guerillakämpfer gedenken, der vielen unbekanntenen Helden und Verschollenen aus der Zivilbevölkerung, die täglich in unserem Befreiungskampf fallen. Ebenso müssen wir das Andenken derer hochhalten, die im Dienste der Wahrheit, ihrer beruflichen Pflichterfüllung als Journalisten das Opfer eines grausamen Mordes geworden sind. Ich bitte für sie um eine Schweigeminute. (Schweigeminute)

Heute morgen hat hier der Westdeutsche Rundfunk ein Interview gemacht, und sie haben mich gefragt: „Dieser Kongreß ist gegen die Intervention in Mittelamerika; welche Intervention meinen Sie?“ Und ich habe gesagt: „Ich meine die einzige Intervention, die es gibt, die der Vereinigten Staaten. Und: Wissen Sie: Die einzige Intervention, die es in El Salvador überhaupt gibt, ist die Intervention der Vereinig-



ten Staaten und die der von den USA angeführten Länder. Es gibt keine Intervention, weder der Sowjetunion, Kubas oder Nikaraguas, noch der PLO, Äthiopiens oder Angolas. Wer das Gegenteil behauptet, soll das erst einmal beweisen." Die einzigen wirklichen Beweise sind die Hubschrauber, die neuen Flugzeuge, sind die Kanonen und Phosphorbomben und die Anwesenheit von Militärberatern, die sich in leitenden Funktionen an Militäraktionen beteiligen. Das heißt: „It is made in USA.“ In diesem Moment ist die imperialistische Scheinlösung für unser Land endgültig zum Scheitern verurteilt: Entweder finden die Wahlen nicht statt, oder sie werden nicht zu dem vom Imperialismus gewünschten Ergebnis führen. In diesem Moment der verschärften Demonstration der Schwäche und der fehlenden Moral in der Juntaarmee bleibt den USA nur noch eine einzige Alterna-

tive: Verhandeln oder ihre Einmischung in den Kampf unseres Volkes substantiell zu verstärken. Und wenn sie jetzt diese Entscheidung nicht treffen, werden sie es ganz sicher in einigen Wochen oder Monaten tun, wenn das Volk nicht mehr aufzuhalten ist.

Die letzte Stufe der Eskalation dieser Interventionspolitik soll nach den Anzeichen, die uns vorliegen, in panamerikanischer Form erfolgen, die in Wirklichkeit eine Angelegenheit unter Diktatoren sein wird. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten eine pan-amerikanische Interventionskraft vorbereiten. Dies ist eine pan-diktatoriale Kraft, die ausschließlich aus Ländern wie Argentinien, Chile, Uruguay u.a. Diktaturen ausgebildet wird.

Es ist wichtig, in Europa zu wissen, daß keine sog. Friedenskraft oder Friedentruppe El Salvador den Frieden bringen wird, weil wir diese sog. Friedenstruppe mit derselben Entschlossenheit wie die Juntaarmee bekämpfen werden. Diese Friedenstruppe würde nur zu einer Regionalisierung des Krieges führen und schließlich zu einer neuen Bedrohung für den Weltfrieden.

Wir glauben, es ist wichtig, daß sich die europäischen Regierungen darüber klar sind und vielmehr den Weg von Mexiko einschlagen, den Weg, den Lopez Portillo vorgeschlagen hat. Wir glauben, daß Lopez Portillo aus Mexiko ein guter Freund ist, ein Freund, der uns kennt, der für uns vor den Vereinigten Staaten gesprochen hat. Dies ist eine Aufgabe für die europäische Solidarität, und ich will nur sagen: *Revolucion o Muerte!* (Revolution oder Tod!) *Venceremos!* (Wir werden siegen!)

Roger Wurbach Zwei Traditionslinien in den USA

Ich möchte in meinem kurzen Statement hervorheben, daß es in den Vereinigten Staaten zwei Tendenzen gibt, die sich miteinander in Konflikt befinden. Die eine, die imperialistische Tradition, die momentan den blutigsten Krieg und die blutigste Aggression durchführt, die es jemals in Mittelamerika gegeben hat. Die andere ist die demokratische und fortschrittliche Tradition, die dem amerikanischen Empire gegenwärtig entschlossen Widerstand leistet und heute die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika unterstützt. Wir wissen unglücklicherweise schon zu viel über die Tradition der Unterdrückung, die Tradition des Empires. Dieser Sektor ist jetzt mit der Reagan-Administration ganz eindeutig an der Macht und viele Vertreter dieser Regierung haben eine sehr lange Tradition imperialistischer Grausamkeiten. Einige möchte ich erwähnen: Unter ihnen ist zunächst General Haig, der Außenminister und Hauptarchitekt der heutigen Strategie für Zentralamerika. Er hat eine wesentliche Rolle im Vietnam-Krieg gespielt und, was weniger bekannt ist, er hat auch mitgewirkt am Putsch in Chile 1973. Da ist zweitens Thomas Enders, Unterstaatssekretär im Außenministerium für Lateinamerika-Fragen; er spielte eine Rolle in Kambodscha und hat dort persönlich von der US-Botschaft aus die Bombardements befehligt (...)

Aber es gibt auch eine zweite Tradition, die Tradition der demokratischen und fortschrittlichen Bewegung, die gegen die Unterdrückung ist und gegenwärtig stärker wird. Diese Tradition hat gegenwärtig eine sehr breite Solidaritätsbewegung hervorgebracht und Aktivitäten auf all den Feldern entwickelt, auf denen auch die imperialistischen Führer aktiv geworden sind. Sie ist gegen die Aktivitäten des Empires in Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien, El Salva-

dor, Guatemala, um nur einige wenige Länder zu erwähnen, aktiv geworden. Und diese Bewegung unterstützt auch die revolutionären Regierungen in Nikaragua und Kuba. (...)

Diese Bewegung in den Vereinigten Staaten umfaßt viele soziale Kräfte. In ihr sind Gewerkschaftsmitglieder, feministische Organisationen, Universitätsprofessoren und Studenten, Baptisten und Kirchenvertreter, schwarze Menschen und Indianer sowie die Schwulenbewegung der Vereinigten Staaten.

Diese Bewegung, die gegen die imperialistische Tradition steht, hat einen ungeheuer großen und wichtigen Einfluß. Es besteht kein Zweifel daran, daß diese Bewegung einen sehr wichtigen, grundlegenden Beitrag dazu leistete, daß der Vietnam-Krieg beendet wurde. Und diese Bewegung zwang die Carter-Administration dazu, die Frage der Menschenrechte aufzunehmen. Und sie war auch ein wichtiger Faktor, der sie davon abhielt, 1979 in Nikaragua zu intervenieren. Und auch heute wissen wir, daß diese Bewegung den Handlungsspielraum der USA in El Salvador entscheidend beeinträchtigt. Wir wissen, daß 80% der amerikanischen Bevölkerung die US-Intervention in El Salvador nicht länger unterstützen. Durch diese Bewegung gezwungen, sind auch Mitglieder der demokratischen Partei aktiv geworden, um die finanzielle Unterstützung für die Kräfte der Junta El Salvadors zu stoppen. Und es gibt Anzeichen dafür, daß die Administration diese starke Opposition bei der Formulierung ihrer politischen Optionen bezüglich El Salvadors in Rechnung stellt. Vor zwei Wochen wurde berichtet, daß die Reagan-Administration z.T. auch wegen dieser starken Opposition bislang noch nicht entschieden habe, große Kontingente von Truppen nach El Salvador zu schicken. (...)

José Pasos

Nur die Einheit führt zum Sieg



Auf dem Podium: J. Pasos (3. v. l.), R. Wurbach (1. v. r.), J. Wall (1. v. l.)

Compañeros, Compañeras, ich grüße alle hier Anwesenden, die Ihr zu diesem Kongreß gekommen seid, um Eure Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf in unseren Ländern zu demonstrieren. Ich bin als Vertreter der FSLN hierhergekommen, um deutlich unseren Protest gegen das Vor-

gehen der USA in Nicaragua und Mittelamerika zum Ausdruck zu bringen. Wir verurteilen auf das Schärfste die diplomatische, wirtschaftliche und militärische Aggression gegen unser Land.

Wir wissen, daß die Vereinigten Staaten versuchen, auf andere Regierungen Druck auszuüben mit der Absicht, uns politisch zu isolieren. Die Sperrung und das Nichtgewähren von Krediten sowie die Intervention durch Veto bei internationalen Geld- und Kreditinstituten zielen darauf ab, in unserem Land eine wirtschaftliche Krise hervorzurufen, die ein Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der Revolution bewirken sollen.

Außerdem haben wir aufgrund unserer historischen Erfahrungen und den gut zugänglichen Informationen über militärische Vorbereitungen in letzter Zeit begründeten Anlaß zur Furcht, daß die Vereinigten Staaten auch vor einer militärischen Intervention jeder Art gegen Mittelamerika und unser Land nicht zurückschrecken werden.

Die Einheit der solidarischen Kräfte ist unbedingt notwendig. Wir dürfen uns nicht durch äußere Provokationen spalten lassen, denn nur die Einheit im Kampf gegen den Imperialismus führt uns zum Sieg.

Patria libre o morir! (Freies Vaterland oder Tod!)

James Wall

Kirchen gegen die Einmischung in Mittelamerika

Mein Name ist James Wall. Ich komme aus Chicago, und dies ist mein zweiter Besuch in Ihrem Lande. Im Februar 1979 war ich zwei Wochen in West-Berlin als Mitglied der Jury des ökumenischen Filmfestivals. Ich möchte Ihnen berichten von einer Entscheidung die wir dort getroffen haben, weil dies relevant ist für die Aufgabe hier. Ich bin hier als ein Journalist aus den USA und möchte von der wachsenden Sorge der US-Kirchen über die Situation in Zentralamerika berichten.

Die große Mehrheit der Kirchenvertreter in den USA sehen sich selber nicht als weit rechts oder weit links an. Und einer der schlechtesten Wege, um die US-Intervention in Zentralamerika zu verhindern, wäre es, die US-Bürger als blutige Imperialisten anzuklagen. Deswegen muß ich mich distanzieren von meinem Kollegen vom „Berkely California“, mit dessen Rhetorik ich nicht übereinstimme. Einer der Filme, die wir in Berlin ausgezeichneten, war übrigens „Ringelblumen im August“, produziert und geschrieben von einem Südafrikaner. Ein Mitglied der Jury argumentierte, daß der Film die Apartheid nicht scharf genug verurteile. Die anderen Mitglieder der Jury, mich eingeschlossen, vertraten jedoch die Auffassung, daß der Film – gemessen an den Begrenzungen, denen ein Stückeschreiber in Südafrika unterliegt – einen sehr starken Standpunkt gegen Apartheid vertrat. Nicht scharf genug für die meisten von uns, aber gemessen an der Situation sehr aussagekräftig.

Es gibt ein indianisches Sprichwort in meinem Land, das besagt, um einen Menschen oder eine Nation zu verstehen, muß man erst über seine Mokassins gehen. Die Vereinigten Staaten haben während ihres Engagements in Vietnam eine furchtbare Phase durchgemacht. Das Resultat dieses Engage-

ments in Vietnam ist, daß die große Mehrheit heute glaubt, daß die US-Regierung sich nicht in anderen Ländern einmischen sollte. Die Kirchen der Vereinigten Staaten sind der Gerechtigkeit, den Menschenrechten, der Freiheit und dem Frieden verpflichtet. Es gibt eine lange Tradition der Menschenrechte in den USA, und der Einsatz von Präsident Carter für diese Menschenrechte kommt aus dieser Tradition her, nicht durch den Druck der Bewegung.

Ich möchte jetzt aus einer Resolution des Nationalen Kirchenrates der Protestantischen Kirchen der USA zitieren, in der sich die Meinung der Mehrheit der Protestanten der USA ausdrückt. Der Nationale Kirchenrat drängt die US-Regierung dazu, ihre Unterstützung des Militärs und der Polizei von El Salvador zu stoppen und die kürzlich gebilligte Militärhilfe von 5,7 Mio Dollar umzuleiten in medizinische, ökonomische und soziale Hilfsprogramme. Sie drängt die US-Regierung, zu garantieren, daß sie nicht direkt oder indirekt in El Salvador interveniert, um das Schicksal des salvadorianischen Volkes zu entscheiden und schließlich den historischen Augenblick zu begreifen und die traditionelle Politik in Zentralamerika auf den Stand der Zeit zu bringen und zu modifizieren, indem sie positiv auf die Volkskräfte in Zentralamerika reagiert.

Wir suchen eine Verhandlungslösung, und wir befürworten das Recht der Menschen, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Ich empfehle Ihre Anteilnahme an den Vorgängen in diesen Ländern und Ihre Unterstützung. Schließen Sie sich nicht ab von der großen Mehrheit der Amerikaner, die mit Ihnen übereinstimmt, daß es keine Intervention in Zentralamerika geben darf.

Bitte mit
Postkartensporto
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben:

Name:
Adresse:
Mein Name:
Meine Adresse:
Mein Prämienvorschlag:

Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.
 Der neue Abonnent überweist den Abobetragskonten (Prämienzahlung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die
Zeitgenossen,
Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal
**Unser Land mit den Menschen
die wir lieben**
Gedichte. Mit Bildern aus
Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft
144 Seiten, reich illustriert
Weltkreis 1978

Miriam Makeba
Country Girl
30-cm-LP, Verlag Pläne



**DER MENSCH
STIRBT NICHT
AM BROT ALLEIN ...**





... wenn Sie eine Zeitung suchen,

- die informiert — analysiert — kommentiert
- die Partei bezieht
für Frieden und Abrüstung
für demokratischen und sozialen Fortschritt
für das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung
für internationale Zusammenarbeit
- die solidarisch ist mit dem Kampf der Völker
gegen Imperialismus und Faschismus
- die Antikommunismus und Antisowjetismus für eine
Grundtorheit unserer Epoche hält und den Meinungs-
streit nicht mit psychologischem Krieg verwechselt —

eine Zeitung,

- die diese Haltung auch in einem umfangreichen
Kulturteil zum Ausdruck bringt —

dann ist die **Deutsche Volkszeitung** richtig für Sie!

Sie sollten diese Wochenzeitung
kennenlernen. Mitteilung Ihrer An-
schrift auf dieser Karte genügt!

Bitte senden Sie mit unverbindlich
und kostenlos einige Ausgaben der
DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG.

Vor- und Zuname

Beruf

Strasse / Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Bitte mit
Postkarten-
porto
freimachen

In Ihr schreiben:

Prof. Wolfig Abendroth	Dr. Karl Heinz Götzke	Peter Maiwald	Margot Schroeder
Therese Angeloff	Prof. Horst Herrmann	Dr. Julia Menschik	Peter Schult
Prof. Hans W. Bartsch	Dr. Florence Hervé	André Müller	Dr. Hannelis Schulte
Arno Behrnsch	Prof. Rudolf Hickel	Prof. Michael Nerlich	Monika Sperr
Prof. Frank Benseler	Dr. Richard Hiepe	Prof. Norman Paech	Jurgen P. Stössel
Horst Beihnge	Michael Höhn	Dr. Karl Pawek	Norbert Stratmann
Wolfgang Beutin	Prof. Hans Heinz Holz	Prof. Lothar Peter	Dr. Horst D. Strüning
Prof. Wilhelm R. Beyer	Prof. Horst Holzer	Hans Platschek	Prof. G. Stuby
Dr. Michael Charlier	Prof. Jörg Huftschmid	Prof. Uta Ranke- Heinemann	Dieter Süverkrüp
Peter O. Choljewitz	Mechtild Jansen		Uwe Timm
Franz J. Degenhardt	Prof. Gerhard Kade	Josel Reding	Dr. Karl Unger
Lottomi Doormann	Dietrich Kittner	Prof. Renate Riemack	Peter Weiss
Klaus Eder	Franz Xaver Kroetz	Erika Runge	Gaby Ziptel
Dr. Elisabeth Endres	Prof. H.-J. Krysmanski	Prof. H.-J. Sandkuhler	u. a.
Anatol Feid O.P.	Prof. Reinhard Kuhn	Pfarrer Werner Sanß	
Pastor Peter S. Gerlach	Steffen Lehnardt	Erasmus Schöler	

4000 Düsseldorf

MONITOR-VERLAG GmbH

Oststraße 154 — Postfach 5707

Redaktion:

Helmut Bausch (Chefredakteur); Dr. Thomas Neumann (Stellvertreter); Peter Baumöller (Chef vom Dienst);
Reiner Taudien (Reportage); Dr. Mathias Jung (Innenpolitik); Bernd Mansel (Ausland); Erich Rudolf (Wirtschaft);
Dr. Agnes Hüfner (Kultur); Emmi Kuhlmei (Frauen); Walter Bloch; Dr. Hans Brandner; Alexander Goeb; Heinz-Willi
Gross; Helmut Haensch; Fritz Wolf; Bernhard Wortmann; Ständige Beratung: Fritz Hollstein.

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing
**Das ist unser Land – Westbank und
 Gazastreifen unter israelischer Besatzung**
 320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn
**El Salvador/Nicaragua.
 Aufstand im US-Hinterhof**
 191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Peter Schütt
**Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
 Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?**
 264 Seiten, Weltkreis 1981

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
 388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönner
**Afghanistan.
 Revolution und Konterrevolution**
 290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
**Befreiungsbewegungen in Afrika.
 Politische Programme, Grundsätze und
 Ziele von 1945 bis zur Gegenwart**
 532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
**Vom Vergnügen des Präsidenten.
 Erzählungen aus Nicaragua**
 141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)
**Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.
 Aktionshandbuch 3**
 192 Seiten, Lamuv 1982

Frederik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
 240 Seiten, Lamuv 1981

Karl-Klaus Rabe (Hrsg.)
**Vier Minuten vor Mitternacht.
 Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn**
 160 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skármeta
Der Aufstand
 218 Seiten, Peter Hammer 1981



Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer
**Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und
 Befreiungskampf heute**
 219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
**Südafrika.
 Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf**
 160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild
**Die zweite Befreiung.
 Alphabetisierung in Nicaragua**
 Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal
 204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez
**Viva Sandino! Leben und Tod des
 ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**
 157 Seiten, Peter Hammer 1981

MALIBONGWE.
Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen
 176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski
**Gott ändert nichts...
 Iran gestern und heute**
 236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis
**Das neue Äthiopien.
 Vom Kaiserreich zur Revolution**
 196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouyou
**Angola. Vom Königreich Kongo zur
 Volksrepublik**
 272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
 Erinnerungen seines Privatsekretärs
 429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld
Vietnam – Laos – Kampuchea
 240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt
Das Sexbuch
 249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)
Bonn 10.10.81
**Friedensdemonstration für Abrüstung
 und Entspannung in Europa – Reden, Fotos...**
 224 Seiten, Lamuv 1981



Heintz Dieterich Die US-Intervention findet bereits statt

(...) Meine zweite These ist, daß diese Intervention (in Mittelamerika; d. Red.) prinzipiell in zwei Formen realisiert werden kann. Die erste wäre eine direkte Invasion mit Landstreitkräften, die zweite Form wäre eine Seeblockade der atlantischen und pazifischen Küste Zentralamerikas, um die Lieferung von Waffen an die Guerilla und die Einmischung von außen zu verhindern. Die Seeblockade als letzte Warnung vor einer direkten Invasion mit Landtruppen wäre gekoppelt mit einer ultimativen Aufforderung an die Guerilla-Bewegung an Friedensverhandlungen teilzunehmen, und natürlich würde das gleiche gelten für Nicaragua.

Und die dritte These, zu der die systematische Analyse führt, ist, daß die Intervention entweder in multilateraler Form durchgeführt wird, in Anknüpfung an den sog. Rio-Vertrag – eines interamerikanischen Beistandsabkommens von 1947, oder auch – falls notwendig – einseitig von den USA mit der sog. Rapid Deployment Force.

Analysiert man die US-Destabilisierungspolitik seit 1945, so kann man feststellen, daß die konterrevolutionäre Kriegsführung der USA auf sechs Niveaus durchgeführt wird, dem Niveau der ökonomischen Zerstörung, der politischen Einflußnahme, der propagandistisch-psychologischen Kriegsführung, der paramilitärischen Kriegsführung, der bakteriologischen Kriegsführung und der militärischen Kriegsführung. Das einzige Land in Lateinamerika, daß bisher unter allen sechs Formen dieser konterrevolutionären Kriegsführung leiden müssen, war Kuba.

In Nicaragua sind bisher die ersten vier Niveaus angewendet worden. (...)

Als wesentliches Charakteristikum der Situation können wir also feststellen, daß Reagan eine konsequente konterrevolutionäre Interventionspolitik betrieben hat, zur Zerstörung der Revolution in Nicaragua und natürlich auch der Befreiungsbewegung in El Salvador und Guatemala und ebenfalls von Grenada und Kuba.

Als zweites Charakteristikum können wir feststellen, daß diese Politik ergänzt wurde durch eine immer konsequente Verhinderung aller politischen Möglichkeiten, eine Verhandlungslösung zu erreichen. Das mexikanisch-französische Kommuniqué vom August 1981, das im Dezember 1981 in den Vereinten Nationen noch mit etwa 60 zu 20 Stimmen angenommen wurde, direkte Verhandlungen zwischen der FDR/FMLN und Washington im Dezember, ein Brief der FDR/FMLN im Dezember an Reagan und die letzten Verhandlungen zwischen Castañeda, dem mexikanischen Außenminister, und Haig – kein einziger dieser Versuche hat zu irgendeinem Erfolg geführt.

Beim dritten Gebiet ist es den USA gelungen, außerordentliche Erfolge zu erzielen. Es ist ihnen gelungen, in Zentralamerika das Gleichgewicht zwischen Staaten in neutraler Position gegenüber dem Befreiungskrieg und denjenigen Staaten, die US-interventionistische Positionen vertreten, entscheidend zu ihren Gunsten zu verändern. (...)

Schließlich: auf einem letzten Gebiet, dem Gebiet der direkten militärischen Vorbereitung, sehen wir: die Indikatoren gehen in die gleiche Richtung wie auf den vorhergehenden drei Gebieten. 1981 wurde ein neues Militärkommando geschaffen, das Caribbean Command (Karibisches Kommando), das seinen Hauptstützpunkt in Key West in Florida, 150 km von der kubanischen Küste hat. Der Chef dieses neuen Kommandos ist Admiral McKenzie, der – und ich zitiere wörtlich – davon ausgeht, „daß es ein politisch-militärisches Problem in der Karibik gibt und daß Kuba, Nicaragua und Grenada praktisch ein Land und ein Problem sind“. Key West wird außerdem zur Marinebasis ausgebaut; die elektronischen Spionageanlagen, die gegen Kuba gearbeitet haben, die aus Kostengründen unter Carter stillgelegt worden sind, sind reaktiviert worden, und zu der Karibik-Flotte werden im April dieses Jahres zwei Flugzeugträger hinzugezogen.

Seit Anfang 1982 ist eine vollständige elektronische Überwachung Zentralamerikas durchgeführt worden. Seit Januar 1982 sind US-Kriegsschiffe im Golf von Fonseca zur Überwachung Zentralamerikas stationiert; ebenso ist eine ständige Luftaufklärung über Kuba, Grenada und seit einigen Tagen, wie wir wissen, auch über Nicaragua durchgeführt worden, unter Verletzung des Luftraumes. Die militärische Aufrüstung von Honduras dient dazu, diese Streitkräfte als Invasionstruppen gegen El Salvador und Guatemala vorzubereiten, und das wird komplementiert durch ein Abkommen über die Erweiterung honduranischer Flugplätze, die im Krisenfall von US-Flugzeugen benutzt werden können. Das zweite Abkommen wird abgeschlossen mit Kolumbien und sehr wahrscheinlich auch mit der Dominikanischen Republik. Das letzte Element ist die Verlagerung der Flüchtlinge aus dem honduranischen Grenzgebiet zu El Salvador ins Innere des Landes und die Stationierung von Anti-Guerilla-Truppen von Honduras und El Salvador in diesem Grenzgebiet, was darauf hindeutet, daß dort gemeinsame Aktionen geplant sind.

Nimmt man all diese verschiedenen Faktoren zusammen, so muß man feststellen, daß die Politik der Reagan-Regierung konsequent von Anfang an auf die Destruktion der nationalen Befreiungsbewegung und der revolutionären Staaten angelegt war. (...)



H. Dieterich (3. v. r.) und W. H. Catenhusen (3. v. l.)

Wolf-Michael Catenhusen

Bonn muß auf Distanz zu den USA gehen!

Die Völker von El Salvador, Guatemala und Nikaragua haben den Weg ihrer politischen und sozialen Befreiung begonnen. Die Vertreter der Befreiungsbewegungen heute haben uns deutlich gemacht, daß sie ihre Freiheit gegen die Oligarchien in ihren eigenen Ländern und gegen die mit ihnen verbündete Regierung der Vereinigten Staaten erkämpfen müssen, und sie haben uns heute auch eindrücklich klargemacht, wie groß die Gefahr ist, daß die Amerikaner mit direkter oder indirekter militärischer Intervention den Versuch machen, den sozialen Fortschritt und die Demokratisierungsprozesse in Nikaragua und in El Salvador zu vernichten.

In dieser Situation kommt der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesregierung eine besondere Verantwortung zu. Und ich als Bundestagsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei möchte einige Punkte nennen wo, ich der Meinung bin, daß gerade jetzt die Bundesrepublik und die Bundesregierung insbesondere ihrer Verantwortung nachkommen muß.

In dieser Situation muß die Bundesregierung darauf bestehen, daß jegliche wirtschaftliche und politische Beziehungen mit den Regierungen, mit den herrschenden Juntos in El Salvador und Guatemala eingestellt bleiben.

Es brach Ende letzten Jahres ein harter Kampf auf in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei, um zu verhindern, daß der Außenminister der Bundesregierung den deutschen Botschafter wieder nach El Salvador zurückschicken könnte. Gerade in dieser Situation muß klar sein, daß die Bundesregierung einen Botschafter nach El Salvador nicht zurückschickt und daß sie auch keinen Beobachter zu den sog. Wahlen in El Salvador entsendet.

Die Bundesregierung muß weiterhin die Versuche Mexikos und das Angebot der FDR/FMLN unterstützen, eine friedliche Lösung des Bürgerkriegs in El Salvador zu unterstützen und gleichzeitig die FDR/FMLN als politische Vertretung des Volkes in El Salvador anzuerkennen.

Die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei hat sich Ende Februar einstimmig gegen eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten in Zentralamerika ausgesprochen; ich meine es ist höchste Zeit, daß sich die Bundesregierung diesem Schritt anschließt.

Die sandinistische Revolution ist eine große Hoffnung für die kämpfenden Völker in Lateinamerika und in der Dritten Welt insgesamt. Gerade jetzt ist es wichtig, daß die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für das befreite Nikaragua fortgesetzt wird. Allerdings: Diese Hilfe ist zu gering, und sie muß in Zukunft ohne politische Bedingung fortgesetzt werden. Gerade angesichts der vorbereiteten Operationen der Vereinigten Staaten zur Destabilisierung und offenen Bekämpfung der Sandinisten in Nikaragua dürfen die verstärkten Anstrengungen der Sandinisten zum militärischen Schutz ihrer Revolution nicht zum Anlaß genommen werden, die Unterstützung Nikaraguas zu verringern oder gar einzustellen.

In diesen Wochen hat die Bundesregierung eine besondere Verantwortung, ihre Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten deutlich und auch für die Regierung der Vereinigten Staaten vernehmbar zu äußern. Die Bundesregierung würde sich für mich dann, wenn sie dem Druck der Vereinigten Staaten nachgibt, mitschuldig an einem möglichen Völkermord in El Salvador und Nikaragua machen.

Die Lateinamerikapolitik der Regierung Reagan, die unter dem Vorwand der Bekämpfung des Kommunismus und unter dem Vorwand einer angeblichen Intervention Kubas oder der Sowjetunion die Zusammenarbeit mit den diktatorischen und faschistischen Regierungen in Zentralamerika sucht, diese Politik widerspricht grundsätzlichen Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei und ich meine, es ist an der Zeit, daß diese deutliche und klare Absage an diese Lateinamerikapolitik auch von der Bundesregierung erfolgt.

Ich meine, daß diejenigen auch in meiner Partei, die sich heute gegen eine Demonstration gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Bonn wenden, gut beraten wären, gleichfalls zu verdeutlichen, daß diese Politik von Herrn Reagan, sowohl was die militärische Aufrüstung als auch was insbesondere die Lateinamerikapolitik angeht, daß dieses Positionen sind, die auch von der Bundesregierung nicht geteilt werden. Ich setze auch darauf, daß die Diskussion und die Arbeit der Solidaritätsbewegung mit Druck darauf ausübt, daß die Bundesregierung ihre zögernde und abwartende Haltung in dieser Frage aufgibt.



Kollage von Edouard Gysin

Dieter Boris

Zwieschlächtige Haltung der Bundesregierung



D. Boris (M.)

1. Auf den ersten Blick könnte man den Eindruck gewinnen, daß gerade die Mittelamerika-Politik der Bundesregierung sich vorteilhaft von der US-Politik gegenüber dieser Region abhebt und daher auch von den linken Kräften positiv beurteilt werden müßte. Die positive Bedeutung der Position der Bundesregierung zum befreiten Nicaragua sowie umgekehrt die Distanzhaltung gegenüber der zivil-militärischen Junta in El Salvador soll hier auch nicht unterschätzt werden; sicherlich spielen hier insbesondere die – gegenüber US-Vorstellungen – alternativen Entwicklungskonzepte der Sozialistischen Internationale eine Rolle.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine kurze Nachbemerkung zur gestrigen Podiumsdiskussion zu diesem Thema machen, weil mir zumindest zwei Dinge nicht ganz klar von seiten des Podiums herausgekommen zu sein schienen. Einmal, meine ich, sollten wir unterscheiden zwischen der Sozialdemokratie bei uns hier und unseren Problemen mit ihrem politischen Handeln hier und ihrem Handeln und ihren Positionen etwa in Mittelamerika. Zweitens sollten wir im Sinne der Größe und Einheit, der Intensität der anti-imperialistischen Solidaritätsbewegung und auch im Sinne der Befreiungsbewegungen in den Dritte-Welt-Ländern nur froh sein, wenn es Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie gibt, die sich schließlich zu einer fortschrittlichen Politik in diesen Teilbereichen zumindest durchgerungen haben, und auch versuchen, ihnen real Geltung zu verschaffen. Eine Haltung, die gönnerhaft, herablassend, etwa nach der Devise verfährt: „Nun ja, wenn es denn nun sein muß, so mögen sich auch Sozialdemokraten an unseren fortschrittlichen Veranstaltungen beteiligen oder Resolutionen unterschreiben“, – eine solche Haltung, meine ich, ist politisch kurzsichtig, wortradikal und letztlich auch sektierisch.

2. Eine genauere Beurteilung der Mittelamerika-Politik der Bundesregierung aber fällt differenzierter und negativer aus, zumal dann, wenn der Anspruch der westdeutschen Entwicklungspolitik ernst genommen wird. Da dieser Anspruch sich an dem Ziel der sozialen Emanzipation, der nationalen Unabhängigkeit und der Überwindung der Unterentwicklung orientiert und keineswegs das Festhalten aller Länder der Dritten Welt in der kapitalistischen Hemisphäre zum obersten Ziel proklamiert, scheint es folgerichtig, wenn die

Bundesregierung Sympathie und Unterstützung für die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika entwickelt. Beides jedoch hält sich in engen Grenzen; im übrigen ist das diesbezügliche Verhalten widersprüchlich, schwankend und häufig genug anmaßend und, was das Schlimmste ist, es hat die Tendenz – unter dem Einfluß der neuen Reagan'schen Interventionspolitik – in sein Gegenteil umzuschlagen. – Ohne hier auf Differenzen innerhalb des Regierungslagers, zwischen Regierung und den sie tragenden Parteien oder Differenzen innerhalb der SPD eingehen zu können, – es kann hier nur die Endwirkung der Politik beurteilt werden – sei soviel in Konkretisierung der zuletzt angedeuteten kritischen Aspekte festgehalten:

3. Auch mit den blutigsten Militärdiktaturen Mittelamerikas hat die sozialliberale Regierung lange Zeit normale bis freundliche Beziehungen unterhalten (vgl. Entwicklungsprojekte mit dem somozistischen Nicaragua bis 1978/79, Beziehungen mit El Salvador und Guatemala unter den militärischen Gorilladiktaturen). Auch heute noch werden z.B. Waffenexporte an die Regimes in Salvador und Guatemala von der Bundesregierung nicht rigoros untersagt, obwohl es eindeutig ist, daß diese Waffen gegen die Befreiungsbewegungen der betreffenden Länder eingesetzt werden.

4. Entgegen dem Postulat der Nichteinmischung wird häufig sogar das Ziel der Zügelung der sozialrevolutionären Prozesse (im Sinne der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie und eines gemischtwirtschaftlichen, d.h. kapitalistischen Systems) explizit genannt. Besonders eklatant wird ein solches Verhalten der Einmischung, des Stellens von Bedingungen, des Gebens von patriarchalischen und erpresserischen Ratschlägen, wenn z.B. der Herr Bundesminister Offergeld der nikaraguanischen Regierungsjunta, just einen Tag nachdem ein krimineller Destabilisierungsplan der US-Regierung gegenüber Nicaragua enthüllt worden ist, zur Mäßigung gegenüber der US-Regierung rät.

5. Inkonsequenzen und Schwanken lassen sich an zahlreichen regierungsoffiziellen Erklärungen festmachen. Z.B., wenn die Bundesregierung ihr Verständnis ausdrückt „für die amerikanischen Besorgnisse wegen der Entwicklung in El Salvador und der Einflußnahme kommunistischer Staaten auf die inneren Verhältnisse des Landes. In einer Erklärung wendet die Bundesregierung sich gegen jede Anwendung von Gewalt in El Salvador, sei es von rechts und von links. Sie will im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternehmen, um die demokratischen Kräfte in beiden Lagern zu einem Dialog zusammenzuführen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.2.1981) Diese Stellungnahme ist z.B. in ihrer Substanz völlig den Einsichten und der Analyse der Verhältnisse sowohl der Regierung wie von seiten der Sozialdemokratischen Partei entgegengesetzt, und trotzdem wird sie verbreitet, um dem US-amerikanischen Sendboten (Eagleburger) zu Gefallen zu sein. Oder, um nur ein anderes Beispiel zu nennen: Entgegen allen Proklamationen und der bisherigen Politik erklärte Bundesaußenminister Genscher gegen Ende des letzten Jahres, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zu El Salvador wieder normalisiert werden sollten, d.h. daß der Botschafter wieder auf seinen Posten in San Salvador zurückgeschickt werden sollte und auch die Entwicklungsprojekte der Bundesregierung wieder aufgenommen werden sollten. Dieses Vorhaben ist erst nach einem

Proteststurm wieder rückgängig gemacht worden.

6. Vor allem aber ist zu befürchten, daß diese Schwankungen nur Schritte auf dem Wege zu einer vollkommenen Unterwerfung unter die Reagan'sche Interventions- und Kriegspolitik in Mittelamerika darstellen. Seit einem Jahr, also seit Reagans Machtantritt, sind regierungsoffizielle Stellungnahmen zu Mittelamerika sehr rar geworden – und dies, obwohl die US-Politik sich tagtäglich von der politischen Linie der Bundesregierung und der Mehrheit der europäischen Regierungen weiter entfernt hat und drauf und dran ist, sich in kriegerischen Abenteuern und Explosionen in dieser Region zu verstricken. Wir werden zwar mit regierungsoffiziellen Stellungnahmen zur Polen, Afghanistan etc. überschwemmt; wir hören aber seit langer Zeit nichts von seiten der Bundesregierung über die Situation in Mittelamerika (ebensowenig über die Türkei, Chile, Südafrika etc.), obwohl zweifellos der Repressionsgrad und die Zahl der Todesopfer in El Salvador mit keinem anderen Land der Welt zu vergleichen ist.

Wir hören kein Wort zu den ständigen Interventionsdrohungen

gen der US-Regierung gegenüber Kuba und Nicaragua;

- kein Wort zu dem gefährlichen und ansteigenden Engagement der US-Regierung in El Salvador, Guatemala und Honduras;

- kein Wort zu der Menschenrechtssituation und den völkermordähnlichen Massakern in El Salvador, die politisch, militärisch und moralisch von der US-Regierung gedeckt und gerechtfertigt werden.

Dies sind alles zweifellos Gesichtspunkte, die den Rest von Glaubwürdigkeit der Mittelamerika-Politik der Bundesregierung (und darüber hinaus der Dritten-Welt-Politik im allgemeinen) zu erschüttern drohen. Die Frage muß gestellt werden, warum die Bundesregierung – wider besseres Wissen und Einsicht –, sich nicht zumindest auf dieselben politischen Positionen hinbewegen kann, wie etwa Frankreich, die Niederlande, die skandinavischen Länder usw.

Konkret ist zu fordern, daß die Bundesregierung sich in ihrer Mittelamerika-Politik der jüngsten Verhandlungs- und Friedensinitiative des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo anschließt.

Bernd Paeschke **Christliche Solidarität – mit den Bischöfen oder dem Volk?**

Ich möchte etwas sagen zur Rolle der Kirchen und der Christen in Mittelamerika, aber vor allem in der Bundesrepublik zur Frage der Intervention. Anfang dieses Monats hat das salvadorianische Komitee der Christen der Solidarität mit dem Kampf des salvadorianischen Volkes durch ihren Sprecher, den Priester Benito Cubar, erklärt, daß derzeit in El Salvador eine Christenverfolgung und ein Völkermord an Christen wie zu den Zeiten des römischen Kaisers Diocletian stattfinde. Er sprach davon, daß in den vergangenen Jahren allein in El Salvador 26 Priester und über 400 Katecheten ermordet worden seien. Er hat den Papst um ein Wort der Ermutigung an diese verfolgten Christen gebeten.

Was ist der Grund für diese Christenverfolgung in Mittelamerika, die ja hier – wie in ganz Lateinamerika – nicht neu ist? Gehen wir zurück in die 60er Jahre. 1969 hat Rockefeller nach seinem Besuch in Lateinamerika in seinem Bericht zum erstenmal offiziell auf eine Gefährdung US-amerikanischer Interessen durch eine gefährliche Entwicklung der lateinamerikanischen Kirchen aufmerksam gemacht. Einige Jahre später kommt der Plan „Banzer“ in die Öffentlichkeit, ein ausgeklügeltes Strategiepapier lateinamerikanischer Militärdiktaturen zur Unschädlichmachung progressiver Sektoren der Kirchen. Und schließlich, im Santa-Fé-Papier, das die Grundzüge der derzeitigen Mittelamerika-Politik Reagans enthält, wird im Kapitel über die innere Subversion der Gegner auf dem Gebiet der Kirche ausgemacht. Es heißt dort wörtlich: „Die Rolle der Kirche in Lateinamerika hat eine vitale Bedeutung für das Konzept der politischen Freiheit. Unglücklicherweise haben marxistisch-leninistische Kräfte die Kirche als politische Waffe gegen das Privateigentum und den produktiven Kapitalismus benutzt, indem sie die religiöse Gemeinschaft mit Ideen infiltriert haben, die eher kommunistisch als christlich sind.“

Was haben die deutschen Kirchen zu all dem gesagt? Zu den Toten, zu den Ermordungen, selbst zu Massakern in salvadorianischen Kirchen? Sie haben geschwiegen, beide großen Kirchen. Als am 26. September 1980 Solidaritätsgruppen und Mitglieder von Kirchengemeinden durch die Besetzung des Kölner Doms von den deutschen Bischöfen ein Wort der

Solidarität mit dem leidenden salvadorianischen Volk erreichen wollten, kam die Antwort, daß sie durch die Polizei aus dem Dom hinausgeworfen wurden; eine weitere Antwort durch den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, aus Rom war die, daß sich die deutsche Bischofskonferenz, wenn sie sich schon zu Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung der Religionsfreiheit äußern werde, sie damit kein einzelnes Land herausgreifen, sondern sich umfassend äußern werde. Jetzt endlich, auf ihrer diesjährigen Frühjahrs-Vollversammlung, haben sich die deutschen Bischöfe, zwar nicht umfassend, aber immerhin zu Polen und Mittelamerika geäußert.

Trotz zutreffender Einzelfeststellungen, wie z.B. in Hinblick auf Guatemala, der Kampf für die selbstsüchtigen Interessen einer Oligarchie wird dort nicht selten als ein Kampf gegen den Kommunismus ausgegeben, wird aber doch durch diese Erklärung, durch diese Nebeneinanderstellung von Polen und Mittelamerika suggeriert, daß das, was an Gewalt, Terror und Christenverfolgung in Polen und Mittelamerika geschieht, das gleiche sei und daß es zwischen Menschenrechtsverletzungen und Christen- bzw. Kirchenverfolgung in El Salvador und Guatemala einerseits und Nicaragua andererseits zum derzeitigen Zeitpunkt keinen prinzipiellen Unterschied gebe. (...)

Warum also, ist zu fragen, gilt die Aufforderung zur Solidarität mit dem polnischen Volk nicht auch für die Völker von Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Die Antwort: Die bischöfliche Solidarität gilt vor allem den Amtsbrüdern, dem derzeitigen Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, der sich leider, nachdem er in der Zeit Somozas für das Recht des Volkes auf bewaffneten Widerstand gesprochen hatte, derzeit von der bürgerlichen Konterrevolution instrumentalisieren läßt.

Die Solidarität der Bischöfe gilt der Bischofskonferenz von El Salvador, die gerade eben ausdrücklich zur Unterstützung der Wahlen aufgerufen hat. Und die maßgeblich beeinflusst wird durch drei Bischöfe, die ich nun leider kurz charakterisieren muß, weil in diesem Votum der Bischofskonferenz von El Salvador für die Wahlen auch hier in der Bundesrepu-



B. Paeschke (3. v. r.) und M. Rodriguez (2. v. r.)

blik von seiten der CDU Propaganda gemacht wird. Die Bischofskonferenz wird dominiert erstens durch Bischof Aparicio von Santana, der amerikanische Hubschrauber seg-

net, Hubschrauber, die nachweislich auch zur Verfolgung wehrloser, flüchtender Menschen eingesetzt werden. Da ist zweitens der Bischof Alvarez von San Miguel, der den Rang eines Obersten der Armee hat und gleichzeitig Bischof des Heeres ist; der Bischof Revelo, der selbst in dem Ruf steht, zur Ermordung eines ihm selbst unterstehenden Priesters geschwiegen zu haben, obwohl er darüber genauestens informiert war. Die beiden letztgenannten Bischöfe sind auch mitverantwortlich dafür, daß in ihren Kirchen Bauernfamilien vom Militär niedergemetzelt wurden, die dort einen Hungerstreik für politische Gefangene unterstützen wollten. Denn sie waren es, die die Ordnungskräfte zur Räumung der Kirche aufgefordert hatten.

Schließlich: Alle drei Bischöfe sind die geistlichen Berater von Verteidigungsminister Garcia, der uns Anfang Januar erklärt hat: „Es ist Gott, der mich auf diesen Weg gesetzt hat, um unser Land von Subversion und Terrorismus zu befreien.“ Das heißt, die religiöse Legitimation dieser Politik wird auch verantwortet durch diese Bischöfe, denn so sagte er: „Mindestens einmal im Monat treffe ich mich mit diesen drei Bischöfen, sie sind meine Freunde.“

Wenn also die deutsche Bischofskonferenz ihre Solidarität mit dieser Bischofskonferenz erklärt – und sie müßte eigentlich wissen, um wen es sich da handelt – dann ist doch wohl klar, daß eine solche Versicherung nicht den kämpfenden und verfolgten Christen der Kirche des Volkes in Zentralamerika nützt, sondern jener Kirche, die sich instrumentalisieren läßt, von der derzeitigen Interventionspolitik.

Mario Rodriguez Uns eint mehr als uns trennt!

Zentralamerika und die Karibik befinden sich in einer ständigen Bedrohung durch Aggression. Es handelt sich darum, daß die großen Hoffnungen von Millionen Frauen und Männern ein neues, gerechtes und ehrenhaftes Leben zu erreichen, erstickt werden sollen. Der nordamerikanische Imperialismus ist der Hauptgegner dieser ganzen Hoffnungen. Er versucht mit allen Mitteln, ihre Durchsetzung zu verhindern. Kuba kämpft mit Entschiedenheit gegen die imperialistischen Methoden. Und heroisch steht unser Volk seit 20 Jahren gegen eine kriminelle wirtschaftliche Blockade, die das Ziel hat, den wirtschaftlichen Aufbau zu verhindern. Den sozialistischen Aufbau zu verhindern, den unser Volk mit seinem Blut verteidigt hat. Wir kennen den bakteriologischen Krieg gegen Kinder, gegen Zucker- und Tabakplantagen. Nichts wird uns zum Zurückweichen bringen. Wir ziehen es vor, mit unserer Revolution zu leben oder mit ihr zu sterben. Die Anwesenheit, die Wachsamkeit der kubanischen Revolution, liebe Freunde, ist das beste Beispiel dafür, daß die Völker über ihr Schicksal verfügen können. Das irritiert, ja das irritiert den Cowboy Reagan.

Und diese Verwirrung ist nicht neu; schon die letzten sechs Yankee-Regierungen vorher waren irritiert.

Diese Verwirrung wird noch weiter zunehmen mit einem freien Nicaragua, mit einem souveränen Grenada, mit einer Befreiungsbewegung der Völker, die die Yankees historisch verurteilen.

Gegen diese Bedrohung, die zynisch in dem sog. Dokument von Santa Fé geplant ist, erheben sich die Völker, indem sie ihre Solidarität mit Zentralamerika, Kuba und Grenada darbieten.

Dies bedeutet auch, den Kampf für den Frieden in Europa zu führen. Dies bedeutet zu vermeiden, daß die Reaktion in den USA erstarkt. Die USA versuchen, die Welt in die Zeit der 40er Jahre zurückzustoßen, indem sie regionale Kon-

flikte schaffen. Dies ist in der gegenwärtigen Zeit nicht möglich, wenn unsere Völker sich dem Imperialismus entgegenstellen und dazu beitragen, den Frieden in Europa zu wahren und den Imperialismus zu schwächen, der mit dem Schicksal der europäischen Völker spielt.

Jeder, der sich als ehrenhafter Mensch bezeichnet, ist gezwungen zu vermeiden, daß diese Pläne der US-Regierung durchgeführt werden, indem die antiinterventionistische Bewegung gestärkt wird. Indem wir den Hauptfeind erkennen, gegen den wir kämpfen müssen.

Für keinen ist es ein Geheimnis, daß es Dinge gibt, die uns trennen. Aber es gibt viel mehr Dinge, die uns vereinen. Es gibt mehr Dinge, die uns hier vereinen in dieser antiinterventionistischen Bewegung.

Handeln wir für die Kinder, die in der Welt kein Brot haben! Für die, die wegen Hunger, Kälte und Arbeitslosigkeit sterben. Jedes achte Kind in Zentralamerika stirbt vor Erreichung des ersten Lebensjahres; jeder zweite Jugendliche in Zentralamerika ist Analphabet; drei von zehn Zentralamerikanern haben keine Arbeit und keine soziale Absicherung; 12 Millionen Zentralamerikaner haben kein Dach über dem Kopf: Das sind die Gründe der Revolution!

Auf diesem Kongreß wollen wir proklamieren: Beendet den Hunger und beendet die Ausbeutung! Handeln wir, compañeros, für die Völker, die mit einem hohen Preis an Opfern ihrer besten Kinder das Recht erkämpft haben, den Weg einzuschlagen, den sie erwählt haben!

Stärken wir die antiinterventionistische Bewegung! Und wir werden den Frieden und die Revolution erkämpfen! Patria o Muerte! (Vaterland oder Tod!)

Venceremos! (Wir werden siegen!)



Eduardo Galeano

Die Revolution – Antwort auf den Krieg gegen das Volk

Wenn man die internationalen Statistiken liest, fragt man sich: In was für einer Welt leben wir eigentlich? In einem gigantischen Irrenhaus? Auf einem Schlachthof? Wer hat dieses Stück geschrieben, das wir aufführen müssen, welcher verrückte oder euphorische Henker? Hat die Geschichte gelogen, als sie uns Frieden und Fortschritt versprach?

10.000 Menschen sterben täglich an Hunger, aber täglich gibt die Welt mehr als 1 Mrd Dollar aus für Armeen und für Rüstungsgüter. Die Gegenüberstellung der Militärausgaben mit Daten über Analphabetismus, Krankheit und Unterentwicklung lassen einen schauern vor Entsetzen, wenn man bedenkt, daß mit den Kosten für einen Panzer 500 Klassenzimmer eingerichtet werden könnten, daß ein Düsenjäger 40.000 Apotheken entspricht, und daß für den Preis eines Zerstörers 9 Mio Menschen mit Elektrizität versorgt werden könnten.

Zeitbomben Hunger ...

Selbst wenn die Waffen ruhen und niemals zur Anwendung kämen, würden sie die Finanzmittel der Weltwirtschaft verschlingen. Aber selbstverständlich kommen sie zur Anwendung! Nicht gegen den Hunger, sondern gegen die Hungernen.

Kriegswirtschaft in Friedenszeiten? Aber welcher Friede? Obwohl kein einziger Schuß gefallen war und keine einzige Bombe detonierte, forderte und fordert ein geheimer, nie erklärter Krieg 30 Mio Opfer pro Jahr, in Ländern wie zum Beispiel El Salvador und Guatemala. 30 Mio Menschen sterben jedes Jahr an Hunger. In der Welt? Oh nein, in der Dritten Welt, oder, anders ausgedrückt: in einer anderen Welt.

Der Terminus Dritte Welt, vor Jahren von Alfred Sauvy ins Leben gerufen, ohne daß geahnt werden konnte, daß er von den reichen Ländern als Alibi benutzt werden würde, hat eine unglückliche Entwicklung mitgemacht. Die sog. Dritte Welt fügt sich ein in die kapitalistische Welt, aus dem einfachen Grunde, weil die Unterentwicklung keine Entwicklungsphase ist, sondern die historische Konsequenz der fremdbestimmten Entwicklung. Heute, am Ende der langen Geschichte der Ausbeutung, die vertuscht und verleugnet wird, aber dennoch schmerzliche Realität ist, sind einige Länder arm, weil andere Länder reich sind.

Überfluß – besteht er an den Gütern der Welt selber, oder aber an den Mitteln zur Verteidigung des Überflusses? Könnte die ungleiche Güterverteilung in der Welt sich einen Tag lang halten, wenn die privilegierten Länder und die sozialen Schichten, die an Überfluß gewohnt sind, nicht bis an die Zähne bewaffnet wären? (...)

Wie könnten, ohne ein Bajonett hinter jedem Rücken, beispielsweise diejenigen regieren, die die Demokratie in Chile im Blut erstickt haben? Wie könnte man sonst erreichen, daß Millionen von Chilenen sich von Nudeln ernähren, um zu überleben, während die Sieger jeden Tag ihr Baguette-Brot aus Paris bekommen und ihren Whisky mit Wasser aus Schottland trinken?

In diesem Rahmen ist die Krise Zentralamerikas entstanden. In diesen allgemeinen Rahmen gehört das Bombardement an Drohungen gegen Nikaragua, die Anklagen gegen Kuba, den roten Teufel mit Hörnern und langem Schwanz, allgegenwärtig wie Gott – und die sich verschärfende imperialistische Intervention in El Salvador und Guatemala.

Der revolutionäre Aufbruch in Zentralamerika ist eine grundlegende Antwort auf den geheimen Krieg, der Kinder verhungern läßt, und auf die Gewalt, die Länder und Völker einkerkert. Es sind Kriege gegen den Krieg, die jene Region erschüttern, Befreiungskriege, die die Ursachen des Krieges angreifen, Kriege gegen den täglichen Krieg, der die Arbeiterklasse ausbeutet, Kriege gegen den falschen Frieden der Gefängnisse und Friedhöfe, Kriege des Volkes für den einzigen Frieden, der den Namen Frieden verdient – für den Frieden, der die Würde des Menschen garantiert.

Zielend auf tiefgreifende Veränderungen prallt die Herausforderung durch das Volk mit dem System aufeinander und demaskiert es: die imperialistische Macht, bedroht in ihren Domänen, befiehlt Vernichtung, und der Staatsterrorismus zeigt alle seine Zähne. Die Herren des Terrors, die Terroristen in Uniform, nennen ihre Opfer Terroristen.

... und Staatsterrorismus

Ein einziges Beispiel zur Verdeutlichung, entnommen den letzten Informationen der Gruppe für „Verschwundene“ in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen: in El Salvador sind 87 Kinder unter 14 Jahren von Militäreinheiten gefangenengenommen worden. Diesen Kindern warf man vor, Terroristen zu sein. Diese Kinder sind verschwunden.

Jeanne Kirkpatrick, Vertreterin des Präsidenten Reagan, sagte in einer Pressekonferenz, daß Somoza (im Juli 1979 gestürzter Diktator Nikaraguas; d. Red.) den Sandinisten vorzuziehen sei. Ehrlicher wäre es gewesen, zu sagen, sie zöge William Walker vor. William Walker war ein nordamerikanischer Pirat, der sich vor mehr als einem Jahrhundert, im Jahre 1856, zum Präsidenten von Nikaragua und El Salvador ernannte und die Negersklaverei in diesen Ländern wieder einführte.

Die Vereinigten Staaten (USA), die sich ein halbes Jahrhundert lang weigerten, die Unabhängigkeit Haitis anzuer-



Identifizierung eines Repressionsopters in El Salvador

kennen, erkannten unverzüglich die Regierung dieses Filibustiers an und entsandten ihren Botschafter. Im Jahr darauf wurde Walker von den Patrioten Zentralamerikas verjagt. Aber Präsident Buchanan erklärte aus Washington: „Es liegt an der Bestimmung unserer Rasse. Unsere Expansion wird sich in den Süden fortsetzen und niemand wird sie aufhalten. In kurzer Zeit Zentralamerika...“ Zehn Jahre zuvor hatte eine nordamerikanische Invasion Mexiko die Hälfte seines Territoriums entrissen.

Die Geschichte der nordamerikanischen Interventionen in Zentralamerika und in der Karibik wie im übrigen Lateinamerika – eine Geschichte unablässiger Gemeinheiten und Greuel – begleitet Schritt auf Schritt das Erscheinen und die Konsolidierung der USA als Weltmacht. Wir wollen diese Geschichte hier nicht widergeben. Es reicht, die aktuelle Realität jener Länder zu sehen, deren Diktator oder derzeitiger Präsident handelt, als ob er Botschafter der USA sei. Der Botschafter der USA handelt wie ein Vizekönig und der Wirtschaftsminister wie sein Steuereintreiber, während der Oberbefehlshaber der Streitkräfte den besiegten Indios den Skalp abzieht.

Es mag genügen, daran zu erinnern, daß beispielsweise die tragische derzeitige Situation Guatemalas vor etwa 30 Jahren begann, im Jahre 1954. Damals rüsteten die USA eine Invasionsarmee aus und begleiteten sie, die eine demokratisch gewählte Regierung mit Feuer und Schwert liquidierte, nur weil sie den subversiven Einfall hatte, eine Agrarreform in die Wege zu leiten. Jahre später, in den 60er Jahren, machten die USA aus Guatemala ein Experimentierfeld für die Technik des „schmutzigen Krieges“, um den Kampf der vertriebenen Campesinos niederzuschlagen. In Vietnam wurden diese Techniken erprobt.

Guatemala war das erste lateinamerikanische Land, in dem die Technik des Verschwindenlassens in großem Maßstab entwickelt wurde. Heute wird sie dort weiter angewandt, in El Salvador ebenfalls wie auch in den anderen Ländern, die von Entführern regiert werden. In Argentinien hat diese Technik nicht weniger als 20.000 Opfer gefordert, die der Machtapparat verschlungen hat, um Spuren zu verwischen.

Traurigerweise zeigt die Realität seit Jahren, daß die nordamerikanischen Ausbildungszentren für lateinamerikanische Militärs Diktatoren in Serie produzieren. Dort haben sie Appetit auf Menschenfleisch bekommen. Dort haben sie gelernt, mit dem Verrat zu regieren, diese Generäle, die direkt oder in ziviler Maske die Mehrheit unserer Länder regieren.

Bisweilen stolpern diese Strohmänner über den aufwallenden Volkszorn. Die Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen hat kürzlich darüber informiert, daß die Streitkräfte und paramilitärischen Gruppen El Salvadors für fast alle politischen Morde des vergangenen Jahres verantwortlich sind, 11.000 Morde außerhalb der militärischen Auseinandersetzungen. Indessen schätzen einige informierte Journalisten diese Zahl um ein Vielfaches höher ein und vermelden, daß die salvadorianischen Militärs 40 Zivilisten töten für jeden Guerillero, den sie erledigen.

Aber trotzdem nützt es nichts. Der CIA hat Präsident Reagan darauf aufmerksam gemacht, daß der Krieg ohne direktes und massives Eingreifen nordamerikanischer Truppen nicht gewonnen werden kann. Steigende Lieferungen von Waffen und „Beratern“ haben bislang nur die Anzahl der Toten vergrößert, aber nicht die Macht der Diktatur.

Aus der Sicht der Mehrheit der westlichen Medien betrachtet, gibt es in der Welt Tote zweiter Klasse. Es sind die Opfer der Programme des Imperialismus, in den Ländern zweiter Klasse die Justierschrauben ihrer weltumspannenden Herrschaftsmaschinerie nachzustellen. 50 Verbrechen pro Tag in El Salvador oder Guatemala gehören zur „Naturordnung“, sind „normal“. Und selten billigt man ihnen mehr zu als ein makabres Foto oder irgendeinen Artikel über die malerischen Aspekte des Horrors.

Einige verdienen in der ungleichen Einteilung der Welt Solidarität, andere allenfalls Mitleid oder Bedauern. Was wäre mit Andrej Sacharow geschehen, falls er in El Salvador geboren worden wäre? Hätte Lech Walesa eine solche Berühmtheit erlangt, wäre er ein Arbeiterführer aus Guatemala? Würde Lech Walesa noch leben, wenn er ein Arbeiterführer aus Guatemala wäre?

Die Diktatur des José Napoleón Duarte hat mit großem Wirbel lauthals verkündet, daß die Militärs festgenommen würden, die für die Vergewaltigung und Ermordung der vier nordamerikanischen Nonnen in El Salvador verantwortlich sind. Niemals wird Duarte die Verhaftung der Militärs ankündigen, die für die nicht weniger grauenvollen Morde an Tausenden und Abertausenden seiner Landsleute verantwortlich sind: kastrierte, enthauptete oder lebendig verbrannte Campesinos.

Das Verbrechen an den nordamerikanischen Nonnen war ein gefährlicher Fehler des Regimes. Das Abschlagen von Salvadorianern ist eine Notwendigkeit und ein Verdienst. (...) Eine immense Maschinerie der Manipulation beabsichtigt uns in das Zeitalter des Kalten Krieges zurückzuführen. Das Manöver ist nicht harmlos: Es wird versucht, die zentralamerikanische Revolution zu reduzieren auf die Ebene des Ost-West-Konflikts, um ihr eine sowjetische Konspiration unterzuschieben und um ihre tiefergehenden nationalen Wurzeln zu verdecken. Und man versucht vor allem, die Schuldigen für soviel vergossenes Blut zu verstecken und sie freizusprechen. (...)

Empörend für das Herz und beleidigend für den Verstand sind die Rechtfertigungen für die fortgesetzte imperialistische Intervention in Zentralamerika.

Die USA waren das erste Land, das die Sandinistas um Wirtschaft- und Militärhilfe gebeten haben, nachdem sie die Diktatur Somozas gestürzt hatten. Sie fanden dort verschlossene Türen vor, an Bedingungen geknüpfte, amputierte Kredite, Drohungen: die größte Macht der Geschichte hält Nikaragua für gefährlich, ein kleines Land in Ruinen, verwüstet von einer langen Diktatur, einem Erdbeben und einem Krieg. Sie sagen das, was Roosevelt (US-Präsident in den 30er/40er Jahren; d. Red.) gesagt hat: „Somozas ist ein Hurensohn, aber er ist unser Sohn.“

Wenn Nikaragua Nikaragua sein will und sich durch seine Revolution selbst zu entdecken beginnt, greift Reagan zum 45er Colt. Um die Wasser- und Erdwärme-Energie zu entwickeln, benötigt Nikaragua 800 Mio Dollar. Mit diesem Hebel würde das Land einen ungeheuren Aufschwung erleben.

US-Vorherrschaft: Geschichte der Gemeinheiten

Die Summe erscheint riesig, aber es ist 845 mal weniger als die Summe, die die USA dafür verwendeten, zu verhindern, daß Vietnam zu Vietnam werden konnte, während des langen Krieges in Südostasien (von 1964-75; d. Red.). Zum Töten von Vietnamesen gaben die USA 676 Mrd Dollar aus; nur für Explosivstoffe vergeudeten sie den Gegenwert von 200 Hiroshima-Bomben.

Wieviel geben sie aus und wieviel werden sie noch ausgeben, um zu verhindern, daß El Salvador El Salvador wird? Wir kennen die Vorwände. Wird Irgendjemand ernsthaft glauben, die sowjetischen Agenten seien Schuld daran, daß die Salvadorianer den niedrigsten Kalorienverbrauch Lateinamerikas haben? Von zehn salvadorianischen Kindern sind acht unterernährt. Dies ist die Gewalt, aus der die Gewalt kommt.

Demokratie war früher in El Salvador die Herrschaft von 14 Familien. Heute ist sie die Herrschaft von 244 Familien und Wahlen unter Belagerungszustand, eine Farce, an die keiner glaubt. Dies ist die Gewalt, aus der die Gewalt kommt.

Vor zwei Jahren haben die Streitkräfte in El Salvador das Land besetzt. Sie haben den landwirtschaftlichen Kooperativen 5% des Landes gegeben und nannten das „Landreform“. Bis Ende 1980 haben die Streitkräfte 200 Führer dieser Kooperativen ermordet. Dies ist der Krieg, aus dem der Krieg kommt. (...)

MODERNE ZEITEN

Sozialistische Monatszeitschrift

Diese neue sozialistische Monatszeitschrift wird herausgegeben von einem breiten Spektrum der sozialistischen Linken. Mit dieser Zeitung wollen wir den „Parteibildungsprozess von unten“ fördern, der sich in der „grünalternativen Wahlbewegung“ zeigt und in der Herausbildung anderer vielfältiger Bewegungen und Initiativen. Wir unterstützen so die Versuche, Politik und Interventionsfähigkeit der westdeutschen Linken zu erlangen, und wir wollen die Beziehungen diskutieren, die zwischen Ökologie- und Arbeiterbewegung bestehen.

Die Krise der Linken und die bisherigen Fehler ihrer Politik bedarf einer neuen **Initiative Sozialistischer Politik**, breiter theoretischer Debatte und lebendiger Praxis.

Schwerpunkte:

Die MOZ erscheint am 15. jeden Monats.
Die Auflage der MOZ beträgt jetzt über 16000 Exemplare.
Die Schwerpunkte der neuesten Ausgabe 2/82 sind:

Was wollen die demokratischen Sozialisten?: Interview mit Manfred Coppik, MdB – Analysen und Kommentare zur Krise des sozialdemokratischen Staates – Arno Klönne zur Geschichte der Linksozialisten in der BRD. **Polnisches Nachbeben:** Texte zur Polensolidarität und den Aufgaben der Linken. **Wohnungspolitik:** Stadterneuerung und soziale Wohnungspolitik. **Mittelamerika:** Interview und Kommentar zur US-Aggression. **Magazin und Wahlbewegung:** Grüne und Landtagswahlen in Niedersachsen – Grüne und Alternative Liste in HH – Grünalternative Listenbildung in Bremen. **US-Strategien und Weltwirtschaftskrise:** G. A. Frank, Reagans Wirtschaftspolitik – M. Masserat, US-Strategie und Kriegsgefahr. **Linke Selbstverständigung:** W. Goltermann, KB-Kongress – Interview mit G. Bastian, Buchbesprechungen, Leserbriefe. . .

Aboaktion

Als Abowerbeaktion bekommt jeder Abonnent, der mit unterstehendem Coupon ein Jahresabo (12 Ausgaben) für DM 48, – bestellt, die ersten 5 Hefte der MOZ im Wert von DM 20, – gratis.

Die MOZ kriegt Ihr in allen Buchläden,
Abos und Bestellungen von Probe-
exemplaren an:
MODERNE ZEITEN, Am
Taubenfelde 30,
3000 Hannover 1
Tel.: (05 11)
3234 17

Ich bestelle hiermit ein Jahresabo der MOZ ab 2/82 (12 Ausgaben) für DM 48, –. Ich kann diese Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.
 Rechnung erbeten
 Scheck liegt bei

Name _____

Straße _____

Ort _____

Unterschrift _____

Datum _____

(nur Postleitzahl und Zustellpostamt!)



ASK-Materialien für die aktive Solidarität zu El Salvador/Mittelamerika



BROT



FÜR EL SALVADOR

Spendet für die von der Befreiungsbewegung
kontrollierten Gebiete!

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PSchA Frankfurt/M.,
Kto.-Nr. 527055-602; Kennwort „Brot für El Salvador“

Plakat „Nein zur US-Intervention in Mittelamerika“ (s.o.), DIN-A2-Langformat, dreifarbig, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,30 DM

(Best.-Nr. B-0505)

Info El Salvador, mit Artikeln zum US-Interventionskurs in Mittelamerika, Zu den „Wahlen“, Rede Ortigas vor der UNO, Stellungnahme der FDR/FMLN, UNO-Resolution usw., DIN A4, 20 Seiten, Preis 2,- DM, ab 10 Ex. 1,70 DM

(Best.-Nr. B-0105)

Grafikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal und Vega, DIN-A4-Überformat, schwarz-weiß, Preis: 10,- DM, ab 10 Ex. 8,- DM

(Best.-Nr. B-0504)

Zur ASK-Kampagne der materiellen Solidarität mit den von der FMLN kontrollierten Gebieten „Brot für El Salvador“:

Aufruf, DIN A4, Rückseite frei für Eindruck, Preis je 100 Ex. 3,- DM (Best.-Nr. B-0101)

Faltblatt, DIN A5, 6 Seiten, Preis: 0,20 DM, ab 10 Ex. 0,15 DM (Best.-Nr. B-0102)

Plakat, DIN A2, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,20 DM (Best.-Nr. B-0501)

Broschüre „Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des „Komitees von Santa Fé“ für den Präsidentschaftskandidaten Reagan, DIN A5, 48 Seiten, Preis: 3,- DM, ab 10 Ex. 2,70 DM

(Best.-Nr. B-0106)

Diese Materialien, eine umfangreiche Materialliste zu El Salvador sowie einen umfassenden Katalog gibt es bei:

Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK),

Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. (0611) 234659,

Spendenkonto: Prof. Erich Wulff, Nr. 527055-602, PschA. Frankfurt/Main, Kennwort: El Salvador

Ivesa Lübben-Pistofidis Grünes Licht für Israels nächsten Angriff?

Die Situation im Nahen Osten bleibt gespannt. Eine Serie von Bombenattentaten im Libanon, Israels Beharren auf der Annexion der Golanhöhen (Dezember 1981) und die Verschärfung des israelischen Besatzungsterrors in der Westbank sind nur einige Indizien. Auf Einladung der Libanesischen Nationalbewegung und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) besuchte kürzlich eine Delegation der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO) den Libanon. Die AAPSO-Delegation, der als Vertreter des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), Ivesa Lübben-Pistofidis, angehörte, hatte auch Gelegenheit, sich in Gesprächen mit dem PLO-Vorsitzenden Y. Arafat sowie mit Mohsen Ibrahim und anderen Führern der Libanesischen Nationalbewegung, ein Bild von der Gesamtsituation im Nahen Osten und speziell im Libanon zu machen.

Während der letzten Wochen haben hochrangige israelische Politiker mehrfach offen mit Angriffen auf die Basen der PLO im Südlibanon gedroht – so Kriegsminister Ariel Sharon während einer Inspektion von Panzereinheiten im Norden des Landes: „Die Palästinenser sollen wissen, daß wir entschlossen sind, unsere militärische Macht als Antwort auf jeden Schlag gegen unsere Sicherheit zu benutzen.“ Am 3. Januar 1982 hatte Außenminister Sharon in der Knesset (israelisches Parlament) erklärt, daß „unsere Truppen mit einem großangelegten Angriff auf jeden Angriff der Fedayin reagieren werden“.¹

Y. Arafat: „Uns droht ein Krieg an zwei Fronten“

Nachdem in der Nacht vom 28. zum 29. Januar d.J. eine palästinensische Guerillaeinheit, von Jordanien kommend, in die besetzte Westbank eingedrungen war, reagierten die Zionisten prompt. Yitzak Shamir verkündete, daß Israel sich nun nicht mehr an das im letzten Sommer zur Beendigung der Kämpfe im Libanon zustandgekommene Waffenstillstandsabkommen gebunden fühle.²

Der militärische Aufmarsch Israels hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eingesetzt. An der Grenze zum Libanon sind vier Divisionen stationiert. Im Grenzstreifen, der vom libanesischen Zionistenzögling Haddad kontrolliert wird, haben die Israelis schwere Artillerie und Panzer in Stellung gebracht. Israelische Kriegsschiffe haben eine Seeblockade gegen den Südlibanon errichtet und israelische Aufklärungsflugzeuge dringen unter Verletzung des libanesischen Luftraumes regelmäßig bis nach Beirut vor.

Ende Januar d.J. traf sich Kriegsminister Sharon mit dem Führer der libanesischen Phalangisten, Beshir Gemayal, auf einem israelischen Kriegsschiff vor dem von den Phalangisten kontrollierten Hafen Jounieh, um mögliche Aggressionen mit seiner 5. Kolonne im Libanon zu koordinieren. Dazu Yassir Arafat: „Es ist sicher, daß die Phalangisten Bestandteil der israelischen Pläne sind. Wir stellen uns auf

einen Krieg an zwei Fronten ein: Gegen die Phalangisten von innen und gegen die Israelis von außen.“ Daß auch israelische Reservereinheiten in Alarmbereitschaft versetzt wurden, läßt darauf schließen, daß sich die Begin-Regierung auch auf Kämpfe gegen syrische Truppen vorbereitet.

Allerdings zögert Israel noch mit einem direkten Angriff – aus verschiedenen Gründen. Zum einen ist die israelische Bevölkerung, die während des Krieges im Sommer 1981³ unmittelbar in die Kriegshandlungen mit einbezogen wurde und so auch die Kriegsfolgen zu spüren bekam, nicht mehr bereit, jedes Kriegsabenteuer Begins bedingungslos zu unterstützen. Zum anderen herrscht noch keine Klarheit innerhalb der zionistischen Generalität über eine adäquate Kriegstaktik.

Denn im letzten Jahr konnte die ja militärisch weitaus überlegene israelische Armee durch einen breiten Volkswiderstand zum Rückzug gezwungen werden. Inzwischen sind die palästinensischen Einheiten noch besser ausgerüstet und vorbereitet, was die Gefahr einer erneuten Niederlage Israels nicht geringer werden läßt.

Aber der wichtigste Grund ist, daß die USA der Regierung Begin noch kein grünes Licht gegeben haben, da sie einen direkten militärischen Angriff noch nicht für opportun halten. Im Gegenteil, sie mußten den ehrgeizigen Ariel Sharon, der bereits im Februar d.J. einen begrenzten Schlag im Libanon plante (wegen schlechter Wetterverhältnisse war er wieder abgeblasen worden), zurückpfeifen.⁴

Nach den Erfahrungen im Iran, der nach Israel die wichtigste Militärbastion des Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten war, haben die USA ihre Militärkonzeption differenziert. Nicht mehr ein einziges Land als regionaler Stellvertreter, sondern die Einbeziehung aller „gemäßigten“ Staaten in ihre militärstrategischen Überlegungen zum Aufbau eines regionalen Netzes von Verbündeten ist seitdem



PLO-Kämpfer behalten die libanesisch-israelische Grenze scharf im Auge



Aufräumarbeiten in Beirut nach den israelischen Bombenangriffen im Juli 1981

ihre Zielsetzung.⁵

Diesem Zweck diente ein reger Besuchsverkehr zwischen der arabischen Welt und den USA im Februar dieses Jahres. Dem ägyptischen Präsidenten Mubarak wurde in Washington eine erhebliche Anhebung der US-Militärhilfe versprochen⁶, während US-Außenminister Alexander Haig in Marrakesch seine marokkanischen Gesprächspartner zur Gründung einer gemeinsamen Militärkommission bewegen konnte. Gleichzeitig sicherte sich die Reagan-Administration die Nutzungsrechte über verschiedene marokkanische Militärbasen für die amerikanische Schnelle Eingreiftruppe.⁷

A. Haigs Kollege Caspar Weinberger konnte derweil in Riyad die Gründung einer ähnlichen Kommission mit den Saudis bekanntgeben⁸ und reiste anschließend zu Sultan Quabous nach Oman. Schließlich versprach er in Amman Jordaniens König Hussein die Lieferung von Boden-Luft-Raketen des Typ „Hawk“ und deutete die mögliche Lieferung von Kampfflugzeugen F-15 und F-16 an.⁹

Nichtsdestoweniger bleibt Israel nach wie vor der Hauptverbündete der USA im Nahen Osten. Das bestätigte unlängst US-Präsident Reagan, der als Antwort auf die Befürchtungen der zionistischen Machthaber Israels wegen der US-Waffenlieferungen an Jordanien in einem Brief an Begin schrieb, daß „Washington Jerusalems militärische Überlegenheit über die arabischen Nachbarstaaten auch in Zukunft sichern werde“.¹⁰

Die Ziele der USA und Israel bezüglich des Südlibanon sind identisch, nämlich wie Mohsen Ibrahim umriß: 1. Zerstörung der Basen der palästinensischen Revolution im Libanon; 2. Zurückdrängung der Libanesischen Nationalbewegung; und 3. Zurückdrängung der syrischen Armee im Libanon, die seinerzeit (1976; d. Red.) mit Unterstützung der libanesischen Rechtskräfte und auch der USA nach Libanon geholt wurde — ihnen jetzt aber, da sie sich auf die Seite der Revolution gestellt hat, ein Dorn im Auge ist.

Allerdings versuchen die USA diese Ziele unter Einbeziehung ihrer arabischen Bündnispartner durchzusetzen, während die israelische Variante eines direkten militärischen Eingreifens das Lager des Imperialismus und der Reaktion im Nahen Osten eher spalten und damit schwächen würde.

Als erstes sollen die Syrer politisch und militärisch isoliert werden. Es ist kein Zufall, daß die Aufstandsaktionen der Moslembrüder in der syrischen Stadt Hama, die von reaktionären arabischen Staaten wie Saudi Arabien und Jordanien unterstützt werden, mit Nahostreisen führender US-Politiker und massiver israelischer Truppenkonzentration zusammenfielen.¹¹

Zwar sind diese Unruhen nicht allen auf äußere Faktoren zurückzuführen, sondern auch Ausdruck des Unmuts von Teilen der Bevölkerung über uneingelöste soziale Versprechen des Baath-Regimes. Doch wurden diese inneren Widersprüche von außen geschürt, um die syrische Armee im Lande zu binden. Spezialeinheiten von 3.000 Soldaten wurden für Einsätze in Hama bereits aus Beirut abgezogen.¹²

Auch im arabischen Lager selber gerät Syrien zunehmend in die politische Isolation. Zwar wurde die Annexion der Golanhöhen von allen arabischen Ländern verurteilt, aber außer den Mitgliedern der Standhaftigkeitsfront (Libyen, Südjemen, Algerien und die PLO) war kaum ein arabisches Land zur praktischen Solidarität bereit. Auf der Außenministerkonferenz der arabischen Liga am 12./13. Februar d.J. in Tunis wurde die Forderung Syriens nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen die USA und andere Unterstützer Israels von fast allen Vertretern abgelehnt.¹³

Genau 10 Tage später beschloß das kuweitische Parlament, die Zahlungen an die syrischen Truppen im Libanon einzustellen, mit der Begründung, die „Arabische Abschreckungstruppe im Libanon sei nicht mehr arabisch, sondern syrisch“. Kuwait kündigte weiter in Anspielung auf das Vorgehen der syrischen Regierung gegen die aufständischen Moslembrüder an, auch jede andere Form von Hilfe an Syrien einzustellen.¹⁴

Es bleibt zu befürchten, daß Syriens andere konservative Geldgeber, Saudi Arabien, Qatar und die Emirate, diesem Beispiel folgen werden.

Das Hauptinstrument im Kalkül der USA sind aber momentan die libanesischen Autoritäten selber, die in den letzten Wochen wiederholt die Absicht geäußert haben, statt der Syrer die neu aufgebaute libanesischen Armee im Lande zu stationieren. Die Begründung: Man wolle wieder die Souveränität über das Land herstellen — ein Vorschlag, der auf

den ersten Blick ganz einleuchtend zu sein scheint, aber dadurch nicht weniger gefährlich wird.

Seit der Unabhängigkeit des Libanon waren die Schlüsselstellungen der Armee der eng mit dem internationalen Kapital liierten maronitischen Bourgeoisie vorbehalten. Seitdem während des Bürgerkrieges 1976 die fortschrittlichen Soldaten unter Leutnant El-Khatib desertierten, um auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte zu kämpfen, blieb nur noch eine Rumpfarmee, die bis heute sehr eng mit den Phalangisten kooperiert.

Dazu Georges Batal von der KP Libanons: „Die libanesische Armee soll in alle Teile des Landes vordringen, eine Politik, die allein den amerikanischen Interessen dient, denn sie hilft eine 'politische Lösung', wie sie die USA für den Libanon anstreben, vorzubereiten. Wenn die jetzige libanesische Armee die Macht über das Land herstellt, so wird dies eine sehr reaktionäre, eine faschistische Macht sein, die sich gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation und gegen die Libanesische Nationalbewegung richten wird.“

Entzweigungsversuche im Libanon

Mit Hilfe dieser Armee kann der Faschismus an die Macht kommen, denn diese Armee wird von den Phalangisten unterstützt. Wenn sie in die von uns kontrollierten Gebiete kommen, so werden sie dort gegen uns und nicht gegen Israel kämpfen, wie sie vorgeben. Sie wollen uns nach Norden abdrängen und die Basen der Revolution ersetzen.“

Momentan erlebt der Libanon eine Welle innerer Destabilisierungsversuche. Mitte Februar d.J. setzte erneut eine Serie von Autobombenattentaten in Westbeirut ein, die unzählige Opfer unter der Zivilbevölkerung forderte. Zu den meisten dieser Anschläge bekannte sich eine „Organisation zur Befreiung des Libanon von Ausländern“ – in Anspielung auf Syrer und Palästinenser.

Gleichzeitig erlebt der Libanon immer wieder Zusammenstöße von kleineren Splittergruppen und Einheiten der Palästinenser, der Syrer oder der Libanesischen Nationalbewegung. Die Situation wird dadurch verkompliziert, daß das Land einerseits Schauplatz für das Austragen der Konflikte der verschiedensten arabischen Geheimdienste untereinander ist, zum anderen von Geheimagenten Israels und der verschiedenen imperialistischen Länder überflutet wird. Diese versuchen immer wieder, die religiösen Gruppen zu zersplittern oder Syrer und Palästinenser zu entzweien.

Die Kämpfe, die am 19. Februar d.J. in der nordlibanesischen Stadt Tripoli zwischen örtlichen Gruppen des „Volkswiderstandes“ und syrischen Einheiten aufflammten, bezeichnete Y. Arafat daher auch als eine „gewisse Reflexion dessen, was in Hama geschieht“.¹⁵

Ende Januar 1982 hatte der Südlibanon bereits 10 Tage

andauernde Kämpfe zwischen palästinensischen Einheiten und der schiitischen Gruppe Amal erlebt – nicht die ersten dieser Art. Einigen Führern von Amal, die sich programmatisch auf Khomeini und die iranische Revolution berufen, werden enge Kontakte sowohl direkt zu Israel, wie zum „2. Büro“, dem libanesischen Geheimdienst, der enge Beziehungen zu den Phalangisten unterhält, nachgesagt.

Hierzu noch einmal Georges Batal: „Amal beruft sich auf Khomeini, der eine antiimperialistische Politik verfolgt, wiewohl diese auch durch ihre Religiosität beschränkt ist. Aber wir müssen leider feststellen, daß es Kräfte gibt, die mit dem Bild Khomeinis den Kampf an der Seite des Imperialismus führen, und damit gegen seine Grundideen handeln. Wir müssen unterscheiden zwischen der Führung und Basis von Amal. Viele Menschen, die an der Basis der Organisation arbeiten sind wie wir den ständigen Angriffen Israels ausgesetzt. Gleichzeitig versucht der Imperialismus reaktionäre Schiiten für seine Ziele zu gewinnen, um sie gegen uns aufzuhetzen.“¹⁶

Daß sich die Spannungen im Libanon verschärfen werden, weiß jeder im Libanon. Wie die nächsten Schläge des Imperialismus aussehen werden, kann niemand vorhersehen.

Sollten die USA mit ihren „politischen Optionen“ keinen Erfolg haben, so werden sie wieder auf ihre zionistischen Verbündeten Israel zurückgreifen, und ihnen grünes Licht zum Angriff geben. Dann könnte Ariel Sharons Vorhaben einer israelischen Libanoninvasion zur Anwendung kommen: „Wenn wir auf unseren Zielen beharren“, so der Kriegsminister, „könnte dies der letzte Krieg sein, den wir in der Region zu kämpfen haben.“¹⁷

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Palestine, Beirut, Nr. 3/1982, S.8
- 2) Le Monde, Paris, 2.2.1982
- 3) Zum Julikrieg 1981 siehe: AIB 9/1981 und 11–12/1981
- 4) Newsweek, New York, 22.2.1982
- 5) Zum Dilemma der US-Ausgleichspolitik siehe: AIB 2/1982, S. 5-7
- 6) Le Monde, 7./8.2.1982
- 7) Le Monde, 14./15.2.1982
- 8) Kuwait Times, 10.2.1982
- 9) Le Monde, 14./15.2.1982, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 17.2.1982
- 10) FAZ, 1.3.1982
- 11) FAZ, 17.2.1982
- 12) Le Monde, 16.2.1982
- 13) L'orient – Le Jour, Beirut, 24.2.1982
- 14) So zuletzt auf der Konferenz der arabischen Außenminister in Tunis. Vgl. Kuwait Times, 17.2.1982
- 15) Dem „Volkswiderstand“ gehören lokale Gruppen aus Tripoli, die proirakische Ba'at-Partei und Teile der Moslembrüderschaft an. Erst nachdem sich Arafat, Ibrahim u.a. eingeschaltet hatten, konnte ein Waffenstillstandsabkommen ausgehandelt werden. Vgl. L'orient – Le Jour, 22., 23. und 24.2.1982
- 16) Zum Charakter von Amal vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 146/17.8.1981
- 17) Time, New York, 1.3.1982



Die linke Tageszeitung

Massaker in Morazan: ein zweites My Lay in El Salvador. Die bürgerliche Presse schweigt.
In Israel explodiert eine Bombe.
Sind die Palästinenser die Terroristen?
Wie entwickelt sich Vietnam nach der vollständigen Befreiung?
Was machen vietnamesische Soldaten in Kampuchea?
Die UZ – die Zeitung der DKP – ist die einzige **linke** Tageszeitung, die täglich über die Ereignisse des Klassenkampfes in der „Dritten Welt“ informiert, und dabei zuverlässig und offen Partei ergreift: für den Fortschritt, für die Befreiung der Völker.

Probierlieferung

Ich möchte die UZ – Zeitung der arbeitenden Menschen, Zeitung der DKP – besser kennenlernen. Schicken Sie mir bitte kostenlos und ohne jede weitere Verpflichtung einige Ausgaben der UZ.

Name/Vorname _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

Tageszeitung

Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit –, Zeitung der DKP, zum Preis von 10.– DM monatlich.
Mindestbezugszeit
3 Monate

Kündigungen müssen dem Verlag 6 Wochen vor Quartalsbeginn vorliegen. Ausschneiden und einsenden an Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 13

Ludger Schmitz

CIA – Fesselung und Entfesselung nach Vietnam (2. Teil)

Am 16. Januar 1979 floh der Schah des Iran – die USA hatten ihren militärisch und wirtschaftlich mächtigsten Verbündeten in der ölreichen Golfregion verloren. In den Schah-freundlichen Medien der USA wurde dieses Debakel vor allem dem CIA angelastet.

Tatsächlich hatten sich US-Geheimdienste in wenigen anderen Ländern so frei bewegen können. Die militärischen Geheimdienste unterhielten große Horch- und Radarstationen an der Grenze zur UdSSR. Der iranische Geheimdienst SAVAK war von Anfang an von den USA aufgebaut, ausgerüstet und ausgebildet worden. Jetzt habe sich der CIA, so der häufigste Vorwurf der US-Presse, allzusehr auf die Informationen seines Ziehkindes verlassen. Noch im August 1978 hatte der CIA berichtet: „Iran ist nicht in einer revolutionären oder nur vorrevolutionären Situation.“¹⁰

Operation „Ajax II“ gegen den Iran

Noch in den letzten Tagen vor der iranischen Revolution (Februar 1979) hatte der Stellvertreter des damaligen NATO-Oberbefehlshabers A. Haig, US-General Huyser, persönlich in Teheran versucht, iranische Offiziere zum Putsch und zur Errichtung einer Militärdiktatur zu überreden.

Aber neben anderen Offizieren mußte auch sein Favorit, der Generalstabschef Oveissi, vor der Revolution ins Exil fliehen. Nach einiger Zeit tauchten all diese Schah-Günstlinge im Irak wieder auf, wo sie – laut Welt vom 25.10.1979 – „an der irakisch-iranischen Grenze eine schlagkräftige Truppe aufbauen“ wollten.

In der Tat gab es in den iranischen Grenzregionen Aserbeidschan und Kurdistan bald nach der Revolution schwere Kämpfe. Es paßt in dieses Bild, daß Z. Brzezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, am 6.8.1979 angeordnet hatte, das Außenministerium habe alle Kontakte zu rassistischen und ethnischen Minderheiten im Iran zu koordinieren. Zwei Tage darauf erbot sich dazu bereits eine Möglichkeit. Ein gewisser Fereydon Afshar bat den als politischen Konsul der Teheraner US-Botschaft getarnten CIA-Agenten V. Tomseth um Unterstützung beim Aufbau einer paramilitärischen Organisation, die nach Unruhen in Aserbeidschan die neue Teheraner Regierung stürzen wolle. Hilfe wurde ihm zwar nicht zugesagt, aber F. Afshar erhielt eine sehr gute Beurteilung als der wohl fähigste und vielleicht einzige Mann, der seine Pläne bewerkstelligen könnte. Aber auch mit anderen Iranern verhandelten Botschaftsangehörige über Waffenlieferung der USA.

Bekannt wurden diese Gespräche, als nach der Besetzung der US-Botschaft im November 1979 zahlreiche dort vorgefundene Dokumente die Aktivitäten des CIA offenlegten. Bekannt wurde dabei auch, daß V. Tomseth über einen ungenannten Offizier der iranischen Armee Verbindungen zur „Forgan“-Gruppe unterhielt. Diese Terrorbande machte seinerzeit durch Anschläge auf führende Geistliche von sich reden.

Die Dokumente belegten ferner, daß der CIA zur wirtschaftlichen Destabilisierung des Iran Falschgeld verschiedener Währungen ins Land geschleust hatte. Zum anderen wurde auch, z.B. durch Luftwaffenattaché Oberst Schäfer, Geld geflüchteter Iraner außer Landes geschafft.

Im Juni 1979 kamen mit G. O'Keefe, der auch bundesdeutsche Pässe erhielt, sowie mit M. Kalp und W. Daugherty weitere Agenten zur Unterstützung des Chefs der Teheraner CIA-Station Thomas L. Ahern an. Botschafter B. Laingen billigte ausdrücklich den Einsatz von M. Kalp und W. Daugherty für ein „neues Programm“. Bei G. O'Keefe gefundene Dokumente sprechen von einer Operation „AJAX II“. Beziehungsreich; denn der Sturz der Regierung Mossadegh 1953 war vom CIA unter der Deckbezeichnung „Operation AJAX“ betrieben worden.

Das Bekanntwerden solcher Putschpläne gegen eine islamische Regierung hinderte die US-Regierung nicht daran, in der Propaganda gegen Afghanistan feudalistische „Rebellen“-Gruppen als „islamische Freiheitskämpfer“ oder religiös verfolgte Flüchtlinge zu verkaufen.

Zwar suchten US-Hilfsorganisationen wie CARE, zu der der CIA gute Drähte hat, den Anschein humanitärer Hilfe für die mehr als 20 „Flüchtlingslager“ entlang der pakistanisch-afghanischen Grenze zu vermitteln, aber dieses Image bröckelte sehr bald.

Bereits am 15.2.1980 meldete die Washington Post einen Beschluß des Kabinetts Carter, den „Flüchtlings“ Waffen zu liefern. Die Post vermutete als Lieferanten den CIA. In der Tat ist für Nachschub und Ausbildung der inzwischen nicht mehr dilettantischen „Rebellen“ eine CIA-Spezialeinheit verantwortlich, die sich aus Angehörigen der US-Botschaft in Islamabad (Pakistan) und des Konsulats in Karachi zusammensetzt. Leiter der Operation ist der in Islamabad akkreditierte CIA-Agent R. Lessard.¹¹

Um siegreiche Gefechte gegen „sowjetische Besatzer“ vorzuzugeln, lieferte nicht nur China Waffen sowjetischer Bauart. Anwar al-Sadat war es, der sehr zum Verdruß Washingtons die Weltöffentlichkeit vor seinem Ableben darüber informierte, Ägypten habe seine sowjetischen Waffen über geheime US-Kanäle an die „Rebellen“ geliefert. Wegen der großen Nachfrage habe man einige Waffen in Ägypten sogar originalgetreu nachgebaut.

Flüchtlinge, d.h. ausschließlich solche aus sozialistischen oder sozialistisch orientierten Staaten, waren vor allem zu Zeiten J. Carters ein Lieblingsthema der Propaganda. Dabei galt einigen ein spezielles Interesse – zum Beispiel kampucheanischen Flüchtlingen in thailändischen Lagern an der Grenze zu **Kampuchea**:

Selbst die bürgerliche Presse mag nicht mehr verheimlichen, daß diese Lager von konterrevolutionären und maoistischen Banden kontrolliert werden und Basen für Angriffe gegen Kampuchea sind. Die angeblich humanitäre Hilfe wird weitgehend von diesen Banden entwendet. Die UNICEF stellte ihre Hilfslieferungen nach Thailand zwar nicht ein, konzentriert ihre Bemühungen aber seit einiger Zeit auf die

Bekämpfung von Hunger und mangelnder medizinischer Versorgung in Kampuchea.

Eine der Gruppen, die sich „um die Flüchtlinge kümmern“, ist die US-amerikanische Kampuchea Emergency Group (KEG), offenkundig eine CIA-Organisation. KEG berichtet regelmäßig der CIA-Station in Bangkok; ihr Vietnam-erfahrener Flüchtlingskoordinator L.A. Rosenblatt hält die „Hilfe“ für eine „angemessene Fortsetzung unseres Krieges in Vietnam“.¹² KEG-Chef M. Eiland war damals Operationsoffizier einer Sondereinsatztruppe. Über beiden steht koordinierend ein ehemaliger Laos-Spezialist, J. Williamson, der gleichzeitig Berater einer Geheimdiensteinheit der thailändischen Armee („Task Force 80“) ist. Aufgabe dieser Einheit ist wiederum die „Überwachung“ der „Flüchtlingslager“; finanziert wird sie direkt durch die US-Botschaft in Bangkok.

Aus eben dieser Region zauberten Agenten „Beweise“ herbei, die Außenminister A. Haig am 13.9.1981 in West-Berlin vorstellte und denen zufolge die Vietnamesen in Kampuchea sowjetische biochemische Waffen einsetzten.¹³ Dieser Behauptung wurde sehr bald von Wissenschaftlern, die nicht als sowjetfreundlich zu verdächtigen sind, widersprochen. Man amüsierte sich nachgerade über die völlig unsinnige Behauptung, drei angeblich nachgewiesene Mycotoxine kämen in Südostasien nicht vor. In Beweisnot geraten, verkündete das US-Außenministerium am 10.11.1981, man habe urplötzlich weitere „Beweise“ des „gelben Regens“ erhalten. Das erschien nun selbst der bürgerlichen Tagespresse zu lächerlich, zumal eines der wichtigsten angeblichen Beweisstücke ausgerechnet das Söldner-Magazine „Fortune“ beigebracht hatte. Das Verwundern nahm noch zu, als dieser profunde „Beweis“-Lieferant kurz darauf demjenigen 100.000 Dollar versprach, der einen Beweis für den sowjetisch-vietnamesischen Einsatz von biochemischen Waffen vorlege.

Die gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten in letzter Zeit zunehmenden Vorwürfe der USA, diese würden biochemische Kampfstoffe einsetzen, dienen nicht nur zur Rechtfertigung, die eigenen Giftarsenale zu modernisieren und aufzustocken. Sie haben auch die Funktion, vom Einsatz dieser international geächteten Waffen durch die USA – etwa im Vietnamkrieg oder gegen Kuba – abzulenken.

Nach dem Scheitern einer Invasion auf Kuba und fehlgeschlagenen Versuchen zur Ermordung Fidel Castros begann der CIA, die Wirtschaft der ersten sozialistischen Republik in der westlichen Hemisphäre mit chemischen Mitteln zu sabotieren.

1971 mußten eine halbe Mio Schweine notgeschlachtet werden, um einer plötzlichen Epidemie des Afrikanischen Schweinefiebers Herr zu werden. 6 Wochen zuvor hatten, so deckte Newsday am 9.1.1977 auf, „mit Castro-feindlichen Terroristen in Verbindung stehende Agenten zumindest mit stillschweigender Unterstützung durch US-Beamte des CIA das afrikanische Schweinefieber nach Kuba eingeführt...“

Ende der 70er Jahre traten gleich mehrere mysteriöse Seuchen in Kuba auf. Schließlich äußerte Fidel Castro am 26.7.1981 seinen Verdacht einer bakteriologischen Kriegsführung durch die USA und forderte Washington zu einer Stellungnahme auf. Das US-Außenministerium wies den Verdacht als lächerlich und unbegründet zurück. Die Kette der Indizien allerdings ist bestechend:

Mehr als 100.000 Schweine, eine wesentliche Ernährungsgrundlage, fielen 1979 der Schweinepest zum Opfer. Dann kam es zu wesentlichen Belastungen für die kubanische Außenhandelsbilanz durch den Schimmelbefall von Tabakpflanzen und die Vernichtung eines Drittels des Zuckerrohrbestandes durch Zuckerrohrpilz. Mitte 1981 starben innerhalb von sieben Wochen 113 von 273.404 an Dengue-Fieber erkrankten Kubanern. Im September 1981 trat eine bluten-



Brutalität Marke CIA: Abgeschlagene Köpfe von Vietkong-„Verdächtigen“ in Sudvietnam (1967)



CIA-Mordopfer Che Guevara (1967)

de Bindehaut-Entzündung auf. Die Weltgesundheitsorganisation befand dieses als eine der beunruhigsten Entwicklungen der letzten Jahre, zumal Kuba in der Dritten Welt als das Land mit den besten hygienischen Einrichtungen gilt.

Während mit allen Mitteln versucht wird, Kuba, den vermeintlichen „Exporteur der Revolution“, zu destabilisieren, wurden von revolutionären Massenbewegungen bedrohte Regimes im mittelamerikanischen „Hinterhof“ der USA durch Militär- und Wirtschaftshilfe zu halten versucht.

Kurz nach dem Einzug der Sandinistas in Managua (Juli 1979) trafen am 13.10.1979 mit dem Staatssekretär für Lateinamerikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, W. Bowdler, mehrere CIA-Beamte in El Salvador ein, um ein „drittes Kuba“ in der Hemisphäre zu verhindern. W. Bowdler sorgte dafür, daß hinter der Fassade eines weitgehend zivilen salvadorianischen Kabinetts ultrakonservative Militärs die Macht behielten.

Gleichzeitig begann unter Leitung des Amerikanischen Instituts zur Förderung freier Gewerkschaften (AIFLD), einer CIA-Organisation, ein Programm der „Landreform“: Ihm zufolge sollte die Regierung mit US-Mitteln von den Großgrundbesitzern Land aufkaufen und in kleinen Parzellen an die Landarbeiter vergeben. In der Praxis sind diese kleinen Flächen allerdings unrentabel; die Bauern verschulden sich und müssen nach einiger Zeit wieder verkaufen. Aber R. Prosterman, Jura-Professor und Schöpfer dieses Plans – wie ähnlicher Projekte zuvor in den Philippinen, dem Iran und Südvietnam (vgl. Teil 1 der Serie in: AIB 4/1982, S. 34-37) – hofft, so der Guerilla den Zulauf und die Zusammenarbeit mit der Landbevölkerung entziehen zu können.

In El Salvador aber kam es weder zu einer bemerkenswerten Landverteilung noch zum Ende der Guerilla. Von den Bauern gewählte Leiter der neuen Kooperativen wurden nächsten Tags vom Militär oder rechten paramilitärischen Gruppen erschossen. Selbst bedroht, verlegte R. Prosterman sein Büro nach Kostarika. Im Dezember 1980 ernannte Cleto di Giovanni, ein ehemaliger CIA-Beamter, als Emissär des angehenden Präsidenten Reagan die Junta, „alle Reformen auszusetzen“.¹⁴

Dem kamen die Militärs (bis auf Präsident Napoleon Duarte und Agrarreformminister Morales Ehrlich waren mittlerweile alle Zivilisten desillusioniert aus der Junta ausgeschieden) nach. Das ursprüngliche Programm des CIA, das auf einige Reformen gesetzt hatte, war damit faktisch aufgegeben worden, was in einem – inzwischen veröffentlichten – „Dissent-Paper“ heftigen Protest von Kreisen des CIA, des Außenministeriums u.a. Regierungsbeamter nach sich zog. Am 3.1.1981 wurden die beiden wichtigsten Berater des AIFLD vor Ort und CIA-Agenten, M. Hammer und M.D. Pearlman, im sonst schwer bewachten Sheraton-Hotel von San Salvador von einem rechten Kommando erschossen.

Diese Gruppen werden vom ehemaligen stellvertretenden Geheimdienst-Chef El Salvadors, Ex-Major R. D'Aubuisson, geleitet, der im Verlauf seiner steilen Karriere auch in der CIA-Station Montevideo (Uruguay) vom Folterspezialisten des CIA, D. Mitrione, ausgebildet worden war. (D. Mitrione wurde 1970 von der uruguayischen Stadtguerilla „Tupamaros“ entführt und nach langen, veröffentlichten Verhören erschossen.) Der CIA schweigt sich über heutige Kontakte zu R. D'Aubuisson natürlich aus.

Unmittelbar nach Ronald Reagans Amtsantritt, im Februar 1981, veröffentlichte das US-Außenministerium ein „Weißbuch“, mit welchem eine sowjetisch gestützte, kubanisch-nikaraguanische „Einmischung“ in El Salvador bewiesen werden sollte. Es war in der Eile derart stümperhaft zusammengeschustert worden, daß es sehr bald als CIA-Produkt entlarvt werden konnte. Dennoch dienten solche „Beweise“ der Regierung Reagan als Rechtfertigung, die Waffenlieferungen und die Zahl der US-Militärberater enorm zu erhöhen.

Und es kamen einschlägig bekannte Leute auf die US-Spitzenpositionen in El Salvador: Deane Hinton, neuer Botschafter, war 1969-71 in Santiago (Chile) tätig. Der Chef der Militärberater, Oberst Eldon Cummings, war Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre leitender Militärberater des laotischen Generals Vang Pao. Er gilt als ein Mann des militärischen Geheimdienstes der USA, DIA.¹⁵ Ihm unterstehende Militärberater, Green Berets vom US-Südkommando in Panama, waren Anfang 1981 dabei, als Soldaten der salvadorianischen Armee das Foltern beigebracht wurde. Die Demonstrationsobjekte, zwei Kinder, wurden ermordet.¹⁶ Daß US-Militärs hier an Morden teilnahmen, ist letztlich konsequentes Ergebnis jener Carter-Doktrin, die ein regional begrenztes Eingreifen der US-Armee nicht mehr ausschließen wollte, und die von R. Reagan lediglich ihrer räumlichen Begrenztheit enthoben werden mußte.

Der Aufhebung des Clark-Amendments von 1976, welches die Unterstützung bewaffneter Gruppen gegen souveräne Regierungen, d.h. die Legalisierung interventionistischer Geheimdienst-Aktivitäten, implizit untersagt, gilt das besondere Augenmerk Reagan'scher Politik. Vor allem in Angola soll der CIA wieder freie Hand bekommen.

Neue Drähte zu J. Savimbi und Holden Roberto

Zu Zeiten J. Carters mußte die Unterstützung rechter angolanischer Gruppierungen noch durch verschiedene ominöse US-Institute organisiert werden.

Auf eine solche Einladung des „Freedom House“ hin hielt sich Jonas Savimbi, Chef der konterrevolutionären UNITA und ehemaliger Agent des faschistischen portugiesischen Geheimdienstes PIDE, im November 1979 in den USA auf. Neben etlichen einflußreichen Senatoren traf er dabei auch Minister J. Schlesinger, ehemaliger CIA-Chef. Und er begründete seine Freundschaft mit L. Kirkland, dem heutigen Chef des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO.

R. Reagan gestattete sich zunächst einmal die Interpretation, das Clark-Amendment beziehe sich nur auf Angola, beschränke Aktionen in anderen Staaten keineswegs und schließe auch nicht die „normale“ Unterstützung, was immer das sei, für angolanische Gruppen wie die UNITA und FNLA aus. Für das Frühjahr 1981 wurde J. Savimbi nach Washington eingeladen. Da der Besuch wegen starker öffentlicher Proteste abgesagt werden mußte, wick man nach Rabat (Marokko) aus. Dort trafen sich im März 1981 der Staatssekretär für Afrikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Lannon Walker, und mehrere CIA-Beamte mit J. Savimbi zu einem Gespräch, über dessen Inhalt Stillschweigen vereinbart wurde.

Schließlich kam der UNITA-Chef Ende März 1981 doch zu geheimen Gesprächen nach Washington und New York. Zur gleichen Zeit hielt sich eine Gruppe von CIA-Agenten mit UNITA-Verbänden in Angola auf.¹⁷ Einen Monat später fand sich der US-Amerikaner G.H. Taylor in angolanscher Haft wieder. Er war als Pilot eines „Überführungsfluges“ von den USA nach Südafrika bei dem Versuch festgenommen worden, die UNITA mit Instruktionen und Material zu versorgen. Er war bereits der 3. in Angola verhaftete Pilot der als CIA-Unternehmen verdächtigten Globe Aero Ltd, der sich angeblich verfliegen hatte.¹⁸

Laut J. Savimbi erhält solch ein Pilot pro Flug etwa 35.000 Dollar. Zugleich aber erklärte er, zwischen 1977 und 1980 insgesamt nur 10 Mio Dollar Unterstützung bekommen zu haben. Die Antwort auf die Frage nach den neuen Geldquellen dürfte bei CIA-Direktor W. Casey zu finden sein, der sich vorzugsweise dem Verfassen von Memoranden widmet, in denen er mehr logistische Unterstützung für rechte Gruppen „besonders in Angola“ fordert.¹⁹

Auch zu Holden Roberto, Chef der FNLA, der zumindest zeitweilig schon in CIA-Sold gestanden hat, wurde Kontakt aufgenommen. Ein Agent der US-Botschaft in Paris besuchte ihn in seinem vom französischen Geheimdienst SDECE zur Verfügung gestellten Wohnsitz, „um in Erfahrung zu bringen, inwieweit Roberto willens und in der Lage sei, seinen 'Dienst' wieder aufzunehmen. Die US-Regierung sei bereit, Druck auf Zaire auszuüben, um ihm seine Rückkehr nach dort zu ermöglichen“.²⁰

Die Reaktivierung der FNLA scheint gescheitert zu sein – sei es an Verträgen zwischen Zaire und Angola oder an der Animosität von Zaires Präsident Mobutu gegenüber seinem Schwager H. Roberto. Ende 1981 tauchte plötzlich eine neue angolafeindliche Organisation auf, die in 15 Lagern im

Grenzstreifen Zaires zu Angola 2.000 Guerilleros, die von Amerikanern, Israelis, Ägyptern und europäischen Söldnern ausgebildet wurden, bereithalten soll. Diese COMIRA (Militärausschuß für angolanschen Widerstand) genannte Truppe, die mit der UNITA verbündet ist, würde durch US-Flugzeuge mit Nachschub versorgt. Direkte Aktionen gegen Angola würden durch die US-Berater aber erst zu einem geeigneten Zeitpunkt zugelassen.²¹

Als im Sommer 1981 südafrikanische und UNITA-Truppen Angola überfielen, war Washington schon vorab informiert worden und hatte seine Zustimmung erteilt.²² Verdeckte Informationsflüsse zwischen Südafrika und den USA – Angola ist nur eines der Opfer. *Fortsetzung folgt*

Anmerkungen:

- 10) Zit. nach: U.S. News & World Report, Washington, 11.12.1978, S. 42; im folgenden vgl. u.a.: rote Blätter, Bonn, Nr. 4/1980
- 11) Vgl. hierzu und im folgenden: International Herald Tribune (IHT), Zürich, 24. und 25.9.1981, sowie AIB 2/1980 und 7-8/1980
- 12) Vgl. AIB 10/1980, S.19
- 13) Vgl. CounterSpy, Washington, Jg. 6 Nr. 2/Februar-April 1982, S. 6-7
- 14) Vgl. hierzu und im folgenden: W. Poelchau/Ph. Agee, CIA gegen El Salvador, Hamburg 1981; sowie Konkret, Nr. 3/1982, S. 48-53
- 15) Vgl. Covert Action Information Bulletin (CAIB), Washington, Nr. 12/April 1981, S. 11 f.
- 16) Vgl. IHT, 12.1.1982
- 17) Vgl. CAIB, Nr. 13/Juli-August 1981, S.10
- 18) Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 7.5.1981 sowie CAIB, Nr. 13/Juli-August 1981, S. 18-19
- 19) Vgl. CounterSpy, Jg. 6 Nr. 1/November 1981 – Januar 1982, S.18
- 20) Die Neue, 15.4.1981
- 21) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24.-27.12.1981
- 22) Vgl. AIB 10/1981, S.5

rote-blätter-Spendenaufruf

Im Januar 1980 veröffentlichten die roten blätter einen Artikel, der die Zusammenarbeit und Weitergabe persönlicher Daten von Studenten und Hochschulangehörigen an Verfassungsschutz und politische Polizei – zum Teil per Telefon – durch Universitätsverwaltungen nachwies. Drei Wochen nach Veröffentlichung des Artikels, am 22. Januar, besetzten rund 50 Polizisten das Büro der Redaktion. Materialien wurden beschlagnahmt, ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet, rund 100 Zeugen bundesweit vernommen. Die Akten der Staatsanwaltschaft schwollen auf 1000 Blatt an. Trotzdem mußte die Staatsanwaltschaft das Verfahren nach einem Jahr einstellen. Dazu hat die öffentliche Resonanz, haben die vielen Solidaritätserklärungen beigetragen.

Obwohl das Verfahren eingestellt wurde, sind uns Kosten in Höhe von 20 984,19 DM entstanden (Nicht einberechnet die ungezählten Arbeitsstunden):

3534,26 DM Kosten für zwei Rechtsanwaltsbüros. Diese Mindestsätze werden trotz der Einstellung des Verfahrens nicht von der Staatskasse getragen.

5 000,— DM Schmerzensgeld für den Clausthal-Zellerfelder Regierungsrat Drerup. Die roten blätter hatten ein Telefongespräch veröffentlicht, in dem ein Clausthal-Zellerfelder Beamter aus dem Lebenslauf einer Studentin in einem fingierten Telefongespräch mit der politischen Polizei vorlas. Da nicht Drerup persönlich aus der Akte vorlas, wie der rote-blätter-Autor annahm, sondern sein Mitarbeiter, verlangte Drerup 10 000 DM Schmerzensgeld. In der zweiten Instanz wurden ihm immerhin 5000 DM zugesprochen.

3651,47 DM Rechtsanwaltskosten für das Drerup-Verfahren durch zwei Instanzen einschließlich eines Anteils an den Kosten für Drerups Rechtsanwälte.

8798,46 DM Kosten für Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem eine Extraausgabe der roten blätter, ein Sonderheft, Raummiete für Pressekonferenzen, Rundschreiben usw. haben zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens beigetragen.

Die roten blätter möchten auch in Zukunft solche Praktiken aufdecken. Dafür brauchen wir die finanzielle Unterstützung unserer Leser. Darum bitten wir alle unsere Leser um eine Spende. Wir haben dafür ein Konto eingerichtet: Postscheckamt Köln 3185 27-505, Franz Sommerfeld, Buschstraße 81, 5300 Bonn. Auf dieses Konto kann auf jedem Postamt eingezahlt oder von jedem Bankkonto überwiesen werden.

Anti-Apartheid-Bewegung Rüstungsgüter an Südafrika

Weitere Beweise für die Fortdauer der militärischen Zusammenarbeit zwischen dem Apartheidregime Südafrikas und der Bundesrepublik Deutschland legte Mitte März d.J. die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) der Öffentlichkeit vor. In der Broschüre „Daimlers Rüstung für Südafrika“ kommt die AAB zu folgenden Ergebnissen.

Daimler Benz liefert militärische Güter in „Spannungsgebiete“, z.B. nach Peru, Argentinien, El Salvador und an das von den Vereinten Nationen als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnete Apartheidregime in Südafrika. Nach Südafrika lieferte Daimler Benz u.a. Zugmaschinen für den Panzertransport (1974), Militärlastwagen (seit 1973), Spezialmotoren für Schnellboote (MTU – 50% Daimler –, 1976), Motoren für Minensuchboote (MTU, 1980) und Triebwerke für Militärtransportflugzeuge Transall C-160 (MTU, 1969).

Zwei Beispiele aus jüngster Zeit belegen die Beteiligung von Daimler Benz und Bundesregierung an der Aufrüstung Südafrikas:

1. In der Nähe von Kapstadt in Südafrika wird derzeit die Firma Atlantis Diesel Engines (ADE) aufgebaut. Mit Lizenzen und Konstruktionsplänen von Daimler Benz werden dort Dieselmotoren produziert – nach 1984 40.000-50.000 Stück – angeblich nur für LKWs und Traktoren. Bereits im November 1978 erfolgten Lizenzvergabe und Vertragsabschluss mit der südafrikanischen Staatsfirma.

Bonn mitverantwortlich an RSA-Aggressionspolitik

Strategisch-militärische Überlegungen stehen bei dieser Produktion im Vordergrund:

- Seit 1978 ist der Jeep der südafrikanischen Armee „Trax“ wahlweise mit einem 3,7 Liter-, 4 Zylinder-Motor von Daimler Benz ausgestattet, welcher dem ADE-Typ 314 entspricht.
- Die militärische Einsatzfähigkeit von ADE-Motoren ergibt sich aus den hohen PS-Stärken bis 607 PS; solch starke Motoren sind nur für Spezialeinsätze bestimmt und können Panzer antreiben.
- Der Daimler-Benz-Direktor Helmut Schmidt bestätigte

1981 zusätzlich, daß die mit ADE-Motoren hergestellten Fahrzeuge auch an das südafrikanische Militär geliefert werden könnten.

Daimler Benz verletzt mit seinem Lizenzvertrag für ADE und die Überlassung von Konstruktionsplänen das bindende Waffenembargo des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die Bundesregierung hätte aufgrund der geltenden Rechtslage dieses Geschäft mit Südafrika verhindern müssen.

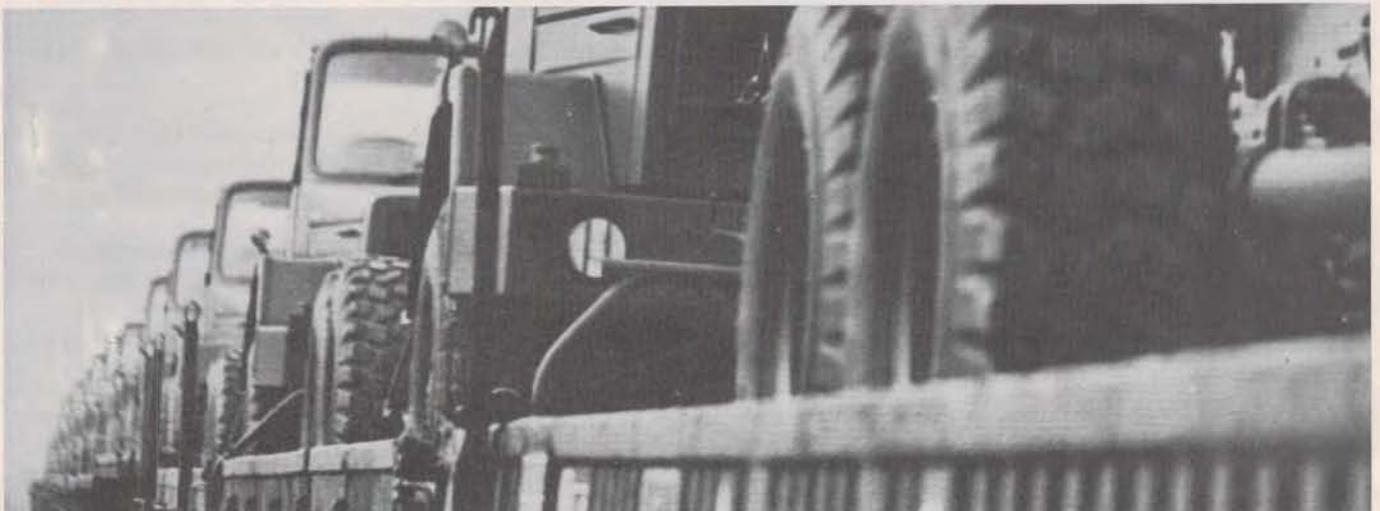
2. Daimler Benz lieferte und liefert seit 1973 bis 1981 mehrere Tausend Unimogs zum größten Teil an das südafrikanische Militär, was weder von Daimler Benz noch von der Bundesregierung bestritten wird.

Die Bundesregierung behauptete 1977 sogar, daß es keine Militär-Unimogs gibt; tatsächlich gehört der Daimler-Benz-Unimog nach der Einstufung des Verteidigungsministeriums in die Kategorie III der Militärfahrzeuge. 1981 erklärte die Bundesregierung dann auf eine entsprechende Anfrage des SPD-MdB Peter Conradi eindeutig entgegen der gültigen Rechtslage, diese Version des Unimog mit „Teilmilitarisierungen“ (z.B. Waffenhalterung, militärischer Werkstattwagen, Dachschießbluke, schußsicherem Führerhaus, Tarnbeleuchtung und schußsicherer Bereifung) sei gar nicht genehmigungspflichtig.

Die angesprochenen Militär-Unimogs von Daimler Benz gelten als „Standardfahrzeuge“ der südafrikanischen Armee. Seit 1975 wurden von Südafrika Militär-Unimogs bei Überfällen nach Angola eingesetzt.

Die Bundesregierung und Daimler Benz tragen mit diesen Geschäften Verantwortung für die Aggressionshandlungen des Apartheidregimes gegen die Frontstaaten. Mit ihrem Wissen, Billigung bzw. Genehmigung unterstützt die Bundesregierung die Expansionspolitik des Apartheidstaates. Die Anti-Apartheid-Bewegung verurteilt alle Rüstungsexporte nach Südafrika. Die Bundesregierung bleibt im UNO-Jahr der „Mobilisierung für Sanktionen gegen Südafrika“ aufgefordert, den verbalen Bekundungen über die Einhaltung der Waffenembargos von 1963 und 1977 Taten folgen zu lassen und Maßnahmen für einen umfassenden Wirtschaftsboykott zu ergreifen.

(Quelle: AAB-Pressemitteilung, Bonn, 16.3.1982)



Schwere Militär-Lkws bei der Verschiffung von Bremen nach Durban

80 Jahre Beendigung des Burenkrieges

Oktober 1901. Der grausam geführte Krieg des britischen Empire gegen die „Burenrepubliken“ Oranje-Freistaat und Südafrikanische Republik (Transvaal) geht ins dritte Jahr. Beide Länder sind von britischen Truppen besetzt. Auf einer geheimen Sitzung auf einer Farm erklärt der Präsident des Freistaates, Marthinus Steyn: „Alle diese Greuel müssen geschehen, um uns zu einer großen Afrikaaner-Nation zu machen. Wir wollen keinen Frieden schließen, ehe nicht ein vereinigtes Südafrika ausgerufen werden kann.“

Der Friede wurde am 31. Mai 1902, vor 80 Jahren, in Vereeniging geschlossen. Er billigte den überwiegend holländisch-stämmigen Siedlern, den sich „Afrikaaner“ nennenden Buren, den moralischen und politischen Sieg zu, der später mit der Bildung der Südafrikanischen Union als Einheitsstaat am symbolischen 31. Mai 1910 besiegelt wurde. Opfer dieser britischen Politik wurden die afrikanischen Bewohner der beiden einstigen Burenrepubliken, denen die Gleichberechtigung vorenthalten bleiben sollte. Die entscheidende Klausel lautete: „Die Frage des Stimmrechts der Eingeborenen wird nicht vor der Einführung der Selbstregierung (1910 also) entschieden werden“ – mit anderen Worten: es würde sie nicht geben.

London erkaufte sich die stets nur bedingte Loyalität der Buren mit der Preisgabe eben jener formalen Gleichberechtigung der Afrikaner, wegen deren Einführung in der Kap-Kolonie durch die Briten im Jahre 1835 die Buren 1836 zu ihren großen Trecks ins Landesinnere aufgebrochen waren. Und nach Brechung des Widerstandes der afrikanischen Stämme 1852 und 1854 hatten sie ihre beiden Republiken gegründet: halbfeudale Farmergemeinschaften, basierend auf dem Glauben an Bibel und Gewehr.

Ein Feldzug zur Sklavenbefreiung war Englands Krieg gegen die Buren freilich nie. Im Vordergrund standen Profitinteressen an den Diamantenvorkommen des Oranje-Gebietes (1867 entdeckt) und den 1884 im Transvaal erschlossenen Goldgruben sowie die Frage der politischen Gleichberechtigung jener großenteils britischen Zuwanderer, die aufgrund dieser Funde in die beiden Territorien geströmt waren. Sie wurde ihnen von den Buren aus der nicht unberechtigten Furcht verweigert, ihre Souveränität gegenüber den britischen Ansprüchen einzubüßen: Immerhin stellten diese sog. „uitlanders“ die Hälfte der Bewohner.

Im Kern ging es um die Beherrschung des gesamten Südafrika und damit britischerseits um die Realisierung des strategischen Ziels, ein zusammenhängendes Kolonialgebiet von Suez bis zum Kap der Guten Hoffnung zu schaffen. Protagonist dieses Ziels war Cecil Rhodes, Finanzmagnat und Politiker, Herr über die allmächtige Chartered Company im 1890 unterworfenen Rhodesien wie über den Diamantentrust DeBeers (beide gehören heute zum Anglo-American-DeBeers-Konzernimperium), Inbegriff des „modernen Imperialisten“. Ihm stand neben Präsident Steyn Paul Krüger gegenüber, der Präsident der Transvaaler Republik, Symbolfigur des fundamentalistisch bibeltreuen burischen Nationalismus (der bis zu seinem Tode bestritt, daß die Erde eine Kugel ist) und Feind des modernen Kapitalismus, der mit dem Vordringen britischer Finanziers und der „freien“ Lohnarbeit im Goldbergbau die Grundlagen der burischen Siedlergemeinschaft lieferte.

Die burischen Interessen machte sich der deutsche Imperialismus zunutze. Die Rivalität zwischen England schlug sich in burenfreundlicher Propaganda nieder. Kaiser Wilhelm II. demonstrierte seine versammelte politische Ignoranz durch die „Krüger-Depesche“, ein Glückwunschtelegramm zur erfolgreichen Abwehr eines von Rhodes inszenierten Kommandounternehmens („Jameson Raid“) im Jahre 1895, das die Beziehungen zu England sinnlos belastete. Andererseits blühte das Geschäft. Deutsche Firmen lieferten eine komplette Eisenbahnlinie zum portugiesischen Delagoa Bay (Moçambique), hatten zeitweilig 300 Mio Goldmark im Transvaal investiert, statteten dessen Truppen mit Krupp-Kanonen und Mauser-Gewehren aus.

1899 spitzte sich der Konflikt nach vergeblichen Verhandlungen zu. England forderte weitgehende Rechte, in die inneren Angelegenheiten des Transvaal einzugreifen. Die Regierung Krüger antwortete am 11. Oktober mit der Kriegserklärung und einem raschen Vorstoß, der die noch schwachen britischen Einheiten in die Defensive zwang. Sie wurden eingekesselt, kapitulierten jedoch nicht. Aus dem eingeschlossenen Mafeking schickte der britische Kommandeur Baden-Powell Jungen als Kundschafter gegen die burischen Linien. Es war die Geburt der „Pfadfinder“(„boy scout“)-Bewegung, deren erster Präsident Baden-Powell werden sollte.

Eine militärische Entscheidung vermochten die in ihrer traditionellen Kommandotaktik – kleine berittene Einheiten – operierenden



Burenführer Cronje ergibt sich Lord Roberts (Februar 1900)

Buren nicht zu erzwingen. Britische Verstärkungen und deren konventionelle Kriegführung führten zur Besetzung der Burenrepubliken bis Ende 1900. Lord Roberts glaubte, den Sieg errungen zu haben.

Doch der Charakter des Krieges änderte sich. Unter der Führung der Generäle Luis Botha, J. Hertzog und J.C. Smuts gingen etwa 6.000 Siedler dazu über, ihre traditionelle Taktik in Form eines Guerillakrieges anzuwenden. In dem riesigen Gebiet vermochten die britischen Truppen die von ihren Farmen aus operierenden Trupps, die sogar Vorstöße in die Kap-Kolonie unternahm, nicht unter Kontrolle zu bringen.

In dieser Situation übernahm Lord Kitchener, der kurz zuvor die Mahdi-Aufstände im Sudan hatte niederschlagen lassen, die Initiative. Kitchener-Biograph Hodges vermerkt lapidar: „Im Frühjahr 1901 erprobte Kitchener ein neues System. Er hatte sich entschlossen, das Operationsgebiet in eine Wüste zu verwandeln.“

Das war wörtlich zu nehmen. Es begann mit der Aufteilung des gesamten Landes durch Stacheldrahtzäune in Sektoren, der systematischen Einäscherung der burischen Farmen und der Zusammenpferchung von Kindern, Frauen und Alten in „Konzentrationslagern“, was dem Krieg sein barbarisches Gesicht geben und weltweite Empörung hervorrufen sollte. 26.000 Frauen und Kinder kamen in diesen Lagern um.

Allerdings: Angesichts derselben mangelhaften hygienischen Verhältnisse und der unzureichenden Ernährung starben auch Tausende britischer Soldaten – ein Umstand, den die namentlich in Deutschland geschürte Buren-Manie nur zu gern unterschlug.

Eine offene Parteinahme für die Buren unterließ Berlin wohlweislich: Deutsche Banken besaßen Anteile britischer Firmen, die in Südafrika engagiert waren. Auf den Beweis, daß eine barbarische Kriegführung keineswegs ein britisches Privileg war, brauchte die Welt ohnehin nicht lange zu warten: Der Völkermord im Hererokrieg von 1904 bis 1907 in „Deutsch-Südwestafrika“ demonstrierte es, wenngleich weniger beachtet, waren die Opfer doch „nur“ afrikanische „Wilde“.

Auf eine unerwartete Weise begünstigte Kitcheners „Konzentrierung“ der Angehörigen die Kriegführung der Kommandos; sie waren die unmittelbare Sorge um ihre Frauen und Kinder los, die in den Lagern untergebracht waren. Deshalb entschloß sich die britische Regierung im Frühjahr 1902 zu einem formellen Frieden. Botha, Hertzog und Smuts (die in dieser Reihenfolge ab 1910 bis 1948 die Geschichte der Union bestimmten), Steyn und der Nachfolger Krüger, Schalk Burger, wurden zu Verhandlungen geladen. Sie mußten sich mit dem Verlust der Souveränität ihrer Republik abfinden, doch bot ihnen London die innere Selbstverwaltung an und verzichtete auf das Prinzip der Rassengleichheit.

Die Konzessionen Großbritanniens wurden zum Fundament, auf dem der burische Nationalismus ab 1910 stetig seine politische und ökonomische Machtentfaltung betrieb. 1948 triumphierte der Wahlsieger der burischen Nationalpartei, der Prediger der Niederländisch-Reformierten Kirche Südafrikas, Dr. Daniel F. Malan: „Heute gehört uns wieder Südafrika. (...) Gebe Gott, daß es immer so bleiben möge!“

J. Ostrowsky

Medienpakete zur Dritten Welt

Innerhalb weniger Jahre hat sich ein kleiner Verlag einen guten Namen gemacht: die Network Medien-Cooperative (Hallgartenstr. 69, 6000 Frankfurt 60). Wesentliches Arbeitsgebiet der Medien-Cooperative ist die Herausgabe von Medienpaketen, Ton-Cassetten zu unterschiedlichsten, nicht nur musikalischen Themen, denen erläuternde Begleitbücher zugefügt sind.

In dem inzwischen recht beachtlichen Verlagsprogramm – hier gibt es auch viele weitere Anregungen für pädagogische und politische Arbeit – finden sich 4 Medienpakete zur Musik in und aus der Dritten Welt:

Dollar Brand, Good News from Africa, 1 Cass., ges. 90 Min., Begleitbuch von J. Solothurmann, 42 S., Bestell-Nr. 10.605, 16,80 DM

Kapingbdi/Liberia, Hey Brother, 1 Cass., ges. 60 Min., Begleitbuch von P.M. Michels, 72 S., Bestell-Nr. 20.608, 19,80 DM

Haiti – Voodoo, Rasta – Jamaica (Kulte und Musik der Karibik), 1 Cass., ges. 90 Min., Begleitbuch von P.M. Michels, 105 S., Bestell-Nr. 10.607, 19,80 DM

Steelbands aus Trinidad, 2 Cass., ges. 150 Min., Begleitbuch von P.M. Michels, 79 S., Bestell-Nr. 10.606, 24,80 DM.



Das den südafrikanischen Jazz-Pianisten Dollar Brand/Abdullah Ibrahim vorstellende Medienpaket trägt seinen Titel zu recht: Eine umfassendere und spannendere Zusammenstellung von Aufnahmen aus vier ENJA-LPs der Periode 1969-79, ein besserer Überblick über Dollar Brands jüngere Entwicklung und Schaffen ist mir nicht bekannt. Auch jemand, der sonst nicht gerade eine Ader für Jazz hat, dürfte von der Eindringlichkeit und Melodik dieses Jazzers überrascht sein. Dabei ist seine Musik kaum einzuordnen. Als Grund könnte angeführt werden, daß sie stark von südafrikanischer Volksmusik und islamischem rituellem Gesang geprägt ist.

Mir gefallen besonders Kompositionen, die wie „Namhanje“ und „Ntsikana's Bell“ deutlich afrikanische traditionelle Themen zum Ursprung haben. Dollar Brands Piano und der vom Xhosa J. Dyani gespielte Baß klingen dabei ganz ähnlich wie alte südafrikanische Instrumente. Melodische Figuren, kurze und prägnante textliche Aussagen werden in der für südafrikanische Musik typischen Art wiederholt, dabei aber intuitiv abgewandelt.

Großen Raum nehmen gefühlvolle nordafrikanisch-arabisch inspirierte Kompositionen ein. Es sind fast durchweg hymnische, ruhige-meditative Lobgesänge auf Allah. Aber auch in ihnen sind teilweise südafrikanische Chor- und Musizertechniken eingeflochten. Diese Komplexität und der enorme Abwechslungsreichtum tragen wesentlich zu Spannung bei, mit der man „Good News from Africa“ hört. Afrikanische Musik auf Feten? Warum nicht? Schließlich gibt es Kapingbdi. Die Rythmen auf Seite A dieser Cassette gehen ohne Umweg von den Ohren in die Beine. Die Eindringlichkeit afrikanischer Rythmen, die Intuitivität des Jazz und die Fetzigkeit des Rock ergeben eine am besten als „high life“ zu beschreibende Atmosphäre. Dieses wohlausgefeilte Konglomerat resultiert aus dem Werdegang dieser liberianischen Musiker durch zahlreiche Bands und Stilrichtungen.

Aus drei Platten, die bei Europa-Tourneen von „Trikont“ aufgenommen wurden, ist diese Cassette zusammengeschnitten. Dabei findet sich auf der B-Seite traditionellere Musik – glücklicherweise, denn die Gruppe bezieht sich auf die „roots“, die Wurzeln der eigenen Kultur, aber eben ohne in der Vergangenheit stehen zu bleiben, als sei seitdem nichts mehr passiert. Es ist nur logisch, daß dann auch die Texte dem heutigen Afrika ebenso angepaßt sind wie die Musik. Zentrale Themen sind Menschenrechte und der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung.

Kampfgenossen sind für Kapingbdi nicht nur afrikanische Brüder und Schwestern. Sie teilen eine durchaus globale Sicht ihrer Verbündeten wie ihrer Gegner. Diesen mit Macht ausgestatteten „Big Brothers“ wird im Song „Hey Brother“ entgegengerufen: „Hey Brother, was machst du da oben? Wir wollen es wissen... Sag es uns jetzt!“ In Liberia, wo die schwarzen zurückgekehrten Nachfahren afroamerikanischer Sklaven ihre afrikanischen Brüder ausbeuten und unterdrücken, kam derlei sofort an. Der Titel war nach der Revolution 10 Wochen in den Tops. Präzise und knappe Texte, auch wenn die Gruppe manchmal etwas moralisierend wirkt, dürften wesentlich zum schon vor der Revolution begründeten Erfolg der Kapingbdi beigetragen haben.

Jenseits des Atlantiks, in der Karibik, bedeutet der Kult ihrer aus Westafrika als Sklaven verschleppten Vorfahren heute einem großen Teil der Bevölkerung eine verbleibende Quelle von Identität. Diese Kulte und ihre Musik versucht das Medienpaket Haiti – Voodoo, Rasta – Jamaica vorzustellen. Beiden ist jeweils eine Seite der Cassette gewidmet, worauf hier nur kurz eingegangen werden soll; denn ich halte – um es vorweg zu nehmen – die Cassette allenfalls für ausgesprochene Voodoo- und Rasta-Fans von Interesse.

Die Seite A besteht aus dem Mitschnitt einer Voodoo-Zeremonie aus Haiti. Davon kann man kein musikalisches Erlebnis erwarten. Der Geräusch-Montone – die Aufnahmequalität ist den Live-Bedingungen entsprechend – ziehe man die immerhin recht interessante Lektüre des Begleitbuches vor, welches die Jahrhunderte alte Rolle des Voodoo erklärt.

Die sich mit dem Rasta-Kult und seiner Ideologie befassende B-Seite der Cassette hat ähnliche Schwächen. Die Mitschnitte einer Zeremonie werden durch Erklärungen zweier Reggae-Musiker ergänzt, die auch im Buch abgedruckt sind – und die Cassette überflüssig machen.

Anders ist das Medienpaket Steelbands in Trinidad. Es ist gar nicht so einfach, gute Platten, d.h. kein US-Verschnitt, dieser bis zu 100 Spielern starken Gruppen zu bekommen, die aus gestimmten Ölfässern jenen unverwechselbaren Sound heraustrommeln, der sofort Urlaub oder Karneval assoziiert. Und was aus der ersten Cassette dieses Medienpakets herausprudelt, ist so mitreißend und strotzend vor Überraschungen, daß man die teilweise recht schwache Qualität einiger Live-Aufnahmen gern in Kauf nimmt, weil es zur Stimmung dazugehört.

Das ist entfesselte, scheinbar chaotische Musik, die aus den Unterschichten des Volkes kommt, aber die Gruppen sind höchst diszipliniert. Die Spieltechniken sind ungemein verfeinert, die kostspieligen Drums wurden in ihrer akustischen Reinheit und im Tonumfang auf beste Qualität gebracht. Sehr viele Musiker können zwar nicht Noten lesen, aber gespielt wird so exakt, daß alle Bands auch klassische Musik in ihrem Repertoire haben.

Alljährlicher Höhepunkt des Neujahr beginnenden „Carnival“ ist der „Panorama“-Wettbewerb der Steelbands. Seite B der ersten Cassette bringt Mitschnitte aus den Wettbewerben von 1978 und 1980. Hier zeigen die Bands ihr ganzes Können, und das Publikum hält mit seiner Begeisterung nicht zurück. Diese gelöste und manchmal ekstatische Stimmung ist auf der Cassette so gut eingefangen, daß sie nachfühlbar, vorstellbar wird.

Dazu ist auch das Begleitbuch sehr informativ. Es erläutert die verschiedensten Aspekte der Musik von ihren sozialen Ursprüngen bis zu den heutigen Schwierigkeiten der Steelbands. Die gekürzt enthaltenen Erzählungen alter Spieler und Tuner finden sich auch auf Seite A der 2. Cassette. Auch wenn sie recht viel Stimmung vermitteln, wird derlei nicht jedermanns Sache sein. Und mancher, mich eingeschlossen, hätte zumindest auf der B-Seite dieser Cassette sicherlich statt der infernalischen Geräuschkulisse der Herstellung von Steelbands lieber mehr von dieser flockigen Musik gehabt. Die erste Cassette dagegen wird man öfter einlegen. Sie allein lohnt schon das ganze Medienpaket – ein seltenes Tondokument.

L. Schmitz

Freundeskreis Grenada

Zum 3. Jahrestag der Revolution in Grenada am 13.3.1982 hat sich ein Freundeskreis Grenada-BRD gebildet. Auf einer breiten Basis soll durch Informationsarbeit und Solidaritätsaktivitäten ein Beitrag zur Unterstützung des bedrängten Grenada (siehe AIB 3/1982) geleistet werden.

Nähere Informationen können angefordert werden bei: FK Grenada-BRD, c/o Herbert Lederer, Obere Fuhr 36, 4300 Essen. Spenden sind erwünscht auf das Konto des Freundeskreises Grenada-BRD: Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, Konto-Nr. 260758 1600 (BLZ 500 101 11).

El-Salvador-Prozeß

6.400 DM Geldstrafe, so lautet das Urteil des Stuttgarter Landgerichts gegen vier Bürger. Sie sollen Parolen, „in denen für freiheitliche Verhältnisse in El Salvador geworben“ und „Kritik an der BRD zum Ausdruck gebracht wird“ (laut Anklage), an Hauswände gesprüht haben.

Obwohl das Gericht in seiner Begründung das Engagement für die Menschenrechte in El Salvador „würdigte“, hielt es seine sehr zweifelhafte Beweisführung aufrecht – der angebliche Tatzeuge blieb weiter unauffindbar –, und verurteilte J. Bieniek und Freunde wegen Sachbeschädigung fremden Eigentums. Die Gesamtkosten belaufen sich nun auf 14.200 DM.

Um diese Summe aufbringen zu können, sind die vier Verurteilten dringend auf Solidaritätsspenden angewiesen. Spenden an: Jürgen Bieniek, Stuttgart, Landesgirokasse Stuttgart, Konto: 784 59 69, Stichwort: „Sprüherprozeß“.

Brasilien: Spendenaktion

Seit März d.J. besteht für 212 landlose Familien in Südbraziliens Bundesstaat Rio Grande do Sul die Chance für ein gesichertes Leben. Nach vier Jahren Kampf gegen bürokratische Ignoranz und Bedrohung durch Uniformierte haben die Landarbeiter nun vorerst ein 108 ha großes Gebiet, das von ihnen „Nova Terra“ (Neues Land) genannte Camp, zur Bearbeitung erhalten. Der Boden wurde durch eine Anzahlung von etwa 25.000 DM von einer Solidaritätsbewegung erstanden. Die noch fehlenden 425.000 DM müssen bis Ende Mai 1982 aufgebracht werden, wozu die Kirche einen erheblichen Beitrag leisten will.

Um diesen wichtigen Kampf brasilianischer Landarbeiter seit den 60er Jahren erfolgreich beenden zu können, bitten engagierte bundesdeutsche Entwicklungshelfer dringend um Spenden auf das Konto von W. Greiner, Kreissparkasse, 8431 Freystadt, Kto. Nr. 2867323, Verwendungszweck: Cactus-Solidarität.

**Adressenänderung
bitte rechtzeitig bei Redaktion
und Post bekanntgeben!**

Netzwerk gegen Agrarmultis

Auf Einladung des niederländischen Transnational Institute trafen sich Ende 1981 Vertreter aus acht westeuropäischen Ländern zur Gründung eines Internationalen Netzwerks gegen Agrarmultis.

Als erster Schritt wurden fünf Arbeitsschwerpunkte zu Futtermittelimport/Getreidehandel, Agrochemie, Nahrungsmittelverarbeitung/Neue Technologien, Soziale Konsequenzen der EG-Politik für die Bauern und Einfluß der Banken im europäischen Agrobusiness gebildet. Es soll zunächst die Tätigkeit europäischer Unternehmen und US-Filialen in Europa untersucht werden. Eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Gewerkschaften wurde als notwendig erachtet.

Das nächste Treffen ist für den 5. Juni 1982 in London geplant. Intensive Recherchen sollen der Solidaritätsarbeit in diesem Bereich neue Impulse geben.

Gruppen und Interessenten können sich an folgende Adresse wenden: TIE, c/o Transnational Institute, Paulus-Potterstraat 20, 1071 DA Amsterdam, Niederlande.

Dritte-Welt-Tourismus

Der Schweizer Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung (c/o Brot für Brüder, Missionsstr. 21, CH-4003 Basel) hat soeben eine Broschüre herausgebracht, die für alle Dritte-Welt-Reisenden von Interesse sein dürfte:

Ueli Mäder/Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung. **Fluchthelfer Tourismus: Wärme in der Ferne?**, Rotpunkt-Verlag, Zürich 1982, 144 S., 7,60 sFr.

Darin wird nicht nur der entwicklungspolitische Wert des Massentourismus in der Dritten Welt problematisiert, sondern auch die verschiedensten Formen des vermeintlichen Alternativtourismus („Rucksack-Tourismus“, „Polit- und Expertentourismus“, „Revolutionstourismus“) hinterfragt.

Ausländerpolitik

Über 100 Vertreter von Initiativgruppen, Gewerkschafter, Lehrer und Professoren kamen Ende März d.J. in Düsseldorf zu einem Forum „Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Solidarität mit den ausländischen Arbeitern – Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ zusammen, zu dem die Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei eingeladen hatte.

In fünf Arbeitsgruppen wurde über die Hintergründe der wachsenden Ausländerfeindlichkeit diskutiert, die Ausländerpolitik der Bundesrepublik und der Länderregierungen kritisiert. An die Bundestagsfraktionen richteten die Teilnehmer des Forums einen Protestbrief mit der Aufforderung, nicht zuzulassen, daß die Ausländer Menschen zweiter Klasse werden.

Gegen die Verhaftung Orhan Apayadins, des Verteidigers im Prozeß gegen 52 DISK-Gewerkschafter, protestierte die Initiative in einem Schreiben an den Botschafter der Türkei. Gleichzeitig wurde Bundeskanzler H. Schmidt dazu aufgefordert, sich dem Protest gegen die Verletzung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Türkei anzuschließen.

Buchtips: Türkei

AKE - Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V.



Regnet es in Anatolien?

Erlebnisse, Gespräche und Informationen
aus der Türkei

Der Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V., der seit mehr als einem Jahrzehnt Seminare und Austauschprogramme im Inland und in Ländern der Dritten Welt veranstaltet, hat ein bemerkenswertes Türkei-Buch herausgebracht. Es ist aus den Eindrücken von 90 Türkeireisenden entstanden, die ihre Erfahrungen protokolliert und durch zusätzliche Hintergrundinformationen angereichert haben:

AKE – Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V., Regnet es in Anatolien?

Express Edition GmbH, West-Berlin 1982, 176 S., 16,80 DM.

So entsteht ein plastischer Einblick in die politische Entwicklung der Türkei der letzten Jahre. Ziel der Autoren ist es, der bundesdeutschen Öffentlichkeit angesichts von 2 Mio türkischen Gastarbeitern hierzulande ein realistisches Bild der Verhältnisse in deren Heimatland zu vermitteln.

Im selben Verlag sind im vergangenen Jahr zwei weitere Türkeibücher erschienen, die literarisch orientierte Abhandlung von **Mahmut Makal, Unser Dorf in Anatolien**, Express Edition, West-Berlin 1981, 234 S., 22,- DM,

der seine Erfahrungen als junger Lehrer in dem mittelanatolischen Dorf Nörgüz aufgeschrieben hat und die Lebensverhältnisse auf dem Land als „Elendszirkel aus bitterer Armut, Unwissenheit und abergläubischer Religiosität“ beschreibt.

Von Interesse ist auch die Neuausgabe von **Eberhard Schmitt u.a., Türkei. Politik, Ökonomie, Kultur und praktische Reisetips, Reiche Roter Rucksack, Band 1**, Express Edition, West-Berlin 1981, 416 S., 22,- DM,

das sich von konventionellen Reiseführern vor allem durch seine umfassenden politischen Grundinformationen positiv abhebt. Die Frage allerdings, wie der Militärputsch von Ende 1980 alternative touristische Aktivitäten beeinträchtigt hat, wird nicht beantwortet.

Afghanistan

Der von Ronald Reagan ausserufene „Afghanistan-Tag“, der 21. März d.J., wurde kein Glanztag. Während in Washington ganze 600 oder in Neu-Delhi 500 Demonstranten für die Afghanistanpolitik Washingtons aufmarschierten, gingen in Kabul am gleichen Tag 250.000 gegen R. Reagan auf die Straße. Sie zogen vor die Botschaft der USA, um die antiafghanische Show des „Cowboys Reagan“ und den Interventionismus der USA, Chinas und Pakistans zurückzuweisen.

Der US-Präsident kündigte im übrigen zum „Afghanistan-Tag“ an, die „Stimme Amerikas“ werde in Kürze Rundfunksendungen in beiden Landessprachen Paschtu und Dari nach Afghanistan einstrahlen – eine Ergänzung zur 1981 offiziell gemachten US-Militärhilfe für die „islamischen Rebellen“ und für Pakistan. Anders als die EG oder H.D. Genscher war bei R. Reagan auch nicht von einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts die Rede. Washington will ihn offenbar als Stachel im Fleische der UdSSR für den eigenen weltpolitischen Konfrontationsbedarf in die Länge ziehen.

Die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA), die am 14./15. März d.J. in Kabul ihren ersten Parteitag seit ihrer Gründung (Januar 1965) abhielt, ging denn auch von einer weiterhin „schwierigen“ Lage aus. VDPA-Generalsekretär Babrak Karmal stellte u.a. fest, daß wegen des anhaltenden inneren Kriegszustands die sozialökonomischen Umgestaltungen „langsamer vor sich gehen als vorgesehen“. Ein von den nahezu 850 Delegierten verabschiedetes Aktionsprogramm zählt zu den dringendsten Aufgaben: die Verteidigungsfähigkeit und Vertrauensbasis der Volksmacht zu festigen, die Bodenreform unter direkter Teilnahme der Bauern zuendeführen, die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu verbessern und die Einheit der Reihen der VDPA zu festigen. Änderungen des Parteistatuts machen es VDPA-Mitgliedern nun zur Pflicht, für die Einheit und für die Festigung des Vertrauensverhältnisses zu den Massen zu wirken.

Indonesien

Der Wahlkampf für die zum 4. Mai d.J. angesetzten indonesischen Parlamentswahlen steht im Zeichen der Wirtschaftskrise und von Auseinandersetzungen.

Außer der regierenden Golkar-Partei stellen u.a. die zwei weiteren im Parlament vertretenen oppositionellen Parteien, die moslemische Partei der Einheit und Entwicklung (PPP) und die nationale Christlich-Demokratische Partei (PDI) Kandidaten für die 360 Parlamentssitze. 100 weitere Sitze werden von der gewählten Regierung an Militärs und andere Interessengruppen vergeben. An einem erneuten Wahlsieg der regierenden Golkar-Partei gibt es kaum Zweifel.

Am 19. März d.J. stürzten mehrere hundert jugendliche Demonstranten, welche ihre Sympathie mit der PPP bekundeten, eine Wahlveranstaltung der Golkar-Partei in Djakarta. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Während der noch etwa zwei Tage in Djakarta anhaltenden Unruhen wurden mehrere Geschäfte und Häuser zerstört. Sieben Personen sollen getötet, über 100 Personen verletzt und 240 Personen verhaftet worden sein.

Bangladesh

Nur vier Monate nach seiner Wahl zum Präsidenten (siehe AIB 1/1982) wurde Abdus Sattar durch einen Putsch des propakistanischen Generalleutnants Hussein Mohammed Ershad am 24. März d.J. abgesetzt und arrestiert. Das Parlament wurde aufgelöst und das Kriegsrecht verhängt. H.M. Ershad ernannte sich zum obersten „Kriegsrechtverwalter“ und übernahm das Kommando über die gesamten Streitkräfte. Die Stabschefs von Marine und Luftwaffe fungieren als stellvertretende „Kriegsrechtverwalter“. Beobachter vermuten, daß H.M. Ershad putschte, weil Präsident A. Sattar ihn nicht – wie vom Militär gefordert – zum Vizepräsidenten ernannt hatte. Bis zum 28. März d.J. sollen nach offiziellen Angaben 567 Personen wegen Verstöße gegen das Kriegsrecht verhaftet worden sein, darunter auch sechs ehemalige Minister.

Palästina

Während am 17. März d.J. auf dem Sinai die ersten US-Einheiten der multinationalen Truppe (2.500 Mann) Einzug hielten, ging die Regierung Begin im Westjordangebiet auf Ganze. Nathan Milson, der im November 1981 ernannte zivile Verwalter der israelischen Besatzungsmacht hatte die Bir-Zeit-Universität geschlossen und in el-Bireh den gewählten Stadtrat nebst Bürgermeister Ibrahim Tawil abgesetzt. Der Grund: Sie hatten sich geweigert, mit dem „zivilen“ Besatzerregime zusammenzutreffen.

Als daraufhin in der Westbank und dem Gazastreifen Proteststreiks und -demonstrationen um sich griffen, konterteten die israelischen Behörden am 25. März d.J. mit der Absetzung der Bürgermeister Bassam Shaka (Nablu) und Karim Khalaf (Ramallah) sowie mit einer Verhaftungswelle. Dem für die Westbank und den Gazastreifen proklamierten Generalstreik und der Vielzahl von Demonstrationen begegneten die Besatzungstruppen mit dem Einsatz von Tränengas und Schußwaffen. Bis Anfang April d.J. zählte man acht palästinensische Todesopfer.

Israels Verteidigungsminister Ariel Sharon erklärte diese Politik der „eisernen Faust“ zur

Kraftprobe mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Er drohte an, israelisches Recht – wie im Dezember 1981 im Golan – auf die Westbank auszudehnen, d.h. sie ebenfalls zu annektieren, falls die Autonomieverhandlungen mit Ägypten scheitern sollten.

Tunesien

Zum erstenmal haben sich die vier Hauptströmungen der tunesischen Opposition auf eine gemeinsame Deklaration geeinigt, die aus Anlaß des 26. Jahrestages der Unabhängigkeit am 22.3.1982 verteilt wurde. Die Minimalplattform ist unterzeichnet von der Bewegung der Sozialistischen Demokraten (MDS), der Kommunistischen Partei, der Bewegung der Volkseinheit (Tendenz des ehemaligen Wirtschaftsministers Ahmed Ben Salah) und von Mitgliedern der Bewegung der islamischen Tendenz.

Darin wird u.a. gefordert: Abschaffung der verfassungswidrigen Gesetze, Beendigung der politischen Prozesse, Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten, Freilassung der politischen Gefangenen und Rückkehrrecht für alle im Ausland lebenden Tunesier.

Westsahara

Der diplomatische Konflikt um die Westsahara innerhalb der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) spitzte sich zu. Marokkos Hinhaltetaktik und dreiste Erpressungsmanöver hatten das OAU-Sekretariat bewegen, zur Ministerratstagung der OAU Ende Februar d.J. in Addis Abeba die Vertretung der westsaharaischen Republik DARS einzuladen, und diese damit zum 51. OAU-Mitgliedsstaat zu erklären. Marokkos Vertretung und schließlich 18 weitere Delegationen waren ausgezogen. Sie hatten bestritten, daß die schon im Vorjahr mit der Mehrheit von 26 Stimmen beschlossene DARS-Anerkennung satzungsmäßig ausreicht.

Mitte März d.J. platzte nun eine Ministerkonferenz im senegalesischen Dakar, weil 14 Delegationen gegen die Weigerung Senegals protestierten, die DARS-Delegation ins Land zu lassen.



Erschossener palästinensischer Demonstrant Ali Darwish

Angola/Namibia

Nach zuverlässigen Informationen Angolas stehen schätzungsweise 10.000 schwarze Soldaten der südafrikanischen Streitkräfte für eine weitere Großoffensive gegen die Volksrepublik Angola bereit. Der letzte Überfall unter dem Code „Operation Super“ fand am 13. März d.J. statt. Die südafrikanischen Truppen, die seit August 1981 große Teile der Provinz Kunene besetzt halten, drängen bei ihren Angriffen in den vergangenen Monaten immer tiefer in das Innere Angolas vor. Gleichzeitig machen die Verhandlungen der westlichen Kontaktgruppe kaum Fortschritte und wurden durch den neuerlichen Überfall noch erschwert. Die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) hat mittlerweile die sofortige Aufnahme von direkten Verhandlungen mit Südafrika vorgeschlagen. Zu Sondierungsgesprächen wird sich demnächst der sambische Präsident Kaunda mit dem südafrikanischen Premier P.W. Botha treffen.

Zimbabwe

Mitte März d.J. wurden von den Sicherheitsdiensten der Regierung Mugabe zwei ehemalige Führer der Guerillaarmee Joshua Nkomos ohne Erhebung einer spezifischen Anklage verhaftet; auf Zusammenhänge mit den dubiosen Waffenfunden vom Februar 1982 (siehe AIB 4/1982, S. 42) wurde verwiesen. Ob damit die politische Liquidierung der Nkomo-Partei ZAPU weiter vorangetrieben werden soll, bleibt unklar. Dem stehen andererseits Erklärungen der ZANU-Führung Mugabes entgegen, von der Schaffung einer Einheitspartei würden alle Parteien konsultiert.

Bolivien

Die Militärregierung unter General Torrelio Villa will bis 1984 an der Macht bleiben, und hat alle Forderungen, den zivilen Sektor und Wirtschaftsvereinigungen an der Macht zu beteiligen, Ende März d.J. zurückgewiesen. Die Versprechen Torrelio Villas, einen allmählichen Demokratisierungsprozeß einzuleiten, scheinen – wieder einmal – dahin. Gegen eine Protestdemonstration in Cochabamba von 10.000 Arbeitern Ende März d.J., zu der die Gewerkschaftszentrale COB aufgerufen hatte, wurde von den Sicherheitskräften attackiert. 7 Demonstranten wurden getötet, 11 verwundet. Die Proteste gehen zurück auf ein Festhalten des Regimes am Lohnstopp, obgleich Bolivien derzeit eine Inflationsrate von 50% verzeichnet.

Argentinien – Großbritannien

Am 2. April d.J. hat eine 5.000 Mann starke argentinische Marineeinheit die Falklandinseln/Malwinen und Südgeorgien – die Argentinien vorgelagert sind – besetzt. Diese Inseln, auf denen 1.800 eingewanderte Briten vorwiegend von der Schafzucht leben, wurden von Großbritannien 1833 annektiert. Sie waren vorher Teil des Vize-Königreiches La Plata, aus dem das heutige Argentinien hervorgegangen ist. Seinen seit 150 Jahren erhobenen Anspruch auf die Inseln hatte Argentinien in den letzten Jahren – vergeblich



– durch Verhandlungen durchzusetzen versucht.

Das argentinische Militärregime unter General Leopoldo Galtieri versuchte durch die Besetzung der Inseln nicht nur die Hoheit über ein Gebiet zu erlangen in dem riesige Erdöllager vermutet werden, sondern auch durch die Entfaltung nationalistischer Gefühle die innenpolitische Situation zu stabilisieren. Drei Tage vor der Besetzung war es zur größten Demonstration gegen das Militärregime seit seiner Machtübernahme (1976) gekommen. Auf Antrag Großbritanniens hat der UN-Sicherheitsrat die Besetzung verurteilt und die Kontrahenten zur diplomatischen Lösung aufgefordert. Da Argentinien nicht auf diese Aufforderung reagierte, hat Großbritannien eine 36 Schiffe starke Kriegsflotte entsandt, um die Inseln „notfalls“ mit Gewalt zurückzuerobern. US-Außenminister Haig hat unterdessen Vermittlungsgespräche aufgenommen. Die EG verhängte Sanktionen gegen Argentinien. Ein offener Kriegsausbruch scheint möglich.

Chile

Zum Nachfolger des im Januar 1982 verstorbenen Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei Chile (PDC), Eduardo Frei, wurde im März d.J. kein Mann des rechten Parteiflügels gewählt. Von dem neuen PDC-Vorsitzenden Gabriel Valdes, unter der Regierung Frei in den 60er Jahren Außenminister, können die illegalen Parteien der Linken Anstöße für eine künftig engere antifaschistische Aktionseinheit mit der Christdemokratie erhoffen.

Eine zweite Hoffnung, den Vereinheitlichungstrend innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, sucht die Junta derzeit mit einer verstärkten Repression gegen gewerkschaftliche Führungskräfte zunichte zu machen. Am 26. Februar d.J. wurde mit Tucapel Jimenez ein wichtiger Verfechter der gewerkschaftlichen Einheit ermordet. Als Präsident der Nationalen Vereinigung der Finanzangestellten (ANEF) und führender Vertreter des gewerkschaftlichen Dachverbandes Demokratische Arbeiterunion (UDT) hatte er die Vereinigungsbemühungen der vier bedeutendsten chilenischen Gewerkschaftsverbände maßgeblich mit vorangetrieben.

OPEC

Zum Erstaunen der angloamerikanischen Ölmultis überwand die Mitglieder der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) ihre Kontroversen auf der OPEC-Sondersitzung am 19. März d.J. in Wien. Zum Schutz vor einem weiteren Preisverfall beschlossen sie erstmalig eine Drosselung ihrer Gesamtproduktion. Für die ab 1. April d.J. geförderten 18 Mio Barrel pro Tag (b/d, 1979 32 Mio b/d) soll weiterhin der Richtpreis von 34 Dollar pro Barrel (b) gelten.

Besonders für die bevölkerungsreichen Länder wie Nigeria oder Iran bedeutet das Halbieren der Fördermenge eine erhebliche Einschränkung ihrer Entwicklungspläne. Genau in diese Kerbe schlugen die Multis. So senkte die Britische Nationale Ölgesellschaft (BNOC) nicht ohne Grund eine Woche nach Wien den Preis für Nordseeöl auf 31 Dollar/b. Sofort strichen die Multis ihre Orders aus Nigeria. Sie forderten Lagos auf, den Preis zu senken.

Gegen diese Erpressung rief OPEC-Präsident Otaiba – mit Zustimmung selbst Saudi Arabiens – zu gemeinsamen Sanktionen auf: Die Multis sollen die Kürzungen des Nigeria-Bezugs zurücknehmen, andernfalls würden sie kein Öl mehr aus den OPEC-Ländern erhalten. Die OPEC hat ihr Monopol verloren, da ihr Anteil an der Weltförderung 1981/82 auf 40% gesunken ist. Die Multis bestimmen das Angebot auf dem Markt. Die OPEC steht vor einer Zerreißprobe.

USA – Dritte Welt

Anfang März d.J. leiteten das US-Außen- und Handelsministerium dem Kongreß eine Liste zu, in der vier Länder der Dritten Welt „der wiederholten Unterstützung des internationalen Terrorismus“ bezichtigt werden: Libyen, der Südemen, Syrien und Kuba. Einem Erlaß von 1979 zufolge ist diese „Terrorismus“-Liste jährlich neu zu fassen. Sie bedeutet für die aufgeführten Länder, daß ihnen US-Exporte, welche irgendwie die „nationale Sicherheit“ berühren, vorenthalten werden. Die diesjährige Überraschung: Von der Liste gestrichen wurde der – kriegsführende! – Irak, neu aufgenommen Kuba. Dean Fisher, Sprecher des US-Außenministeriums, begründete diesen Tausch damit, daß der Irak um eine friedliche Lösung des Konflikts mit dem Iran bemüht sei, wohingegen Kuba Waffen an die salvadorianische Guerilla liefere und in Angola Truppen unterhalte.



Neuer PDC-Vorsitzender Valdés

Wie hoffähig ist Buthelezi?

Ein „Volkstribun prinziplichen Geblüts“ ließ sich ansagen und dem Südafrika-Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (alle Zitate aus: FAZ, 26. und 29.3. und 1.4.1982) geriet die Annonce zur Hymne. „An Rang und Ansehen steht ihm keiner gleich“, dem „stolzen Mann“, verkündet uns – schlicht republikanisch – Andreas Razumovsky, selber blauen Geblüts. Und er läßt uns normale Sterbliche wissen, daß „ihn“ seine Abkunft „zum Sprecher seines Volkes und zum Interessenvertreter ... bestimmte“, Otto von Habsburg also?

Falsch. Dieser heißt Gatscha Buthelezi und figuriert als Ministerpräsident eines der sog. Bantustans im rassistischen Südafrika, genannt KwaZulu. Und bezahlt wird er von Südafrikas Zentralregierung in Pretoria. „Politisch aufzutreten ist ihm angeboren, dem Sprößling der höfisch regierenden Aristokratie der Zulu-Nation“, vernehmen wir von Hofschreiber A. Razumovsky. Aber damit nicht genug. Wie weiland Harun al-Raschid mischt sich der Hochgeborene unters gemeine Volk, etwa im Afrikaner-Getto Soweto. Und hier mutiert er, „hier tritt er, als demokratisch-populistischer Tribun dem ... Industrieproletariat gegenüber“.

„Suche nach Demokratie“ in Südafrika?

Neulich trat er auch uns gegenüber. Auf Spesenrechnung der Konrad-Adenauer-Stiftung (und damit auf unsere Steuergelder). Die kennt sich aus mit „Volkstribunen“: Pinochet, Thieu, Mobutu... Und G. Buthelezi, ganz Tribun, las die Leviten. Der Evangelischen Kirche in Deutschland beispielsweise.

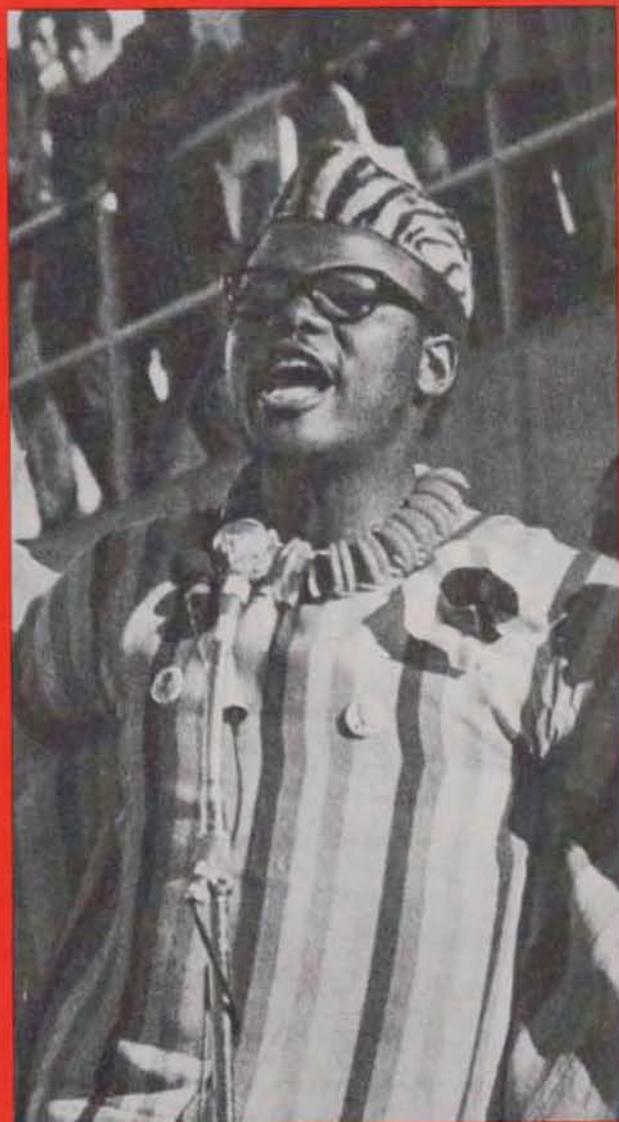
Damit die endlich das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates konsequent unterstützt? Ein wenig anders war's dann docht Er „hat sich darüber beklagt, daß die von ihm geführte Inkatha-Bewegung von jeglicher kirchlicher Entwicklungshilfe ausgeschlossen sei“. Und er wußte auch warum: „Sogenannte radikale Christen“ seien daran schuld, die ihm „Kollaboration“ mit dem Rassenregime vorwürfen – „zu Unrecht“ selbstverständlich. Es handelt sich um kritische Zusammenarbeit.

Na, „den Kirchenleuten“ machte er dann schon „klar, daß die Verhältnisse in Südafrika nur mit friedlichen Mitteln zu verändern seien. Mit Gewalt könne man nichts erreichen“. Das war auch Außenminister H.D. Genscher aus dem Herzen gesprochen, bei dem Gatscha Buthelezi vorstellig wurde.

Ja, aber der Terror der Rassisten, die Massaker – Soweto etwa? Wenn Jugendliche Steine werfen... Nein, nein, nichts da! Er „plädiert vielmehr dafür, jeden Stein umzudrehen auf der Suche nach demokratischen Prozeduren“. Gut gegeben! Da haben sie es, die Gewaltverherrlicher, die etwa den Afrikanischen Nationalkongreß und dessen bewaffneten Kampf unterstützen! Dabei hat er nichts gegen den Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC). Im Gegenteil. Bis 1953 gehörte er ihm sogar an. Man war schließlich auch mal jung.

Seither aber „hat er den Weg der argumentierenden Verhandlung, der vernunftorientierten Debatte ... gewählt“. Deshalb betrachten ihn die weißen Herren „als gefährlichen Gegner“. Zum Beispiel verteidigt er hartnäckig „die Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung“ – privaten Kapitalbesitz und Auslandsinvestitionen zumal – die Pretoria ja bekanntlich ständig heruntermacht.

Das eint. Mit dem „freien Westen“ vor allem, in dessen Interesse es sei, „die Kräfte in Südafrika zu unterstützen, die für gewaltfreien, aber entschiedenen Wandel eintreten“. Sein Konzept einer „Teilung der Macht“, also zwischen den rassistischen Gruppen, mit Sicherung für die Minderheiten, spricht: Sonderrechten z.B. fürs „weiße Kapital“, alles in allem „normalen Verhältnissen zwischen oben



und unten“, wie eine Standesgleiche, Gräfin Dönhoff von der Zeit, schon 1976 trefflich formulierte. Wenn nur das Regime auf ihn hörte! Wenn nämlich nicht, dann „möge Gott Südafrika helfen“. Ein überzeugendes Konzept. Kein Zweifel, ein wahrer Systemgegner gab sich da Ende März 1982 die Ehre. Einer, wie ihn die FAZ liebt und das Kapital in Aufsichtsräte zu wählen vermag. Was lag da näher, als G. Buthelezi 1981 zum Friedensnobelpreisträger – quer durch die Bundestagsfraktionen – vorzuschlagen? Schließlich gibt er sich alle Mühe zu verhindern, daß Südafrikas Schwarze konsequent demokratische Verhältnisse einführen. Wies doch eine nach ihm benannte Kommission – „ein Team der besten Köpfe“, ist man sich nun mal schuldig –, daß ihre Vorschläge „wesentlich gemäßiger sind als die Forderungen der meisten schwarzen Südafrikaner“.